

# WENN WIR SCHREITEN...

Der 1. Mai, Tag der Solidarität aller Arbeitenden, steht in diesem Jahr mit bedeutenden Daten im Zusammenhang. Wir ehren das Andenken an Karl Marx, dessen Lehre die fortschrittliche Menschheit zu Triumphen geführt hat. Wir gedenken des 80. Jahrestags des II. Parteitags der SDAPR, mit dem bei uns der Gedanke von einer Partei neuen Typus verwirklicht wurde. Kurz vor dem 1. Mai feierten wir den 113. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins, dessen Name von der Marxschen Lehre und der Geschichte der Partei der Kommunisten untrennbar ist.

Diese Daten sind uns nicht Anlaß zum Erinnern, sondern zur Mahnung, unsere heutigen Schritte an den Ideen des Marxismus-Leninismus zu messen, nüchtern die Schwierigkeiten der heutigen Zeit zu beurteilen, der Zeit der Wendung von der Ausbeutungs- zur sozialistischen Gesellschaft, sowie die Tages- und Perspektivaufgaben beim Aufbau der neuen Gesellschaft, beim Kampf für die Verhütung von Kriegen, für eine sinnvolle Gestaltung der internationalen Beziehungen festzulegen.

Das Fest der Arbeit und des Friedens begehen wir in diesem Jahr in einer gespannten Situation. Hauptsache für die akute Zuspitzung der Weltlage ist das von engen Klasseninteressen diktierte abenteuerliche Herangehen der aggressiven Kräfte des Imperialismus an die Frage Krieg und Frieden. Die Reaktion fordert ultimativ, der Sozialismus müsse seine Stellungen aufgeben. Wenn nicht, droht man uns mit Krieg. Dies übrigens nicht zum ersten und ganz gewiß auch nicht zum letzten Mal. In den 66 Jahren seit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland haben wir es mehrfach mit Malbroucs zu tun gehabt, die gegen den Sozialismus zu Felde ziehen wollten und das auch taten. Wir kennen auch die militärischen "Kreuzzüge", die "psychischen" und psychologischen Attacken. Man hat unsere Standhaftigkeit an Wirtschaftssanktionen und Geheimereinsätzen erprobt. Wir kennen die Reden in Fulton, im britischen Parlament, im Weißen Haus. Doch der Sozialismus ist nicht zusammengebrochen, sondern im Gegenteil erstarkt, der Lauf der Geschichte wurde nicht gebremst. Der soziale Fortschritt läßt sich nicht aufhalten. Doch können die verantwortungslosen Kräfte des Imperialismus ohne Rücksicht auf die Folgen und unter Mißachtung der Lebensinteressen der Völker die Welt an einen bedrohlichen Punkt bringen.

Deshalb sind Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Bruderstaaten, die vor kurzem im

Politischen Beratenden Ausschuß der Warschauer Vertragsstaaten in Prag erneut ihre Entschlossenheit verdeutlichten, den Krieg abzuwenden, so wichtig. Deshalb ist es so notwendig, die Zusammenarbeit des Sozialismus mit jenen Kräften auf unserer Erde zu verstärken, die für eine Rückkehr zur Entspannung eintreten. Deshalb messen wir der Antikriegsbewegung, die einen einflußreichen, vom Imperialismus in Rechnung zu ziehenden Faktor darstellt, solche Bedeutung bei. Deshalb sind die jüngsten sowjetischen Friedensinitiativen, die neue Möglichkeiten zur Verankerung der Normen der friedlichen Koexistenz bieten, so wertvoll.

Die Hauptaufgabe im Kampf gegen die Kriegsgefahr sehen die KPdSU und die Sowjetregierung in der Eindämmung des Wettrüstens, das gegenwärtig in eine qualitativ neue, äußerst gefährliche Phase eintritt. Das Pentagon will es auch auf den Weltraum ausdehnen. In Washington hat man offensichtlich vor, auch weiterhin die Kern- und C-Waffen-Lager sowie das Arsenal der strategischen Waffen aufzustocken. Hinter "Null-Lösungen" getarnt, setzen die USA auf die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen in Europa. Der US-Imperialismus will uns einseitig nicht nur im Westen — in Europa —, sondern auch im Osten — in Asien — abrüsten. Washington möchte uns seine Bedingung diktieren, unsere Mittelstreckenraketen nicht im asiatischen Teil der UdSSR aufzustellen, während die Amerikaner selbst starke Nuklearkräfte in Asien, im Pazifik und im Indik sowie im Fernen Osten zusammenziehen. Dabei haben die USA und ihre NATO-Partner bislang den einseitigen Schritt der UdSSR, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, unbeachtet gelassen, ebenso wie den ehrlichen Vorschlag der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder, zwischen den Warschauer Vertragsstaaten und der NATO einen Vertrag über die Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen.

Den Versuchen der USA, das entstandene Kräftegleichgewicht zu brechen, setzt die Sowjetunion den konstruktiven Gedanken eines Rüstungsabbaus entgegen, bei dem das allgemeine Gleichgewicht erhalten bliebe, jedoch auf einem möglichst niedrigen Stand. In ihrem Bemühen, zur Abrüstung, besonders der nuklearen, zu gelangen, sucht die Sowjetunion keine militärische Überlegenheit. "Mit dem Wettrüsten dort nicht zu beginnen, wo es noch nicht stattfindet, und es dort einzustellen, wo es zur Zeit schon stattfindet", so interpretierte Juri Andropow im "Spiegel"-Interview die sowjetische Haltung.

1. Mai, Arbeit, Frieden — diese Worte gehören für uns zusammen. Mögen die Werktätigen der Welt an diesem Frühlingsfest Seite an Seite im Friedenskampf schreiten. Es liegt in ihrer Macht, die Katastrophe zu verhindern.



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 18 MAI 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

Wenn wir schreiten...	1
Interview Juri Andropows für die Zeitschrift „Der Spiegel“ (BRD)	5
W. Sagladin — Die unsterbliche Lehre	10
Für Frieden und Arbeit	
J. Gudkow — USA. Den Amerikanern gehen die Augen auf	13
W. Boikow — Belgien. Nein zur Arbeitslosigkeit	14
A. Tolpegin — BRD. Löchriges Netz	15
Notizen ♦ Glossen	16
A. Koslow — Einzigartig und universell	18
V. Chrekow — Vietnam. Arbeitsame Stadt	19
A. Burlak — Namibia. Es ist genug	21
W. Dolgow — Treffen in Managua	22
N. Sholkwer — Österreich. Geht Kreisky...	22
N. Gorbunow — Grönland. Fischfang, Stützpunkte, Wahlen	23
L. Mletschin — Thailand. Gegenläufige Tendenzen	24
L. Welikowitsch — Mit himmlischem Segen	26
W. Godyna — Echo des Nanking-Massakers (Dokumentarbericht)	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Werktätigen der Welt begehen am 1. Mai ihren Internationalen Solidaritätstag, dieses Jahr in einer gespannten internationalen Lage, die ihnen noch größere Geschlossenheit im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus abverlangt

Titelbild: N. Sfscherbakow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 22. April erschien eine Meldung über eine turnusmäßige Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Es nahm den Bericht der Delegation der KPdSU über ihre Beteiligung an der Berliner Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz zum Thema "Karl Marx und unsere Zeit — der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt" entgegen. Die Konferenz hat eindringlich manifestiert, daß die marxistisch-leninistische Lehre mit dem Leben verbunden ist, daß der real bestehende Sozialismus sie praktisch verkörpert und daß eine unlösbare Verbindung zwischen dem Sozialismus und dem Friedenskampf besteht; auch wurde auf die Wichtigkeit der internationalen Solidarität der kommunistischen Bewegung mit den verschiedenen Bewegungen für nationale und soziale Befreiung hingewiesen.

"Der Spiegel" richtete an Juri Andropow einige Fragen und ersuchte ihn, seinen Herausgeber, Rudolf Augstein, zu einem Gespräch zu empfangen. Dieses fand am 19. April statt. Am 25. April veröffentlichte die sowjetische Presse die Antworten des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und den Wortlaut des besagten Gesprächs. (Der volle Wortlaut des Interviews ist in diesem Heft enthalten.)

Am 25. April verhandelte Andrej Gromyko im Kreml mit dem venezolanischen Außenminister Jose Zambrano, der zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR weilte, über einige aktuelle weltpolitische Probleme sowie Fragen der bilateralen Beziehungen. Sie stellten fest, daß die UdSSR und Venezuela zu den Kardinalfragen — der Gewährleistung des Friedens und Erhöhung der internationalen Sicherheit — einen ähnlichen oder den gleichen Standpunkt einnehmen. Ausführlich besprachen sie ein Ausräumen der Spannungsherde in verschiedenen Weltregionen, darunter in Mittelamerika und in der Karibik, aufgrund einer Garantie des Rechts der dortigen Völker auf eine freie und unabhängige Entwicklung.

Am 24. April erschien eine Erklärung der Sowjetregierung, daß die USA die neue UNO-Konvention über das Seerecht noch immer nicht unterzeichnen wollen und die Absicht äußern, im Hinblick auf die Schätze des Weltmeers nach eigenem Gutdünken zu handeln. Sie erklärten unverblümt, daß sich die US-Konzerne Bodenschätze und Ressourcen des Weltmeers eigenmächtig und unkontrolliert aneignen werden. Außerdem haben sie eine 200 Seemeilen breite Zone längs der US-Küste zu einer "exklusiven Wirtschaftszone" erklärt, in der sie das





Aus Anlaß von Lenins 113. Geburtstag fand am 22. April im Moskauer Kremlpalast eine Festsitzung statt. Das Referat zum Thema "Der Leninismus, eine lebendige, schöpferische Lehre und sichere Anleitung zum Handeln" hielt M. Gorbatschow. Unser Bild: Blick auf das Präsidium der Festsitzung

Foto: S. Kossyrew und A. Steschanow

Besitzrecht über die lebenden und toten Ressourcen unumschränkt ausüben werden. In der Erklärung der Sowjetregierung heißt es weiter, Washington müsse sich darüber Rechenschaft ablegen, daß sein Kurs auf einen Boykott und eine Untergrabung der neuen allumfassenden UNO-Konvention über das Seerecht und auf willkürliche Maßnahmen hinsichtlich der Ressourcen des Meeresgrundes den Interessen der allermeisten Staaten zuwiderläuft und von ihnen entschieden verurteilt werden wird. Die in der Konvention festgelegte Rechtsordnung für die hohe See gelte für alle Staaten, und kein Staat, auch die USA nicht, könne und dürfe sich darüber hinwegsetzen.

Am 27. April beging das afghanische Volk den 5. Jahrestag seiner Aprilrevolution. In einem Schreiben gratulierten das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR Babrak Karmal, dem Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Vorsitzenden des Revolutionsrats der DRA, und Sultan Ali Keshtmand, dem Vorsitzenden des Ministerrats der DRA, sowie dem ganzen freiheitlichen afghanischen Volk zu ihrem Nationalfeiertag.

Am 21. April wurde in Moskau in einer Versammlung von Vertretern mehrerer gesellschaftlicher Organisationen ein Antizionistisches Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit gegründet.

Am 25. April tagte in Moskau der Vorstand der Gesellschaft für Sowjetisch-Albanische Freundschaft aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens.

Am 25. April begann in Paris eine Internationale Konferenz zur Unterstützung des Kampfes des namibischen Volks für Unabhängigkeit. Das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR richteten an die Teilnehmer ein Begrüßungsschreiben, in dem es heißt: "Die Sowjetunion unterstützt konsequent den gerechten Kampf des Volks von Namibia gegen die Kolonialherrschaft. Das sowjetische Volk fordert, daß die USA und andere Westmächte ihre Quertreibereien gegen die Beschlüsse der UNO über die Gewährung wahrer Unabhängigkeit an Namibia unverzüglich einstellen."

Am 20. April startete in der UdSSR das Raumschiff Sojus T 8 mit der Besatzung: Kommandant Oberstleutnant Wladimir Titow, Bordingenieur, Held der Sowjetunion, Fliegerkosmonaut der UdSSR Genadi Strekalow und Forschungskosmonaut, Held der Sowjetunion, Fliegerkosmonaut der UdSSR Alexander Serebrow. Wegen einer Abweichung vom vorgesehenen Annäherungsregime wurde die Koppelung von Sojus T 8 mit der Orbitalstation Salut 7 am 21. April abgesetzt. Am 22. April landete der

Landeapparat der Sojus T 8 im vorgegebenen Gebiet der UdSSR. Der Gesundheitszustand der Kosmonauten ist gut.

Am 19. April wurde das Madrider KSZE-Nachfolgetreffen wiederaufgenommen.

Am 20. April endete in Paris die zwischenstaatliche UNESCO-Konferenz für Erziehung zum Frieden. An ihr nahmen Delegierte aus 122 Ländern und Vertreter von 30 Weltorganisationen teil. Die Konferenz rief alle Völker auf, sich energischer um eine Festigung des Friedens und der Sicherheit durch Ausweitung der Zusammenarbeit aller Art zu bemühen, um die Entwicklung zum Stillstand zu bringen, die die ganze Existenz der Menschheit bedroht.

Am 21. April begann in Managua eine "Kontinentale Konferenz für Frieden und Souveränität in Mittelamerika und in der Karibik". Daran nahmen über 150 Vertreter politischer, sozialer, religiöser und kultureller Organisationen aus vielen Ländern, auch aus der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten, teil.

Vom 20. bis zum 24. April tagte in Uppsala (Schweden) die christliche Weltkonferenz "Leben und Frieden". Daran nahmen über 150 Vertreter der Geistlichkeit aus 62 Ländern teil. Besonders eingehend befaßten sie sich mit dem Kampf gegen das nukleare Wettrüsten und für Abrüstung.

Am 25. April begann in Helsinki eine Sitzung der Interparlamentarischen Union.



Laut Meldung der Vietnamesischen Nachrichtenagentur vom 22. April beschießt chinesische Artillerie weiter die Grenzgebiete der SRV. Besonders folgenscher war eine Beschießung von Gebieten der Provinz Cao Bang. Unter der Zivilbevölkerung sind Tote und Verwundete zu beklagen. Auch ist Materialschaden entstanden. Mehrmals wurden auch Gebiete der Provinzen Ha Tuyen und Hoang Lien Son von der VR China aus mit Granatwerfern beschossen.

Am 22. April endete im Genfer Palais des Nations die zweite Runde der unter Vermittlung von Diego Cordovez, einem Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs, stattfindenden afghanisch-pakistanischen Verhandlungen. An der Spitze der afghanischen Delegation stand Außenminister Shah Mohammad Dost, an der der pakistanischen Außenminister Yacub Ali Khan. Zur Debatte standen eine politische Regelung der Situation um Afghanistan, internationale Sicherheitsgarantien, eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der DRA sowie Bedingungen für die Heimkehr der afghanischen Flüchtlinge.

Am 24. April trat US-Außenminister Shultz auf Weisung Reagans eine Nahostreise an, die ihn nach Ägypten, Israel, dem Libanon und möglicherweise nach Jordanien, Saudi-Arabien, Syrien und noch einigen Ländern führen soll. Der Hauptzweck ist ein Versuch, den scheiternden "Reagan-Plan" für eine Nahostregelung zu retten.

Der Militärlügel Israels hat in der vorvorigen Woche die Stellungen der syrischen Einheiten der Arabischen Sicherheitsstreitkräfte im Libanon weiter beschossen.

Am 21. April fand in Italien auf Initiative des Einheitsverbands der Gewerkschaften Italiens — CGIL, CISL und UIL — ein vierstündiger Landesstreik von rund 5 Millionen Fabrikarbeitern mit der Forderung nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen statt.

Am 23. April fanden in Island vorfristige Wahlen zum Althing (Parlament) statt. Die Parteien der bürgerlichen Regierungskoalition — Volksunion, Fortschrittspartei und Unabhängigkeitspartei — haben ihre Stellungen im großen und ganzen halten können.

Am 24. April wählte Österreich den Nationalrat. Nach vorläufigen Angaben hat die SPÖ, die Regierungspartei, ihre absolute Mehrheit eingebüßt.

Am 25. April fanden in Portugal vorfristige Parlamentswahlen statt. Nach vorläufigen Angaben verloren die Rechtsparteien in der Versammlung der Republik die absolute Mehrheit. Die Sozialistische Partei bekam mit 98 von den 250 Sitzen eine relative Mehrheit, das Bündnis für die Einheit des Volkes, zu dem die Kommunistische Partei gehört, 44 Sitze, um 3 mehr als bisher.



Einheiten der Sandinistischen Volksarmee setzen ihre erfolgreichen Operationen gegen die in Nicaragua eingefallenen konterrevolutionären Banden fort. Unsere Bilder — links: US-Waffen, die bei Söldnern erbeutet wurden; rechts: "CIA raus aus Nicaragua!" und "Schluß mit den Provokationen gegen Nicaragua!" stand auf den Tafeln, die in San Franzisko (USA) in einem Demonstrationszug mitgetragen wurden

Fotos: TASS



Bitternis und Befremden ist unsere Reaktion auf die antisowjetische Kampagne in Frankreich, entfesselt von Kreisen, denen die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern offenbar nicht paßt. Dabei haben die sowjetisch-französischen Beziehungen reiche und alte Traditionen. Niemals werden wir die französischen Flieger vom Regiment "Normandie-Neman" vergessen, denn sie kämpften zusammen mit uns gegen die faschistischen Landräuber. Ein heiliges Andenken bewahren wir den Helden der Pariser Kommune und der französischen Resistance. Sollte all das Gute, das unsere beiden Völker verbindet, nun wirklich in Vergessenheit geraten sein?

N. NAIDYSCH

Gebiet Donezk, Ukr. SSR

Die Intervention gegen Nicaragua zeigte der ganzen Welt erneut, wie der US-Imperialismus aussieht, der Lateinamerika als seine Domäne betrachtet. Die USA unterstützen Tyrannen wie einen Pinochet oder einen Duvalier, die mit grausamem Terror regieren. Diese Marionetten sind Washington ergeben, wissen sie doch, daß sie sich nur mit seiner Hilfe an der Macht halten können. Um ihre expansionistischen Ziele zu erreichen, verschmähen die USA kein Mittel. Sie provozieren, sie schüren Konflikte zwischen den Ländern des Subkontinents und setzen politische Umstürze in Szene. Jetzt hat Washington Söldnerbanden, die sich "Kämpfer für Freiheit und Demokratie" schimpfen, ausgerüstet und nach Nicaragua geschickt. Um die Weltöffentlichkeit irrezuführen, redet das Weiße Haus von einer "kommunistischen und sowjetischen Einmischung in Lateinamerika". Aber wer glaubt schon an diese Lüge? Das nikaraguanische Volk, das die Diktatur des US-Strohmannes Somoza gestürzt hat, schließt sich zusammen, um die Feinde der sandinistischen Revolution entschieden zurückzuweisen. Ich bin überzeugt, daß die Pläne des US-Imperialismus zum Scheitern verurteilt sind.

Antonello BOASI

Genua, Italien



# INTERVIEW JURI ANDROPOWS FÜR DIE ZEITSCHRIFT „DER SPIEGEL“ (BRD)

Das bundesdeutsche Magazin "Der Spiegel" ersuchte den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Juri Andropow, eine Reihe von Fragen zu beantworten und den Herausgeber des Magazins, Rudolf Augstein, zu einem Gespräch zu empfangen. Wie bereits gemeldet, fand dieses Gespräch am 19. April dieses Jahres statt. Im folgenden die Antworten Juri Andropows und sein Gespräch mit Rudolf Augstein.

**Frage:** Bei den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa gibt es offenbar keine Fortschritte. Der amerikanische Vorschlag einer "Null-Lösung", neuerdings einer "Zwischenlösung", scheint unvereinbar mit dem Vorschlag der Sowjetunion, die Zahl ihrer eigenen Raketen auf die Zahl der westeuropäischen Mittelstreckenraketen zu reduzieren. Was ist Ihrer Meinung nach der Kern der Differenzen, und halten Sie einen Kompromiß für möglich?

**Antwort:** Uns ist die Besorgnis verständlich, daß die in Genf zur Erörterung stehenden Fragen der Begrenzung der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa nicht gelöst werden könnten. Offen gesagt, sind diese Verhandlungen in eine Sackgasse geraten.

Wozu sind sie überhaupt begonnen worden? Die sowjetische Seite schlug die Verhandlungen vor und begann sie mit der Entschlossenheit, zur Reduzierung der in diesem Raum vorhandenen nuklearen Waffen mittlerer Reichweite der UdSSR und der NATO-Länder sowie zur radikalen beiderseitigen Senkung des Niveaus der nuklearen Konfrontation zu gelangen. Das Ziel der USA bei den Genfer Verhandlungen ist, wie sich es herausgestellt hat, koste es was es wolle, dem bereits vorhandenen umfangreichen nuklearen NATO-Arsenal neue mächtige Waffen hinzuzufügen; reduzieren aber wollen sie nur die sowjetischen Raketen.

Wie Sie sehen, stehen sich in Genf zwei gegensätzliche Linien gegenüber. Ich würde sagen, zwei prinzipiell unterschiedliche Haltungen. Auf eine solche Linie der Amerikaner sind wir bereits vor Genf gestoßen. Bekanntlich haben die USA den SALT-2-Vertrag fallenlassen, sich aus einer ganzen Reihe von Verhandlungen zurückgezogen, die voll im Gange waren oder sich ihrem erfolgreichen Abschluß näherten. Ich erinnere daran, daß die USA die Verhandlungen über das allgemeine und vollständige Verbot der Kernwaffenversuche, über die Antisatellitensysteme, über die Begrenzung der Lieferungen und des Verkaufs konventioneller Waffen, über die Begrenzung der militärischen Tätigkeit im Indischen Ozean unterbrochen haben und sich seither vor der Wiederaufnahme dieser Verhandlungen drücken. Hinzuzufügen sind die von den USA bisher nicht ratifizierten Abkommen mit der Sowjetunion über die Begrenzung der unterirdischen Kernwaffenversuche und über Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken. Das alles spricht für sich. Und auch in die Genfer Verhandlungen ging die jetzige USA-Administration bekanntlich mit großer Unlust.

Die Erzielung einer Vereinbarung zwischen den Verhandlungsseiten bedeutet für uns die Abstimmung der Fragen zur beiderseitigen Zufriedenheit. Die amerikanische Administration benimmt sich aber so, als ob die jahrhundertelange Geschichte der internationalen Beziehungen, die Vertrags- und Abkommenspraxis nicht existiere. Die kürzlich von Washington

vorgenommene Abänderung seines von vornherein für die UdSSR unannehmbaren Vorschlages, der fälschlich als "Null-Lösung" bezeichnet wurde, ändert die Sache nicht, die USA-Administration bleibt auf ihren alten einseitigen Positionen, ohne den geringsten Wunsch zu zeigen, die legitimen Interessen der anderen Seite zu berücksichtigen und eine ehrliche, für beide Seiten annehmbare Vereinbarung zu erreichen. Jedesmal sind die USA bei der Unterbreitung ihrer Vorschläge bemüht — und das ist für sie die Hauptsache —, vor allem die Sicherheit der Sowjetunion zu beeinträchtigen und das entstandene Kräftegleichgewicht zum eigenen Vorteil zu verletzen.

Darin liegt auch die Hauptursache für die bisherigen Mißerfolge in Genf. Als Antwort auf unsere klaren und gerechten Vorschläge bringt die Reagan-Administration mal eine "Null-Lösung", mal eine "Zwischen-Null-Lösung" vor. Beides aber ist unrealistisch und trägt zum Erfolg nichts bei. Warum? Weil man uns abrüsten und die NATO noch mehr aufrüsten will. Darauf werden wir uns aber nicht einlassen.

In der letzten Zeit sind in den USA und anderen NATO-Ländern Ausführungen über die "Unnachgiebigkeit" der sowjetischen Seite zu hören. Wo sollen wir aber eigentlich nachgeben? Man verlangt von uns, daß wir ein Abkommen nur über Raketen akzeptieren — über die vorhandenen sowjetischen Mittelstreckenraketen und die für Europa geplanten amerikanischen Raketen. Über andere Bestandteile der nuklearen Waffen mittlerer Reichweite wollen die Amerikaner einfach nicht verhandeln. Sie erklären: Wir wollen darüber nicht verhandeln, und Schluß damit.

Man will von uns, daß wir so tun, als bemerkten wir die mehr als 400 Sprengköpfe der britischen und französischen see- und bodengestützten Raketen nicht, die auf die Sowjetunion und andere sozialistische Länder gerichtet sind. Die Amerikaner und mit ihnen auch Vertreter anderer NATO-Länder bezeichnen die britischen und französischen Raketen als Kräfte der "Abschreckung". Ich bin bereit zuzugeben, daß dies so ist. Dann stellt sich aber die Frage: Wenn man Frankreich und Großbritannien das Recht auf Abschreckung zuerkennt, warum spricht man uns dann das Recht ab, entsprechende eigene Abschreckungsmittel zu haben, und zwar in genau dem gleichen Umfang, wie Franzosen und Engländer?

Man beruft sich auch darauf, daß die nuklearen Rüstungen Frankreichs und Großbritanniens auf Grund ihres gewissen "unabhängigen Status" nicht mitgezählt werden sollten. Aber haben diese Länder etwa aufgehört, Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses zu sein? Und machen sie etwa einen Hehl daraus, daß ihre Kernwaffen gegen die Sowjetunion gerichtet sind? Und ist es nicht symptomatisch, daß sich die französische Regierung von den Plänen zur Stationierung amerikanischer nuklearer Raketen in Westeuropa nicht nur nicht distanziert hat, sondern im Gegenteil diese Pläne sehr eifrig unterstützt? Was für ein "unabhängiger Status" ist das? Einerseits wird der bekannte NATO-Beschluß als eine Art Mandat aller Mitglieder dieses Bündnisses für die USA dargestellt, andererseits aber, wenn man die Waffen der NATO zu zählen beginnt, stellt sich heraus, daß die britischen und französischen Raketen damit



nichts zu tun haben sollen, daß diese, bitte sehr, "unabhängig" seien. Das enbehrt jeder Logik.

Versuchen Sie bitte, die Situation vom Standpunkt der Sowjetunion, ihrer legitimen Interessen aus zu sehen: Aus welchem Grund und mit welchem Recht will man uns vor diesen britischen und französischen nuklearen Raketen, die auf unser Land gezielt sind, waffenlos lassen?

Es ist klar, daß wir damit nicht einverstanden sein können und nie einverstanden sein werden. Das sowjetische Volk hat das gleiche Recht auf Sicherheit wie die Völker Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs und anderer Länder.

Wir werden auch aufgefordert, die Augen davor zu verschließen, daß die Amerikaner im Falle unserer Annahme ihres Vorschlages in der europäischen Zone ihre Flugzeuge auf Flugplätzen und Flugzeugträgern, d. h. die vorgeschobenen Waffensysteme für den Transport von nuklearen Waffen, die imstande sind, das Territorium der Sowjetunion zu erreichen, unverändert beibehalten würden. Und ihre Anzahl ist nicht gering — Hunderte Träger und Tausende Kernsprengsätze.

Die Verletzung der allgemein anerkannten Normen der Verhandlungsführung, der Widerwille, eine für beide Seiten annehmbare Übereinkunft anzustreben, kommt auch darin zum Ausdruck, daß die USA-Administration versucht, uns nicht nur im Westen, in Europa, einseitig abrüsten zu lassen, sondern auch im Osten — in Asien. Washington möchte uns seine Bedingungen diktieren, wonach wir unsere Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil der Sowjetunion nicht stationieren dürften. Das geht natürlich überhaupt über den Rahmen der Genfer Verhandlungen hinaus. Aber darüber, daß die USA in Asien, im Stillen und im Indischen Ozean, im Fernen Osten zahlreiche gegen uns gerichtete Kernwaffen aufgestellt haben, schweigen sich die Amerikaner aus. Übrigens tauchen in der amerikanischen und der britischen Presse ab und zu Berichte über die Absicht der USA auf, ihre Mittelstreckenraketen in Alaska zu stationieren. Sollte dies geschehen, würden wir das nicht unbeachtet lassen. Ich erwähne das jetzt zur Erhärtung der Schlußfolgerung, daß die amerikanische Seite von der Sowjetunion etwas fordert, was sie selbst offenbar nicht zu beachten gedenkt.

Es fragt sich dann, wer hat mehr Grund, um die eigene Sicherheit besorgt zu sein?

Diese Fragestellung ist um so gerechtfertigter, als die Sowjetunion sich bekanntlich verpflichtet hatte, Kernwaffen nicht als erste einzusetzen, während sich die Atomländer der NATO einstweilen kategorisch weigern, eine solche Verpflichtung zu übernehmen.

**Frage:** West und Ost werfen sich gegenseitig vor, militärische Überlegenheit anzustreben. Die Amerikaner behaupten sogar, die sowjetischen Verhandlungsführer in Genf streben an, das Übergewicht der UdSSR an Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent verewigen zu wollen. Wie müßte ein ungefähres Gleichgewicht aussehen?

**Antwort:** Uns sind solche Behauptungen bekannt. Besonders eifrig zeigen sich dabei die amerikanischen Militärs und Politiker. Im übrigen stehen ihnen auch einige andere Politiker im Westen nicht sehr nach. Solche Behauptungen enthalten kein Körnchen Wahrheit. Man muß auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Allein in der jüngsten Zeit hat die Sowjetunion, vom Wunsch geleitet, die Verhandlungen über den toten Punkt zu bringen, der amerikanischen Seite und anderen NATO-Ländern eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, deren konstruktiver Charakter evident ist.

Es genügt, an unsere Vorschläge auf denselben Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa zu erinnern. Zur Zeit verfügt jede Seite in Europa über ungefähr je ein Tausend Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite. Dazu kommen je einige Tausend taktische Kernwaffen. Sollte unser am weitesten gehender Vorschlag angenommen werden, den man im Westen

übrigens schamhaft zu verschweigen vorzieht, würden auf dem europäischen Kontinent überhaupt keine für Ziele in Europa bestimmten Kernwaffen — sowohl mittlerer Reichweite als auch taktische — verbleiben. Wird Europa, wird die europäische Sicherheit gewinnen oder verlieren, wenn dieser Vorschlag verwirklicht würde? Die Antwort ist klar und eindeutig.

Dasselbe gilt auch für unseren anderen Vorschlag. Sollte er realisiert werden, würde eine radikale Reduzierung zustande kommen: Jede Seite würde die Anzahl ihrer Mittelstreckenwaffen auf ein Drittel reduzieren. Mit anderen Worten, wir hätten zwei Drittel des Weges zur vollständigen Befreiung Europas von diesen Waffen zurückgelegt.

Wäre schließlich der Westen auf die von uns im Dezember vorigen Jahres vorgeschlagene Variante eingegangen, so verblieben der UdSSR und den NATO-Ländern je 162 Raketen, d. h. genauso viele, wie jetzt auf seiten der NATO — Großbritannien und Frankreich — vorhanden sind. Jede Seite würde dann darüber hinaus noch über je 138 Mittelstreckenflugzeuge verfügen. Ich möchte unterstreichen, daß auch diese Zahlen kein absoluter Wert sind. Sie könnten auf gegenseitiger Grundlage weiter verringert werden, wenn die NATO darauf einginge.

Alle diese Vorschläge der Sowjetunion bleiben also in Kraft. Sie gewährleisten vollständig eine wahre Gleichheit und ein wirkliches Gleichgewicht der Kräfte.

Wo ist denn hier ein Streben der UdSSR nach militärischer Überlegenheit zu sehen?

Die Kompliziertheit und die Gefährlichkeit der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß das Wettüben, das uns vom Westen aufgezungen wird, die Verhandlungen überholt. Um dies zu vermeiden und günstige Bedingungen für die Verhandlungsführung zu schaffen, diktiert der gesunde Menschenverstand die Notwendigkeit, die Kernwaffenarsenale der Seiten einzufrieren. Dies wäre am vernünftigsten, solange andere Lösungen nicht gefunden sind. Wir haben vorgeschlagen, sowohl die Mittelstrecken-, als auch die strategischen Waffen einzufrieren. Das wäre, unserer Auffassung nach, nur der erste Schritt. Man erwidert uns: Wozu brauchen wir das Einfrieren, wo es doch um Reduzierung gehen soll? Das klingt ja ganz gut, aber das Pech ist, daß das zwar deklariert wird, inzwischen aber weitergerüstet wird. Heraus kommt also: weder Einfrieren noch Reduzierung.

Nicht weniger drastisch ist der Kontrast, vergleicht man die Haltung der UdSSR und der USA zu den anderen Problemen der Begrenzung und der Reduzierung von Rüstungen.

Ich habe bereits über unsere Verpflichtung gesprochen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen. Sollten die USA und andere Mitglieder der NATO, die über Kernwaffen verfügen, eine analoge Erklärung abgeben, so würden die Menschen auf der ganzen Erde erleichtert aufatmen. Warum sollte man das also eigentlich nicht tun? Diese unsere Initiative aber stößt auf eine Mauer des Schweigens.

Noch ein Beispiel. Was rechtfertigt es, daß der Westen bisher auf den ehrlichen, von den besten Absichten diktierten, gemeinsamen Vorschlag der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten nicht reagiert, zwischen den Ländern des Warschauer Vertrages und der NATO einen Vertrag über die Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen? Eine vernünftige Erklärung dafür läßt sich kaum finden.

oder schauen wir uns an, wie sich die eine und die andere Seite bei den Verhandlungen über die strategischen Rüstungen verhält. Vergleichen wir die beiden Positionen. Wir schlagen wesentlich, mehr als ein Viertel umfassende Reduzierungen der Gesamtzahl der strategischen Träger ohne jegliche Ausnahme vor. Auf ein gleiches Niveau würde auch die Anzahl der Kernsprengköpfe auf diesen Trägern reduziert werden. Und worauf bestehen die USA? Sie reden nur von Reduzierungen, während sie in Wirklichkeit auf eine erhebliche,



tatsächlich "radikale" Aufstockung ihrer strategischen Rüstungen zusteuern. Sie planen, allein mehr als 12 000 Einheiten von Marschflugkörpern großer Reichweite zusätzlich in Stellung zu bringen. Ich berufe mich auch auf die jüngsten Berichte aus Washington: auf den Tisch des Präsidenten ist ein weiterer Plan gelegt worden — in den nächsten Jahren eine beträchtliche Anzahl ballistischer Interkontinentalraketen neuen Typs zusätzlich aufzustellen.

Das ist ein zügelloses Wettrüsten. Anders kann man das nicht bezeichnen.

Es ist auch kein Geheimnis, daß die USA eine so schreckliche Massenvernichtungswaffe wie die chemische anhäufen und auch einsetzen wollen. Diese Waffen werden bereits nach Europa gebracht, und in den USA werden neue, noch unheilvollere Waffen dieser Art intensiv entwickelt. Wir aber schlagen vor, die Entwicklung, Produktion und die Lagerung der C-Waffen zu verbieten, sie überhaupt zu vernichten. Eigentlich kann man da gar nicht anderer Meinung sein. Es finden sich aber Repräsentanten in den USA und auch in Westeuropa, die die "Nützlichkeit" dieser Waffen preisen.

Ich kann nicht umhin, etwas über das Problem der Kontrolle der Rüstungsreduzierungen zu sagen. Man sagt, die Sowjetunion sei gegen Kontrolle und deshalb falle es schwer, sich mit ihr zu einigen. Eine treffende deutsche Redewendung bezeichnet das als "alten Hut", eine abgedroschene Behauptung: Die Kontrolle ist für uns nicht weniger wichtig, als für die anderen, wenn nicht noch wichtiger. An die Fragen der Kontrolle gehen wir aber sachbezogen und nicht mit allgemeinen Deklarationen heran. Diese unsere Einstellung läßt sich an den Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen ablesen. Unsere Politik in Fragen der Kontrolle ist weitgehend — bis zur Einführung der allgemeinen und vollständigen Kontrolle, wenn es zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung kommt. Wir sind dagegen, daß aus dem Problem der Kontrolle bei den Verhandlungen ein Stein des Anstoßes gemacht wird.

So ist das wirkliche Bild. Ich habe nur einige Tatsachen angeführt. Ihre Aufzählung könnte fortgesetzt werden, aber schon aus dem Gesagten ergibt sich, welche Positionen die Sowjetunion und welche die USA in den Fragen der Abrüstung einnehmen.

Nun urteilen Sie selbst, wer nach einer militärischen Überlegenheit strebt und wer für die Parität, für die Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation ist.

**Frage:** US-Präsident Reagan beabsichtigt, die Rüstungsausgaben bis 1987 auf die gigantische Summe von 1600 Md. Dollar zu steigern. Er plant, die interkontinentale Rakete MX, die Pershing 2, Cruise Missiles und sogar ein im Weltraum stationiertes Anti-Raketensystem, das die USA unverwundbar machen soll, zu bauen. Was wollen sie all dem entgegensetzen?

**Antwort:** In jüngster Zeit ist unter den Mitgliedern der Reagan-Administration Mode geworden, sich in die Pose eines Beleidigten zu werfen, wenn man sie militärischer, aggressiver Bestrebungen überführt. Vielleicht kann diese Pose Menschen beeindrucken, die in der Politik nicht bewandert sind. Darauf ist sie offenbar ausgelegt. Aber in solchen Fällen ist es wohl am besten, sich an die Tatsachen zu halten. Und die Tatsachen zeigen, daß die USA den Weg eines präzedenzlosen Wettrüstens in allen Richtungen eingeschlagen haben, daß sie die internationalen Spannungen bis zur äußersten Grenze hochschaukeln.

Konkret meine ich unter anderem die in Washington verkündeten Pläne, eine breitangelegte und wirkungsvolle Raketenabwehr zu entwickeln. Die Abenteuerlichkeit und Gefährlichkeit dieses ganzen Vorhabens besteht darin, daß man damit rechnet, straflos ausgehen zu können, daß der nukleare Erstschatz geteilt werden könne, in der Annahme, sich vor einem Gegenschlag schützen zu können. Von hier aus ist es nicht weit bis zu der Versuchung, auf den Abschlußknopf

zu drücken. Darin besteht die Hauptgefahr der neuen militärischen Konzeption der USA. Sie kann die Welt nur näher an den nuklearen Abgrund bringen. Es ergibt sich also folgendes Bild: Man redet über Verteidigung, aber in Wirklichkeit legt man eine Mine unter den gesamten Prozeß der strategischen Rüstungsbegrenzung.

Daß es so ist, bezeugen namhafte Wissenschaftler der Welt. Wir schlagen der USA-Regierung vor: Lassen wir die sowjetischen und die amerikanischen Wissenschaftler und Fachleute auf diesem Gebiet zusammenkommen und mögliche gefährliche Folgen eines breit angelegten Raketenabwehrsystems erörtern. Lassen wir die Wissenschaft ihr gewichtiges Wort sprechen.

Es wird immer offenkundiger, daß die USA die Entwicklung von Weltraumwaffen in ihre militärischen Vorbereitungen einbeziehen werden. Man will sich mit Waffen in den Weltraum aufmachen und von dort aus die Menschheit bedrohen. Das darf nicht zugelassen werden. Der Weltraum muß friedlich bleiben. Wir haben einen internationalen Vertrag über die Nichtstationierung von Waffen jeglicher Art im Kosmos vorgeschlagen. Wir sind überzeugt, daß man sogar weitergehen sollte — ein Verbot vereinbaren, sowohl im Weltraum als auch vom Weltraum aus gegen die Erde überhaupt Gewalt anzuwenden.

Mit dem Wettrüsten dort nicht zu beginnen, wo es noch nicht stattfindet, und es dort einzustellen, wo es zur Zeit schon stattfindet —, darin liegt das Wesen unserer Position, davon lassen wir uns bei den Verhandlungen leiten.

Die Sowjetunion wird auch künftig konsequent nach einer gemeinsamen Sprache mit der amerikanischen Seite suchen, sich bemühen, sie zu finden. Unsere früher eingebrachten Vorschläge bleiben in Kraft. Sollte die amerikanische Administration Vorschläge zu dem einen oder anderen Problem unterbreiten, die auf die Lösung dieser Probleme im Geiste gleicher Sicherheit ausgerichtet sind, werden wir sie im positiven Sinne unbedingt prüfen.

**Frage:** Demnächst plant Bundeskanzler Helmut Kohl einen Moskau-Besuch. Wie schätzen Sie die Perspektiven der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik ein, und sehen Sie Möglichkeiten einer Zusammenarbeit, auch wenn die Regierung Kohl die sogenannte NATO-Nachrüstung vollzieht?

**Antwort:** Eine friedliche, sachliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik stellt einen wesentlichen Faktor für die Stabilität in Europa und im internationalen Leben insgesamt dar. Ich glaube, daß es im Interesse der Bundesrepublik wie auch der Sowjetunion liegt, das zu bewahren. Eine Basis dafür gibt es, eine gute Basis: den Moskauer Vertrag und eine Reihe anderer Abkommen, die zwischen unseren Ländern in den 70er Jahren abgeschlossen wurden. Das sind die gemeinsam gesammelten Erfahrungen bei der praktischen Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten.

In der Sowjetunion erwartet man den Besuch von Bundeskanzler Kohl, der prinzipiell bereits vereinbart worden ist. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, im Laufe des Besuchs das Positive zu verankern, das es in unseren Beziehungen gibt, und die Aussichten für die Zukunft abzustecken.

Wenn wir die Aussichten unserer Beziehungen einschätzen, können wir selbstverständlich nicht zur gleichen Zeit von den Plänen zur Stationierung neuer amerikanischer Kernraketen in der Bundesrepublik abstrahieren.

Urteilen Sie selbst, welcher Schaden für diese Beziehungen entstünde, wenn das Territorium der Bundesrepublik zum Startgelände würde, von dem aus sich der UdSSR und ihren Verbündeten ein nuklearer Schlag versetzen läßt. Sollte dies geschehen, würde das für die Bundesrepublik schwerste Folgen nach sich ziehen.

Aber ich wiederhole, die Sowjetunion ist entschieden gegen die Entstehung einer solchen Situation. Wir schlagen einen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage vor, der die



Sicherheit sowohl der Bundesrepublik als auch der Sowjetunion gewährleisten und es unseren beiden Ländern erlauben würde, im Interesse der Festigung des europäischen und des Weltfriedens erfolgreich zusammenzuarbeiten.

**Rudolf Augstein:** Es ist mir eine Freude, die mir gebotene Möglichkeit wahrzunehmen, mit dem höchsten führenden Repräsentanten der Sowjetunion zusammenzutreffen und zu sprechen. Wir haben schon einige Fragen formuliert, auf die wir die Antworten in schriftlicher Form erhielten. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich mich vor unserem Treffen schon mit dem Vorflut Ihrer Antworten bekannt gemacht habe. Ich weiß nicht, ob Sie ihn mir jetzt offiziell übergeben oder konzedieren wir, daß wir ihn bereits erhalten haben.

**Juri Andropow:** Ich werde Ihnen diesen Text jetzt übergeben. Ich denke, das wäre die vernünftigste und bequemste Art und Weise. Ist Ihnen das recht?

**Rudolf Augstein:** Ja, natürlich. Ich danke Ihnen. Da aber kein Text erschöpfend sein kann, gestatten Sie mir bitte, Ihnen hier zusätzlich einige Fragen zu stellen.

**Juri Andropow:** Bitte.

**Rudolf Augstein:** Im Westen hören wir oft das Argument, daß zu der Zeit, wo die Amerikaner weniger gerüstet haben, als Sie jetzt rüsten und zu rüsten vorhaben, daß genau zu dieser Zeit die Sowjetunion die Rüstung erhöht hat. Während die Netto-Zahlen der amerikanischen Rüstung angeblich zurückgegangen sind, sollen die Netto-Zahlen der sowjetischen Rüstung in den 70er Jahren gestiegen sein.

**Juri Andropow:** Die Amerikaner selbst verbreiten dies gerne, und ihre Verbündeten in der NATO helfen ihnen dabei. Ich habe mich nicht speziell auf die Beantwortung dieser Frage vorbereitet. Trotzdem ist der Beweis leicht zu führen, daß es nicht so ist, wie Ihre Fragestellung suggeriert. Wenn wir schon beim Anfang anfangen wollen, gestatten Sie mir daran zu erinnern, daß nicht die Sowjetunion Atomwaffen erfunden und als erste in Dienst gestellt hat. Es gab eine lange Zeit, in der wir diese Waffen überhaupt nicht hatten, die Amerikaner aber sie besaßen und versuchten, damit uns und dazu die ganze Welt zu erpressen. Wir wurden gezwungen, schnellstens unseren Rückstand aufzuholen, es vergingen Jahre, und nun hatten auch wir die Kernwaffen. So war das.

**Rudolf Augstein:** Aber war es nicht so, daß die höchste Führung der Sowjetunion 1977 selbst feststellte, daß bei den Rüstungen ein annäherndes Gleichgewicht zwischen beiden Seiten bestehe?

**Juri Andropow:** Genau. Aber meine Antwort ist noch nicht zu Ende. Wenn wir die Entwicklung der Ereignisse in den verschiedenen Etappen verfolgen, so war die Sache doch so: Die Vereinigten Staaten gingen an, ihre Kernwaffen intensiv zu vervollkommen. Von den Einfachsprengköpfen gingen sie zu Mehrfachsprengköpfen über. Damals mußten wir das auch tun. Dann schufen die Amerikaner die unabhängig lenkbaren Mehrfachgefechtsköpfe (sogenannte MIRV). Daraufhin mußten wir das Gleiche tun. Dann gingen die USA daran, Raketen mit MIRV-Köpfen auf ihren U-Booten aufzustellen. Auch hier mußten wir reagieren.

Ein annäherndes Kräftegleichgewicht besteht, das meinen wir auch jetzt. Es gibt eine ungefähre Parität.

Die Sache verhielt sich also die ganze Zeit so, daß wir bei der Aufrüstung nur hinter den Amerikanern nachzogen, und nicht umgekehrt. Bei diesem Nachziehen haben wir immer wieder vorgeschlagen, dieses Wettüben zu beenden, vorgeschlagen, den Stand der Rüstungen auf beiden Seiten einzufrieren und zu ihrer Reduzierung überzugehen. Leider hat die amerikanische Seite dem nicht zugestimmt.

Wenn man nun vom derzeitigen Stand der Dinge spricht, so kann man ihn natürlich von unterschiedlichen Standpunkten aus beurteilen, je nach den Methoden und der Betrachtungsweise. Die Vereinigten Staaten zum Beispiel

glaubten, ihre Kernwaffen würden weniger verwundbar, wenn sie sie auf U-Booten aufstellten. Und so taten sie es. Das ist auch begreiflich, denn die USA sind eine Seemacht. Wir sind eine Kontinentalmacht, und der größte Teil unserer Kernwaffen ist auf dem Festland in Stellung gebracht worden. Nun aber schlagen die Amerikaner vor, laßt uns die auf dem Festland stationierten Kernwaffen abbauen, die seegestützten Raketen jedoch lassen wir beiseite. Das können wir natürlich nicht akzeptieren. Wir stellen unsererseits alle nuklearen Waffenarten beider Seiten in Rechnung und schlagen vor, sie gleichmäßig auf beiden Seiten abzubauen und sie letzten Endes vollständig zu liquidieren.

Was detaillierte Daten über das Kräfteverhältnis beider Seiten betrifft, so hat unser Verteidigungsminister Dmitri Ustinow kürzlich in einer öffentlichen Rede zu diesem Thema ausführliche Angaben und Zahlen genannt. Sie brauchen sich diese Zahlen nur anzusehen, um sich davon zu überzeugen, daß das, was ich Ihnen gesagt habe, stimmt.

**Rudolf Augstein:** Es gibt viele Leute in Westeuropa, die sich speziell durch die SS-20-Raketen bedroht fühlen, die ja in der Tat ein sehr neuartiges und wirksames Waffensystem darstellen.

**Juri Andropow:** Eigentlich habe ich dieses Thema ja schon in dem Text meiner Antworten auf die von Ihnen erhaltenen Fragen behandelt. Hinzufügen könnte ich folgendes: Ich verstehe, daß die Völker Europas Besorgnis, ja Beunruhigung empfinden. Wir sind dafür, die Ursachen dieser Beunruhigung zu beseitigen. Wir haben verschiedene Varianten vorgeschlagen. Wir schlugen vor, überhaupt alle Kernwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch taktische aus Europa zu entfernen. Die USA haben auf diesen unseren Vorschlag nicht einmal geantwortet. Sie unterbreiteten hartnäckig weiter ihre "Null-Variante", die es nicht einmal wert ist, hier auf sie einzugehen. Wir haben schon mehrmals ihr wahres Wesen deutlich gemacht. Hinsichtlich der Beunruhigung über die bestehende Situation gibt es zwischen uns also keine Differenzen. Die Vereinigten Staaten aber möchten ihre Kernraketen auf dem Territorium Westeuropas stationieren, und Sie, die Bundesdeutschen, und die Belgier und Holländer zu ihren Geiseln machen. Da sind wir dagegen. Wir haben verschiedene Auswege aus dieser Lage vorgeschlagen, die es gestatten würden, entweder die gegenseitige Bedrohung gänzlich zu beseitigen oder die bestehenden Spannungen bedeutend zu mindern.

**Rudolf Augstein:** Für den Fall, daß die Genfer Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen und die Pershing-2-Raketen und die Cruise Missiles in Europa aufgestellt werden, hat die UdSSR angekündigt, Mittelstreckenraketen in vergleichbarer Nähe der USA zu stationieren. Ist, Herr Generalsekretär, diese Absicht ernsthaft, und an welche Gebiete denken Sie dabei? Wenn Sie mir das noch sagen könnten?

**Juri Andropow:** Das sage ich Ihnen nicht einmal unter dem Siegel der Verschwiegenheit — aus verständlichen Gründen. Was den Kern der Sache angeht, so möchte ich bekräftigen: Wir werden etwas finden, womit wir das Vorgehen der Amerikaner sowohl unmittelbar hinsichtlich des Territoriums der USA als auch hinsichtlich Europas beantworten würden. Die Verhandlungen über die Kernwaffen — das ist kein Pokerspiel, wo man, wenn man mal verspielt, doch hoffen kann, die Sache dann wieder irgendwie einzurenken. Diese Verhandlungen berühren im wahrsten Sinne des Wortes Fragen von Leben und Tod der Völker der Sowjetunion und der USA, der Länder des Warschauer Vertrages und der NATO. Wir können nicht ruhig der Aussicht entgegensehen, daß zusätzlich zu den französischen und britischen Raketen, die schon auf uns zielen, unweit unserer Grenzen mehr als 500 Kernraketen aufgestellt werden. Unsere Gegenmaßnahmen werden von jedem Standpunkt aus völlig gerechtfertigt sein, auch von den höchsten moralischen Ansprüchen.

**Rudolf Augstein:** Sie haben hier die französischen Raketen erwähnt, und das bringt mich auf eine andere Frage. Die Sowjetunion hatte sehr gute Beziehungen zu Frankreich. Und es



ist so gekommen, daß gerade die Sozialistenregierung, der Kommunisten angehören, verlangt hat, daß etwa 50 sowjetische Diplomaten und anderes Personal Frankreich verlassen. Wie beurteilen Sie diesen Vorgang?

**Juri Andropow:** Was kann ich dazu sagen? Vor allem möchte ich nicht, daß die Schuld an diesem groben provokatorischen Ausfall gegen die sowjetischen Menschen auf die französischen Sozialisten und sogar Kommunisten geschoben wird. Wir wissen gut, daß hinter dieser Aktion Kräfte stehen, die gegen gute Beziehungen Frankreichs mit der Sowjetunion sind. Und diese Kräfte befinden sich möglicherweise nicht nur in Frankreich selbst, sondern auch außerhalb seiner Grenzen. Es sieht wenig danach aus, daß diese Aktion den nationalen Interessen Frankreichs entspräche. Das ist ein Willkürakt. Er besitzt keine rechtliche Grundlage. Jegliche Behauptung, daß die sowjetischen Menschen sich mit unerlaubten Aktivitäten befaßt hätten, sind Unterstellungen.

Ich möchte auch folgende Tatsache vermerken: Unter den sowjetischen Menschen, denen nahegelegt wurde, Frankreich zu verlassen, befinden sich Mitarbeiter, die schon seit einem halben Jahr nicht in Frankreich arbeiten und sich in der Sowjetunion aufhalten. Andere arbeiteten überhaupt kaum zwei Wochen in Frankreich. Ist das etwa nicht absurd?

Uns erklärt man lediglich: Die sowjetischen Mitarbeiter hätten sich mit dem Sammeln von Informationen befaßt. Soweit ich das aber verstehe, gehört es zu den Funktionen des diplomatischen Dienstes und anderer Dienste eines jeden Landes, jeder Botschaft, Informationen über das Aufenthaltsland zu sammeln und der eigenen Regierung zu übermitteln. Ist das vielleicht eine unerlaubte Tätigkeit? Sie ist in internationalen diplomatischen Konventionen fixiert.

Diese Aktion der französischen Behörden kann nicht anders als eine vorsätzlich auf Verschlechterung der sowjetisch-französischen Beziehungen gerichtete Aktion bezeichnet werden.

In einigen Presseorganen Frankreichs wird behauptet, das Fehlen von Gegenmaßnahmen unsererseits gegenüber französischen Mitarbeitern in Moskau sei ein indirektes Eingeständnis der "Schuld" der Sowjetunion. Das ist Unsinn. Wenn jemand unser Tun so auslegt, zeigt er damit, daß er die sowjetische Außenpolitik mißversteht. Es wäre ganz leicht gewesen, Gegenmaßnahmen gegenüber den in der UdSSR beschäftigten Franzosen zu ergreifen. Wenn wir Zurückhaltung üben, lassen wir uns von weitreichenden Interessen der sowjetisch-französischen Beziehungen leiten, die wir schätzen und die im Laufe einer langen Zeit im Interesse der Erhaltung der Entspannung in Europa entstanden sind.

Das besagt aber nicht, daß wir, wo auch immer, Willkür gegenüber sowjetischen Diplomaten und anderen Mitarbeitern, die in unseren Auslandsvertretungen beschäftigt sind, dulden würden.

**Rudolf Augstein:** Ja, man kann sagen, daß Sie in diesem Fall gemäß der Bibel gehandelt haben: Wenn man Dich auf die linke Backe schlägt, dann halte auch noch die rechte hin.

**Juri Andropow:** Nicht ganz. Wir haben wenig mit biblischen Gestalten zu tun. Wir lieben uns vom nüchternen politischen Kalkül, von dem Bestreben leiten, eine Verschlechterung der sowjetisch-französischen Beziehungen zu verhindern, wobei wir mehr als nur diesen engen lokalen Konflikt im Auge haben.

**Rudolf Augstein:** Da wir zufällig auf die Bibel zu sprechen gekommen sind, da möchte ich darauf hinweisen, daß Präsident Reagan, als er vor einer religiösen Zuhörerschaft sprach, die Sowjetunion zum "Zentrum des Bösen" ausgerufen hat. In Ihrer Entgegnung auf diese Erklärung gaben Sie ihr eine eigene Einschätzung. Ich möchte aber fragen: Sind vernünftige und erfolgreiche Verhandlungen in einer solchen Atmosphäre überhaupt möglich?

**Juri Andropow:** Wir sind Realisten genug, um nicht auf Rhetorik zu achten. Hätte Reagan außer seinen Beziichtigungen auch nur einen unserer konkreten Vorschläge

in den Fragen der Reduzierung der Rüstungen akzeptiert oder sogar nur einen einzigen vernünftigen, geeigneten Vorschlag gemacht, hätten wir ihm seine, gelinde gesagt, unbegründete Erklärung verziehen. Die Franzosen haben offensichtlich recht, wenn sie sagen, daß jedermann mit der Zunge spricht, die er hat.

**Rudolf Augstein:** Es kommt selten vor, daß alles Böse und die ganze Schuld nur auf der einen Seite zu finden sind, selbst wenn es dem Osten hinsichtlich des Westens und dem Westen hinsichtlich des Ostens so zu sein scheint. In diesem Zusammenhang muß ich folgendes fragen: Ist man sich auf sowjetischer Seite bewußt, wie sehr die Afghanistan-Frage das internationale Klima stört, und gibt es Pläne, diesen Störfaktor zu beseitigen?

**Juri Andropow:** Zur Beantwortung des ersten Teils ihrer Frage sage ich: Man ist sich natürlich dessen bewußt. Unsere Pläne für eine politische Lösung des afghanischen Problems sind kein Geheimnis. Wir haben sie öffentlich dargelegt und zwar wiederholt. Darüber sprach schon Leonid Iljitsch Breschnew. Wir sind der Auffassung, daß wir unsere Truppen abziehen, sobald die Einmischung von außen in die Angelegenheiten Afghanistans aufhört und eine Garantie dafür gegeben wird, daß diese Einmischung nicht wiederaufgenommen wird. Unsere Truppen stehen in diesem Land auf Bitte der rechtmäßigen afghanischen Regierung, derjenigen, die damals an der Macht war, und sie befinden sich dort weiterhin auf Bitte der von B. Karmal geleiteten rechtmäßigen Regierung. Wir suchen dort für uns selbst nichts. Wir entsprachen der Bitte eines befreundeten Nachbarlandes um Hilfe. Natürlich ist es uns aber bei weitem nicht gleichgültig, was unmittelbar an unserer Südgrenze vor sich geht. Washington maß sich sogar das Recht an, darüber zu befinden, welche Regierung in Nicaragua sein solle, da dies die Lebensinteressen der USA berühre. Nicaragua liegt aber mehr als 1000 Kilometer von den USA entfernt, wir dagegen haben mit Afghanistan eine lange gemeinsame Grenze. Wenn wir also den Freunden zu Hilfe kommen, denken wir gleichzeitig auch an die Wahrung unserer eigenen Sicherheitsinteressen.

Zur Zeit sind politische Verhandlungen über die Regelung der mit Afghanistan verbundenen Probleme im Gange. Sie verlaufen allerdings schleppend, denn die Pakistaner werden von ihren überseeischen Freunden gleichsam am Armel festgehalten. Trotzdem glauben wir, daß diese Verhandlungen, die unter Mitwirkung eines Vertreters des UNO-Generalsekretärs vor sich gehen, einige Aussichten haben.

**Rudolf Augstein:** Ich möchte noch einmal auf die Frage der Mittelstreckenraketen zurückkommen. Wenn die Amerikaner sie nun doch in der Bundesrepublik stationieren, werden Sie dann die Verhandlungen mit den USA über die Kernwaffen in Europa fortsetzen?

**Juri Andropow:** Von sowjetischer Seite wurde schon wiederholt hervorgehoben, daß ein solcher Gang der Ereignisse eine scharfe Verschlechterung der Lage nicht nur in Europa, sondern auch in globalem Ausmaß mit sich bringen würde. Demgemäß müßten wir auch die erforderlichen Beschlüsse fassen.

**Rudolf Augstein:** Noch eine Frage, die uns auch in der Bundesrepublik beunruhigt. Die Überschuldung einiger sozialistischer Länder hat doch beängstigende Formen angenommen. Was läßt sich tun, damit eine Vertiefung der Krise vermieden wird? Wir alle in Europa sind ja aufeinander angewiesen.

**Juri Andropow:** Da von souveränen Staaten die Rede ist, kann ich nur sagen, daß es die souveräne Angelegenheit jedes betreffenden Landes ist, nach einem Ausweg aus entstehenden Problemen zu suchen. Wenn es aber darum geht, was die Bundesrepublik Deutschland ihrerseits tun könnte, so kann ich nur eines raten: Treiben Sie Handel, entwickeln Sie die wirtschaftlichen Beziehungen, anstatt sich mit "Sanktionen" zu befassen.



# DIE UNSTERBLICHE LEHRE

Wadim SAGLADIN

Über den weltweiten revolutionären Prozeß wird heute viel geredet und geschrieben. Dennoch läßt sich selbst abstrakt, verstandesmäßig vermutlich kaum erfassen, wie er denn nun aussieht.

In der Tat, der revolutionäre Prozeß ist schließlich einerseits ein Prozeß, d. h. etwas, was ständigen Veränderungen ausgesetzt ist und sich ununterbrochen in Bewegung befindet. Andererseits ist der revolutionäre Prozeß etwas nicht Faßbares, Fleischloses. Es ist ein kompliziertes Konglomerat kämpfender Klassen, gesellschaftlicher Bewegungen, Strömungen, Organisationen, ein Komplex von Revolutionen, Aufständen, Streiks, unterschiedlichsten Erscheinungen von Klassen-, nationalen Befreiungs- und anderen sozialen Schlachten. Mit anderen Worten, der revolutionäre Prozeß ist eine wirkende, schöpferische Seite der Geschichte. Er ist ihre aktivste Aufbaukraft und gleichzeitig ihr Resultat auf der jeweiligen Etappe.

Es ist nichts Erstaunliches daran, daß sich der revolutionäre Prozeß sichtbar, als Wirklichkeit kaum vorstellen läßt. Seine fäglichen Erscheinungen zerfallen in Hunderte und Tausende einzelner Fakten und Vorgänge, die sich nicht so leicht zu einem einheitlichen Bild zusammensetzen lassen, weil sie so unterschiedlich, vielschichtig und bunt sind.

Dennoch gibt es Tage und Ereignisse, die die Möglichkeit bieten, fast im wahrsten Sinne des Wortes den heutigen revolutionären Prozeß in all seiner Ausdehnung und Stärke zu empfinden. Ein solcher Tag, den wir jährlich begehen, ist der 1. Mai. Entstanden als Tag der internationalen Solidarität der Proletarier mit den Kämpfern gegen das Joch des Kapitals, hat der 1. Mai bereits einen Jahrhundertweg zurückgelegt. Jeder neue Abschnitt dieses Weges hat ihn bereichert, gestärkt. Heute, 1983, feiert die Welt das Fest der proletarischen Solidarität vor allem als einen Tag des wahrhaft volksweiten, weltweiten Protestes gegen die Politik der imperialistischen Kreise, die die Kriegsgefahr anheizen und der Menschheit mit einer nuklearen Apokalypse drohen. Das Ausmaß dieses Protests ist wahrlich grandios.

Natürlich kann man bei weitem nicht alle Anhänger der Antikriegsbewegung als Teilnehmer (oder gar bewußte Teilnehmer) des revolutionären Prozesses ansehen. Kein Zweifel besteht jedoch daran, daß der mächtige Stamm des lebenspendenden Baumes Antikriegskampf vor allem dem Keim entsproß, der bereits Mitte des vergangenen Jahrhunderts von den großen Führern des Proletariats Karl Marx und Friedrich Engels gepflanzt wurde. Sie haben ihn gehegt und gepflegt, und er wächst nun

unaufhaltsam weiter zusammen mit dem Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung.

Ein anderes Ereignis unserer Tage, das ebenfalls deutlich die ganze Kraft des heutigen revolutionären Prozesses, sein gigantisches Ausmaß erkennen läßt, sind die Kundgebungen zu Ehren von Karl Marx anläßlich seines 165. Geburtstags (5. Mai 1818) und 100. Todestages (14. März 1883). Diese Kundgebungen sind in vielen Ländern (darunter in der UdSSR, in der DDR und in den anderen sozialistischen Staaten, in der BRD, Frankreich) bereits vorüber, dauern in anderen noch an. Ihre Dimensionen haben tatsächlich alle Erwartungen übertroffen.

Wenn der jetzige Antikriegs-1. Mai ein Beweis für das riesige Wachstum des **politischen Niveaus** der heutigen Arbeiterbewegung, für die politische Reife der Teilnehmer am revolutionären Prozeß insgesamt ist, so wurden die Marx-Tage im Grunde zu einem an Durchschlagskraft einmaligen Zeugnis für das **ideologische Wachstum** der wichtigsten Formationen des revolutionären Kampfes, ihres Zusammenschlusses auf einer klaren, prinzipiellen Plattform, der Plattform des Marxismus-Leninismus.

Das Marx-Jahr hat die außerordentlich weite Verbreitung und den zunehmenden Einfluß der Lehre dieses Mannes gezeigt, gleichzeitig aber auch bewiesen, daß diese Lehre im Epizentrum der ideologischen Auseinandersetzungen bleibt.

...Da habe ich vor kurzem den Brief eines Lesers aus dem Ausland erhalten — woher, spielt in diesem Falle keine Rolle. Es war ein ziemlich verärgelter Brief, dessen Sinn auf die Frage hinauslief: Warum übertreiben Sie die Bedeutung von Marx? Warum widmen Sie in einem so großen Ganzen, wie es die Menschheitsgeschichte ist, "irgendeiner einzigen Persönlichkeit" so großen Raum? "Und hat diese Persönlichkeit denn wirklich so viel getan?" fragte der Briefschreiber, wobei er all und jedes anzweifelt, selbst die anscheinend offensichtlichsten Fakten.

In einem Jahr, in dem so viele Schriften über Marx und seine bedeutende Lehre und ihre unerschöpfliche historische Rolle erschienen sind, wirken die Fragen meines anonymen Briefschreibers recht seltsam. Mancher mag sogar denken, es lohne sich nicht, ihnen auch nur eine Zeile zu widmen. Meiner Ansicht nach sollte man dennoch darüber nachdenken. Warum? Vor allem weil es die westliche antikommunistische, antimarxistische und antileninistische Propaganda ist, die die Menschen veranlaßt, diese (oder ähnliche) Fragen aufzuwerfen.

Sie will in dem Leser oder Hörer den

Gedanken aufkommen lassen, die Geschichte entwickle sich trotz Marx, ihr allgemeiner Verlauf und ihre einzelnen wichtigsten Episoden aus den letzten Jahren bestätigten die Wahrheit der marxistisch-leninistischen Ideen nicht, sondern widerlegten sie eher noch. Und wenn das so ist, dann sollte man auch die Bedeutung von Marx nicht übertreiben. Er sei nicht mehr als einer von vielen Wissenschaftlern, Ökonomen, Philosophen des vorigen Jahrhunderts, der natürlich für seine Zeit ein Großer gewesen sei, heute aber...

Wir müssen feststellen, daß die bürgerliche, auch die offizielle, staatliche Propaganda des Westens bei der Verbreitung derartiger Meinungen außerordentlich aktiv war (und bislang auch bleibt). Interessant dabei ist: Für Marx, jenen Marx, dessen Namen die bürgerlichen Ideologen noch vor kurzem beinahe als Schimpfwort gebrauchten, sind heute keine Zeitungsseiten, keine teure Sendezeit zu schade. Man könnte sagen, Marx sei 1983 zu einem Modethema der antimarxistischen Propaganda geworden.

Dafür gibt es offenbar zwei Ursachen. Die erste ist, daß sich die bürgerliche Welt heute einfach nicht anders verhalten kann. Der Einfluß der Ideen des Marxismus-Leninismus, ihre Verbreitung, ihre reale Auswirkung auf die historischen Leistungen von Millionen der werktätigen Massen in Dutzenden Ländern sind heute dergestalt, daß es praktisch unmöglich ist, sie nicht zu berücksichtigen, einfach vom Tisch zu wischen und ihre Urheber als unwesentlich hinzustellen.

Der zweite Grund ist mit dem ersten verbunden, genauer, er ergibt sich aus ihm. Gemeint ist das fieberhafte zunehmende Bestreben des Monopolkapitals und seiner ideologischen Anhänger, den Einfluß des Marxismus-Leninismus zu untergraben oder seine Wirkung auf die Massen zumindest merklich zu reduzieren. Ebendeshalb schaltet man in die heutige Auseinandersetzung mit Marx die "solide" bürgerliche Wissenschaft und Presse, das offizielle Fernsehen, staatliche Propagandaorgane der USA und auch anderer westlicher Länder ein.

Dabei — und das ist nicht unwichtig — nehmen diese mächtigen und wirkungsvollen ideologischen Mittel nicht nur die grundsätzlichen theoretischen und politischen Schlußfolgerungen von Marx aufs Korn, sondern auch seine Person, die der Gegner in verzerrter Form darstellen wollen. Man malt ihn — den hervorragenden Wissenschaftler und Revolutionär, der seinen Zeitgenossen zufolge ein Vorbild höchster menschlicher Qualitäten war — mit den düstersten und unfreundlichsten Farben. Sollte man darüber jedoch erstaunen in einer Zeit, da die



Losung der abenteuerlichsten Kräfte des Westens "Kreuzzug gegen den Kommunismus" lautet, da der Kampf gegen den sozialen Fortschritt in allen seinen Formen zur Dominante der gesamten Politik des modernen Imperialismus wird.

Angesichts des Gesagten wird verständlich, weshalb die auf den ersten Blick seltsam erscheinenden Fragen in dem Brief eine Antwort verdienen. Es handelt sich doch eigentlich um eines der wichtigsten "Argumente" der heutigen bürgerlichen antikommunistischen Ideologie und Propaganda.

Die verärgerten Fragen des Anonymus erfordern auch aus einem anderen Grund Antwort. Unter den Mitgliedern der Arbeiterbewegung nämlich gibt es auch Menschen, die ähnlich den eben erwähnten bürgerlichen Theoretikern bereit sind zu behaupten, die Ideen von Marx seien entweder veraltet oder hätten sich nicht bewährt. Dieses Ziel dürften z. B. die Organisatoren der zum 13.—16. März d. J. nach Trier einberufenen internationalen Konferenz der Sozialdemokraten verfolgt haben. Nach den Reden ihrer Teilnehmer zu urteilen bestand deren Hauptaufgabe darin, den Marxismus als ordinäre philosophische Lehre des 19. Jahrhunderts, beschränkt auf Europa, hinzustellen, die heute bereits ihre Bedeutung verloren habe. Und waren nicht auch einige italienische Herrschaften auf das gleiche aus, als sie behaupteten, der Marxismus habe seinen schöpferischen Charakter eingebüßt und entspreche nicht mehr den Forderungen der Zeit?

Wollen wir nicht über die subjektiven Motive und Pläne der Vertreter derartiger Standpunkte herumräteln. Unabhängig von den Motiven und Plänen fügen sie der Arbeiterbewegung unbestreitbar Schaden zu. Sie desorientieren und entwaffnen die Werktätigen ideologisch; sie geben den Anschauungen der bürgerlichen Ideologen und Politiker den Anschein von Wahrheit, verstärken faktisch die Möglichkeiten des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse. Da das so ist, erfordern derartige Standpunkte auch eine gebührende Analyse und entsprechende Reaktionen seitens der wahren Marxisten.

Unter Berücksichtigung des Gesagten wollen wir uns wieder den Fragen des Anonymus zuwenden. Seine Äußerungen gipfeln in dem Zweifel, ob Marx und der Marxismus der Menschheit irgend etwas gegeben haben und ob sie von der Geschichte überhaupt gebraucht wurden?

Was hat Marx getan?

Vor allem hat er zusammen mit Engels zum ersten Mal in der Geschichte die Wissenschaft von der gesellschaftlichen Entwicklung geschaffen, die es der bewußten Menschheit und ihrer Avantgarde — der Arbeiterbewegung — gestattete, die Gesetze der Geschichte zu erkennen und ihre Tätigkeit deren objektiven Erfordernissen anzupassen.

Der Ablauf der Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat die

Menschheit an einen Punkt gebracht, da sie sich bereits nicht mehr tastend, instinktiv weiter fortbewegen konnte. Die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise erforderte bewußtes, zielstrebiges Handeln der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Im Unterschied zu den bisherigen entsprangen nämlich diesmal die neuen, sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht dem Schoß der alten Ordnung. Die Voraussetzungen für ihre Schaffung waren der vorherige Zusammenbruch des alten politischen Überbaus, die Beseitigung der Macht des Kapitals und die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, d. h. die Ablösung der Diktatur der Bourgeoisie durch eine provisorische Diktatur des Proletariats in der einen oder anderen Form. Dazu mußte sich die Arbeiterklasse vor allem der vor ihr stehenden Aufgaben bewußt werden, mit anderen Worten sie mußte das Wesen ihrer welthistorischen Mission erkennen. Ebendiese Möglichkeit gaben ihr Karl Marx sowie die von ihm und seinem großen Freund Friedrich Engels entwickelte revolutionäre Wissenschaft.

Man kann sich natürlich fragen, ob nicht jemand anderer als Marx diese historische Tat hätte vollbringen können? Abstrakt gedacht, könnte man diese Frage positiv beantworten. Die Geschichte hat schließlich mehrfach bewiesen, daß, wenn eine große Aufgabe auf die Tagesordnung gerückt ist, dann auch die Persönlichkeit (oder Persönlichkeiten) auftaucht, die sie lösen kann. Das konkrete Leben aber hat bewiesen: Bislang war noch niemand, außer Marx, Engels und Lenin, weder in der Vergangenheit noch heute in der Lage, einem Gedankengut eine solche theoretische Kraft zu verleihen, daß es nicht nur einen Beitrag zur Wissenschaft über die Entwicklung der Gesellschaft und ihre revolutionäre Umgestaltung leisten kann, sondern eine solche Wissenschaft auch schafft und sie unter Berücksichtigung der sich verändernden historischen Bedingungen erfolgreich weiterentwickelt.

Unter den Nachfolgern der drei Titanen des sozialen Gedankens und der revolutionären Taten waren nicht wenige ausgezeichnete, für ihr Land oder ihre Region wahrhaft große Persönlichkeiten. Aber kein einziger noch besaß den Genius wie ihn Marx, Engels und Lenin besaßen.

Die wissenschaftliche Tat von Marx ist also unwiederholbar, einmalig, unerschöpflich.

Doch Marx war nicht nur Wissenschaftler. Engels sagte zu ihm: "Denn Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem er zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewußtsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte — das war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element."

Marx selbst sah es als seinen eigentlichen Lebenssinn an, möglichst vielen Menschen Glück zu bringen.

Mit seinem Namen ist die Gründung der ersten wahrhaft revolutionären Arbeiterorganisation in der Geschichte — Vorläufer der Partei neuen Typus —, des Bundes der Kommunisten, verknüpft; dazu die Gründung der ersten internationalen proletarischen Organisation, der Internationalen Arbeiterverbindung, die die revolutionäre Theorie mit der Arbeiterbewegung verband; die Organisation der internationalen Kampagnen der proletarischen Solidarität, unter denen die Solidaritätskampagne mit der Pariser Kommune zu Recht den ersten Platz einnimmt.

"Und man kann nur darüber staunen, wieviel er geschafft hat, um die auch von ihm gewiesenen Ziele zu erreichen... Er war somit der erste Kommunist in des Wortes aktuellster Bedeutung, und er war der Wegbereiter für unsere heutige Weltbewegung", schrieb Juri Andropow über Karl Marx.

Natürlich kann man auch hier die Frage stellen, ob jemand anders fähig gewesen wäre, das zu tun, was Marx getan hat? Die Antwort muß offenbar auch hier wieder lauten: Abstrakt ja. Konkret aber hat die Geschichte des 19. Jahrhunderts keinen einzigen Revolutionär hervorgebracht, der sich in seiner Größe mit den Leistungen von Marx real vergleichen ließe.

Hier nun würde mein "verärrterter" Opponent vermutlich in ein Freudengeschrei ausbrechen: "Aha, Sie schreiben ja selbst 'Geschichte des 19. Jahrhunderts', wir aber haben jetzt schon das Ende des 20. Wie können Sie da behaupten, daß Marx auch heute lebendig ist?"

Gut, beschäftigen wir uns mit dieser Frage.

Wenn man davon redet, Marx sei "veraltet", beruft man sich gewöhnlich vor allem darauf, daß seine "Prophezeiungen" nicht eingetroffen seien. Dagegen ist vor allem einzuwenden: Marx war kein Prophet und hat sich niemals als Prophet hingestellt. Er hat die tiefgreifenden Entwicklungsprozesse der Gesellschaft seiner Zeit erforscht und Schlußfolgerungen für die Tendenzen der weiteren Entwicklung gezogen. Will man also ernsthaft an die Sache herangehen, dann muß man die Aktualität der lebendigen Lehre von Marx vor allem daran beurteilen, ob die von ihm festgestellten Tendenzen tatsächlich erkennbar geworden sind oder nicht. Die Antwort lautet eindeutig ja. Mehr noch. Die Erfahrungen der Geschichte zeigen: Alle grundsätzlichen Schlußfolgerungen des revolutionären Marxismus seit dem Erscheinen des "Kommunistischen Manifests" vor 135 Jahren wurden vom Ablauf der Geschichte in vollem Umfang bestätigt.

In erster Linie bestätigten sich:

die Schlußfolgerung über die historische Notwendigkeit und Unausbleiblichkeit der Ablösung des Kapitalismus



durch den Sozialismus, des revolutionären Übergangs von der Herrschaft des Privateigentums zur Herrschaft des gesellschaftlichen Eigentums;

die Schlußfolgerung, daß dieser Übergang nicht spontanen, sondern bewußten Charakter tragen wird;

die Schlußfolgerung, daß die entscheidende, führende subjektive Kraft dieses Übergangs die Arbeiterklasse sein wird, die alle Schichten der Werktätigen vereint;

die Schlußfolgerung, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine ganze historische Epoche ausmacht, in der ein ununterbrochener Kampf der beiden wichtigsten einander gegenüberstehenden gesellschaftlichen Systeme stattfinden wird;

die Schlußfolgerung, daß der Sozialismus in allen Hauptkennzeichen, und vor allem vom Standpunkt der Übereinstimmung der Interessen des Menschen, der Interessen der Schaffung optimaler Bedingungen für die Entfaltung der Persönlichkeit, das alte kapitalistische System wie überhaupt jede auf der Herrschaft des Privateigentums basierende Zivilisation übertrifft;

die Schlußfolgerung, daß der Sieg der neuen gesellschaftlichen Beziehungen die Lösung so bedeutender, völkerbewegender Fragen gestattet wie das Problem der Überwindung der nationalen Unterdrückung, der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rückständigkeit und natürlich das Problem des Ausschlusses aggressiver Eroberungs- und Raubkriege aus dem Leben der Gesellschaft.

Die angeführten Punkte wurden vom gesamten Ablauf der Ereignisse in den letzten anderthalb Jahrhunderten bestätigt. Hinter jedem von ihnen stehen heute bereits Hunderte und Tausende Fakten, Erscheinungen, Leistungen. Und über sie alle ließen sich Bände schreiben, so wichtig und wesentlich sind sie. "Heute ist offensichtlich, daß sich diese Erneuerung aller Existenzformen der menschlichen Gesellschaft im Geist von Karl Marx, auf revolutionäre Art vollzog, aber nicht im Geist jener, die ihn zeit seines Lebens mit Haß verfolgten und nach dem Tode vergeblich danach trachteten, die Lebenskraft seiner Lehre zum Erlöschen zu bringen", sagte der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz "Karl Marx und unsere Zeit — der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt", die vom 11. bis zum 16. April in Berlin stattfand.

Übrigens kann diese Konferenz selbst als großartige Illustration der unvergänglichen Aktualität der Ideen von Karl Marx gelten. 145 Delegationen aus 111 Ländern, Kommunisten, revolutionäre Demokraten, Repräsentanten unterschiedlicher Parteien aus Entwicklungsstaaten, Sozialisten und Sozialdemokraten, diskutierten in der Hauptstadt des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden die brennendsten Fragen unserer Tage. Und die meisten

Redner stimmten darin überein, daß die Ideen von Marx lebendig und auch heute eine zuverlässige Waffe im Befreiungskampf der Völker sind. Dazu bemerkte das Politbüro des ZK der KPdSU, die Konferenz sei eine Demonstration der Vitalität der marxistisch-leninistischen Theorie, der Rolle des realen Sozialismus als praktische Verkörperung dieser Theorie, des untrennbaren Zusammenhangs zwischen Sozialismus und Friedenskampf, der Bedeutung der internationalen Solidarität der kommunistischen und der verschiedenen Bewegungen für soziale und nationale Befreiung gewesen.

Die Hauptschlußfolgerungen des Marxismus werden also in die Tat umgesetzt. Die "Prophezeiungen" von Marx gehen in Erfüllung, trotz allem, was die Gegner des wissenschaftlichen Sozialismus daherreden. Allerdings führen sie noch ein Argument an. Nicht selten sagen sie, ja, die vielen Prognosen von Marx hätten sich mehr oder minder bewahrheitet. Zur Analyse der modernen Welt und zur Prognostizierung der künftigen Entwicklung jedoch taue der Marxismus absolut nicht! Sei denn die moderne kapitalistische Gesellschaft der Gesellschaft zu Zeiten Marx' ähnlich? Und könne man den Marxismus benutzen, um die Lage der einstigen Kolonialländer zu analysieren, die noch nicht zum kapitalistischen Entwicklungsstand "herangereift" seien? Alle diese Fragen wurden in diesem Jahr in der bürgerlichen und nicht selten auch der sozialdemokratischen Presse immer wieder ventiliert. Auch einzelne Genossen in einigen Parteien haben sie aufgegriffen. Dort hieß es u. a., die neuen Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben "passen nicht in die theoretischen Rahmen des Marxismus". Also müsse man ihn modernisieren. Das ist eine bewußt falsche Fragestellung, berechnet für Menschen, die das Marx'sche Schaffen schlecht kennen.

Natürlich stimmt es, daß Marx vor einem Jahrhundert gewirkt hat und deshalb Situationen nicht analysieren konnte, die erst in unseren Tagen entstanden. Obwohl er, nebenbei gesagt, viele Phänomene von heute, wie die Bildung von Monopolen, die fortschreitende Internationalisierung der Produktions- und Handelsmittel, voraussah. Doch Marx war auch niemals darauf aus, konkrete Antworten auf Fragen zu geben, die sich seinen Nachfolgern in der Zukunft einmal stellen könnten. Unübertroffen tiefgründig hat er Wesen und Gesetze der Entstehung, Entwicklung und des Untergangs der kapitalistischen sozial-ökonomischen Formation im Ganzen analysiert. Diese Formation aber wurde schon in jener Zeit zu einem Weltsystem aus hochentwickelten, durchschnittlich und weniger entwickelten Staaten und Mutterländern und Kolonien. Marx studierte umfangreiches Material über all diese Gruppen von Ländern, analysierte Fakten, die die verschiedenen Reifegrade des Kapitalismus betrafen. Auf dieser Grundlage, d. h. auf der Basis von Daten,

die ganze kapitalistische Formation, ihre Gesamtheit (und nicht nur, sagen wir, die entwickelten Länder) betrafen, untersuchte Marx deren Zustand, deren innere Tendenzen und Perspektiven. Seine Schlußfolgerungen beziehen sich verständlicherweise nicht nur auf irgendeine bestimmte Etappe der Geschichte des Kapitalismus oder irgendeinen Teil davon, sondern auf diese Geschichte insgesamt, auf die Formation als solche. Diese Schlußfolgerungen bilden auch heute eine zuverlässige Grundlage für die Prognostizierung der Zukunft.

Wie jede wahre Wissenschaft entwickelt sich der Marxismus-Leninismus ständig weiter, vervollkommenet und bereichert er sich auf der Basis der Meisterleistung der Leistungen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, der Verallgemeinerung der gesellschaftlichen Praxis. In den letzten Jahren haben die Kommunisten der Welt die gemeinsame Schatzkammer ihres Wissens und ihrer Erfahrungen wesentlich ergänzen können. Dieser Prozeß geht ständig weiter. Doch er vollzieht sich nicht auf Kosten einer Verwässerung der marxistisch-leninistischen Lehre, sondern im Gegenteil auf der Basis der Stärkung ihrer Grundlagen, der Verteidigung ihrer Prinzipien. Dieses Herangehen entspricht voll und ganz den Traditionen und dem Geist unserer Lehre, den Erfordernissen des sozialen Fortschritts, der kommunistischen Bewegung.

...

Kehren wir zum Schluß wieder zu den Fragen meines anonymen Opponenten zurück. Lohnt es sich tatsächlich, Marx so viel Beachtung zu schenken? Ist es gerechtfertigt, daß unsere Zeitgenossen ihm einen so hervorragenden Platz in der Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung einräumen?

Ja, Marx verdient zweifellos die größte, intensivste Aufmerksamkeit. Ja, dieser hervorragende Platz wird ihm mehr als gerechtfertigt eingeräumt. Denn der menschliche Fortschritt im 19. und 20. Jahrhundert stimmt in vielem mit den Entdeckungen und Taten von Marx überein, ist darüber hinaus in wesentlichem Maße ihr Resultat und ihre Folge. Denn die wissenschaftliche Analyse der modernen Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung wie auch die wissenschaftliche Prognose ihrer Zukunft ist außerhalb des Marxismus-Leninismus und ohne ihn unmöglich. Dem modernen Marxismus-Leninismus aber liegen die genialen Arbeiten von Karl Marx, sein einmaliger Beitrag zur revolutionären Wissenschaft und Praxis zugrunde.

Die Lehre von Marx und Engels, von Lenin auf eine neue Stufe gehoben, ist eine große, unsterbliche Lehre. Sie verleiht allen wahren Kämpfern für das Glück des Menschen und der Menschheit einen zuverlässigen Kompaß. Sie selbst ist vitaler Teilnehmer und wichtiger Katalysator dieses Kampfes.



# FÜR FRIEDEN UND ARBEIT

Die Wirtschaftskrise, die horrenden Arbeitslosenzahlen, die Teuerung und die steigenden Steuern, die Offensive der Monopolbourgeoisie gegen die Gewerkschaften: In dieser sozialökonomischen Situation gehen die Werktätigen des Westens dem 1. Mai entgegen.

Das Proletariat der kapitalistischen Länder kämpft nicht nur für seine wirtschaftlichen Interessen, vielmehr tritt es entschieden auf gegen das Wettüsten, gegen den gefährlichen Kurs auf militärische Konfrontation.

USA

## DEN AMERIKANERN GEHEN DIE AUGEN AUF

Vergeblich suchte ich die dicken Zeitungen und die Fernsehprogramme ab. Kein Wort, keine einzige Zeile, als hätten alle Massenmedien da ein Schweigegelübde getan. Dabei sind die Ereignisse des diesjährigen April ungewöhnlich und kündigen neue soziale Stürme an.

Die politische Durchsetzung der Freeze-Idee hat eine neue Bewegung ins Leben gerufen. Sie verbindet den Kampf gegen das Wettüsten mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Beschneidung von Sozialprogrammen und die Herunterwirtschaftung der Städte,

gegen die Senkung des Lebensniveaus und die wirtschaftliche Stagnation.

Die Bewegung heißt "Arbeit und Frieden". Anne Braden, eine Aktivistin der Bürgerrechtsbewegung: "Wir befinden uns im Entstehungsstadium einer neuen Friedensbewegung, die direkten Bezug auf die wirtschaftlichen Sorgen unseres Volkes hat." Frank Clemente, ein leitender Funktionär von "Arbeit und Frieden": "Unserer Meinung nach ist der Zustand der Wirtschaft von größter Bedeutung für unsere Bürger, und im Friedenskampf sehen wir die Hauptbedingung für Änderungen."

Bei den Wahlen zum Kongreß 1982 stimmten über 50 Städte für einen Abbau der Militärausgaben zwecks Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das war wohl die erste große Aktion von "Arbeit und Frieden". Vom 10. bis zum 16. April fand in 160 Städten eine Woche unter demselben Motto statt. Ich traf mich mit Henry Foner, dem Vorsitzenden des Verbands der Kürschner und Gerber. "Es ist unmöglich", sagte er mir, "gegen die Reaganomics zu kämpfen, ohne zugleich gegen die Eskalation des Wettüstens aufzutreten. Wovon die Rede auch sein mag — Sozialversicherung, Schaffung von Arbeitsplätzen, jedes andere Sozialprogramm —, erhebt sich immer wieder die Frage, woher die Mittel nehmen. Es gibt nur eine einzige Antwort darauf: aus dem Militäretat. Eine andere Quelle ist nicht da. Um wirksam zu sein, muß jeder wirtschaftliche Kampf mit dem Friedenskampf verbunden werden."

Diese Erkenntnis setzt sich durch. Was bis jetzt nur eine These einzelner Wirtschaftsexperten und Soziologen war, findet Eingang in die Massen.

Im Rahmen der Woche fand im New-Yorker Bezirk Chelsea eine Versammlung statt. Viele kamen mit Kindern, das Ganze spielte sich abends im geräumigen Saal des Fulton Center ab.

Kevin Lynch, Vorstandsmitglied der 65. Sektion der Gewerkschaft Automobilbau, sagte: "Nach Angaben der Gewerkschaften gibt es 20 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter. Zieht man ihre Familienangehörigen in Betracht, so betrifft die Arbeitslosigkeit unmittelbar 50 Millionen Personen. Wir können uns die weitere Aufrüstung nicht mehr leisten. Wir stecken nicht in einer Rezession, sondern in einer Wirtschaftskrise. Einige meinen, daß die Kriegsmaschinerie nichts Schlimmes sei. Ich bitte sie, die Augen einmal zu öffnen. Fahrt in die South Bronx" (das schrecklichste Getto von New York), "das ist die erste Stadt, die wir mit unseren Militärausgaben ausgebombt haben. Fahrt nach Pittsburgh, wo gigantische Stahlgießereien heute kein Lebenszeichen von sich geben. Fahrt nach Detroit, die Stadt des Automobilbaus. Fakt ist, daß wir



"Wir brauchen Arbeit!" lauten diese Losungen der amerikanischen Arbeitslosen, die vor dem Kongreß in Washington gegen die Politik der Administration mit ihren immer höheren Bewilligungen für das Pentagon und mit der Kürzung der Sozialprogramme protestieren.

Foto: TASS





jetzt für den Frieden kämpfen müssen, nicht nur, weil das eine gute Sache ist. Wir sind für den Frieden, weil wir sonst nicht überleben, weil wir sonst ohne Arbeit bleiben und unsere Gewerkschaften zu bestehen aufhören."

Es wurde errechnet, daß die direkten und indirekten Militärausgaben im heutigen US-Haushalt 64 % ausmachen. Für Bildung, Gesundheitsschutz, Sozialleistungen, Berufsausbildung usw. sind dagegen nur 15 % vorgesehen. Es wurde ferner errechnet, daß jede für Raketen und Artillerie verausgabte Milliarde Dollar 14 000 neue Arbeitsplätze schafft. Dieselbe Milliarde würde, wenn für den Bau von Krankenhäusern verwendet, 48 000 Arbeitsplätze schaffen (bessere medizinische Betreuung nicht zu vergessen); in der Volksbildung wären es 62 000, im Einzelhandel 65 000 Arbeitsplätze. Anders gesagt, bedeutet jede Erhöhung des Militäretats eine relative und enorme Einschränkung der Beschäftigung.

Zugleich kommen die zivilen Wirtschaftszweige herunter, denn 50 % der Mittel, die die Steuerzahler dem Pentagon zugehen lassen, kehren in den

meisten Bundesstaaten nicht in Form von Regierungsbewilligungen und -aufträgen zurück. Dazu ein einfaches Beispiel. An Wohnungen und Häusern wurde 1982 weniger als eine Million gebaut, der Bedarf aber beträgt 2 Mio im Jahr. Ergebnis: akuter Wohnungsmangel, bei dem der Durchschnittspreis eines Neubaus 76 000 Dollar — dreimal soviel wie 1971 — ausmacht. Die Subventionen der Regierung im Posten Wohnungsbau für Unbemittelte beliefen sich 1981 auf 30,2 Md. Dollar. Im Finanzjahr 1984 sind es 515 Mio Dollar. Zehn Millionen amerikanische Kinder können nicht zum Arzt gehen, weil das ihren Eltern zu teuer ist. Aus demselben Grund können sich 18 Millionen nicht von einem Zahnarzt behandeln lassen. Der Zustand der öffentlichen Verkehrsmittel in New York ist beinahe katastrophal. Die jährlichen Subventionen aus dem Bundeshaushalt betragen 35 Mio Dollar (ungefähr der Preis eines F-15-Jägers). Für eine "befriedigende" Erneuerung des Verkehrssystems sind 14 Md. Dollar nötig. Das wäre möglich, wenn das Programm für den Bau von Flügelraketen (12 Md. Dollar) aufgehoben wäre.

Mit all diesen Fragen beschäftigt sich die Bewegung "Arbeit und Frieden". Am 6. Mai wird in New York eine öffentliche Diskussion über das städtische "Friedensbudget" stattfinden, auf die sich die Teilnehmer der Bewegung vorbereiten. Am 21. Mai wird über die Propaganda der Fragen von Krieg und Frieden unter den Schulkindern diskutiert. Im Mai und Juni beginnt eine Massenkampagne zur Registrierung der Wahlberechtigten, die bisher an den Wahlen nicht teilnahmen, weil sie keinen Sinn darin sehen. Am 12. Juni werden in der ganzen Stadt Massenmärsche zur Unterstützung der Forderung nach der Einschränkung des nuklearen Waffentrüstens starten. Am 4. Juli wird nach dem Beispiel des britischen Greenham Common am gewaltigen Rüstungsdepot der Armee in Seneca, Staat New York, ein "Friedenslager" aufgeschlagen. Für den 27. August ist ein gesamtnationaler Marsch auf Washington unter der Losung "Arbeit, Frieden und Freiheit" geplant. Der Kampf geht weiter.

J. GUDKOW  
Eigenbericht

New York

## BELGIEN

# NEIN ZUR ARBEITSLOSIGKEIT

In einer der zahlreichen Protestdemonstrationen in Brüssel wurden zwei Kamele geführt. Das Auftauchen dieser südlichen Tiere im Land an der Nordsee hatte einen symbolischen Sinn. Die Tiere trugen an ihren Höckern das Plakat: "Beschäftigungsmäßig wird Europa zu einer Wüste."

Laut amtlichen Angaben zählen die EG-Länder 12,3 Millionen Arbeitslose. Auch die Aussichten sind nicht gerade rosig. Viele Wirtschaftsfachleute sagen voraus, die Arbeitslosenzahl werde in zwei Jahren 15 Millionen erreichen. In Belgien, wo sich das EG-Hauptquartier befindet, ist das Problem der Beschäftigung besonders akut. Hier ist jeder siebente Erwachsene arbeitslos.

Aus Protest gegen die Politik der Regierung und der Unternehmer riefen die Gewerkschaften im Frühjahr zu einer Demonstration auf, an der sich etwa 100 000 Personen beteiligten.

"Was hat Sie zur Teilnahme veranlaßt?" fragte ich den Hüttenwerker Robert Dupont.

"Ungerechtigkeit", antwortete er kurz. "Zu Beginn vorigen Jahres erklärte die Regierung, man müsse den Gürtel enger schnallen, wenn wir die Krise überwinden wollen. Den Werktätigen wurden 140 Md. Franc aus der Tasche gezogen. In diesem Jahr verlangt man von uns, den Gürtel noch enger zu schnallen. Warum? Es heißt, um die Investitionen zu steigern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Aber die Investitionen sinken, und von neuen Arbeitsplätzen merkt man nicht viel."

Sein Kollege Jean Gillon fügt hinzu: "Im vorigen Jahr stieg die Zahl der Arbeitslosen um fast 20 %. Um genauso viel wie die Profite der Unternehmer. Ist das denn gerecht? Warum sollte die Regierung nicht jenes eine Prozent der belgischen Familien wenigstens etwas zahlen lassen, die ein Viertel des Nationalreichtums in ihren Händen konzentriert haben?"

Bei einer Fernsehsendung wurde der Ministerpräsident gefragt, wie hoch seine Gage sei.

"110 000 Franc als Abgeordneter plus 100 000 Franc als Regierungschef", lautete die Antwort.

Wie sollen es da viele Rentner halten, deren Einkommen unter 10 000 Franc liegt, oder die Arbeitslosen, deren Unterstützung nicht über 7000 Franc hinausgeht, was der Miete für die bescheidenste Wohnung gleichkommt, fragen die Wochenschrift "Bulletin" und die Zeitung "La Cite".

Im heutigen Belgien sehen sich nicht nur die Rentner und Arbeitslosen mit solchen Problemen konfrontiert. Das "rigorose Sparregime" führte dazu, daß die Einkünfte der werktätigen Bevölkerung nach Schätzungen der Gewerkschaften im vorigen Jahr um etwa 5 % zurückgingen. Auch in diesem Jahr müssen sich die Belgier auf vielerlei gefaßt machen. Die Preise steigen ja fortwährend. In den letzten Jahren hat sich der Brotpreis z. B. um 200 % erhöht. In Brüssel allein können 10 000 Familien ihre Gas- und Stromgebühren nicht bezahlen.

Die Unzufriedenheit mit der Politik, die die Last der Wirtschaftskrise auf die Werktätigen abwälzt, rief zahlreiche Proteststreiks und Manifestationen hervor. In den ersten vier Monaten d. J. nahmen an ihnen Hüttenwerker und Flugzeugbauer, Arbeiter der Petrochemie und Lehrer, Verkehrsangestellte und selbst Polizisten teil.

"Der Aufstand der Gemeinden": So nannte "Le Soir" die Ereignisse in der zweiten Aprilhälfte in Wallonien. Die



Teilnehmer der Streiks und Kundgebungen verlangten nach "Sauerstoffballons" als Mittel zur Bekämpfung des finanziellen Würgegriffs. Am Rande des Bankrotts stehen praktisch alle Großstädte, die Hauptstadt nicht ausgenommen. Die Geldknappheit zwingt die Gemeinden zur Schließung von Krankenhäusern und Schulen, zum Sparen bei der Straßenreinigung und bei anderen Dienstleistungen für die Bevölkerung.

Vor wenigen Tagen sah man in Liege eine ungewöhnliche Manifestation: 15 000 Gemeindeangestellte und Stadteinwohner, der Bürgermeister vorneweg. Krankenschwestern rollten einen Operationstisch mit einem "sterbenden" Patienten

vor sich her. Am Kopfende war neben einem Tropfgerät das Transparent angebracht: "Wir lassen den Untergang von Liege nicht zu, wir wollen unsere Arbeitsplätze verteidigen!"

So bereiten sich auch die anderen Kolonnen des werktätigen Belgien auf den 1. Mai vor. Die kranke Wirtschaft muß geheilt werden. Damit sind die Werktätigen einverstanden. Allerdings lehnen sie es kategorisch ab, daß die Starken noch stärker werden, indem sie die Schwachen abwürgen. Sie sind dagegen, daß ihr Land in eine "beschäftigungsmäßige Wüste" umgewandelt wird.

W. BOIKOW

Brüssel

alte Haus, in dem er lebt, gehört der Firma Krupp, bei der er arbeitet. Aber die Firma hat beschlossen, das Haus zu verkaufen, und so steht Eichner vor der Wahl, entweder es auf Raten zu kaufen oder eine andere Wohnung zu mieten. Beides bedeutet eine höhere Miete als bisher. Eichner entschied sich für die erste Variante, weil die Monatsrate für das Haus ungefähr der Miete für eine neue Wohnung gleichkommt. Eichner hat sogar einen altersschwachen Wagen. Ohne ihn geht es nicht, so teuer sind die öffentlichen Verkehrsmittel (ein Busfahrchein kostet 1,50–2,10 DM). Doch hat Eichner noch seine Frau und seine sechs Kinder zu unterhalten. Das Geld, das nach Abzug aller Steuern und Leistungen übrigbleibt, reicht gerade noch für das nackte Leben. Eichner bäckt eigenes Brot und spart dadurch 120 DM im Monat (1 kg Brot kostet in der BRD je nach Qualität 2–5 DM). Die Eichners haben nie eine Urlaubsreise gemacht, sie gehen weder ins Kino noch ins Theater. Bücher werden in der Reportage nicht einmal erwähnt. Einmal im Jahr, in den Sommerferien, bekommen die Kinder Eis. Trotz alledem hält Eichner sich nicht für einen armen Mann.

80 000 arme Leute in der BRD haben kein Dach über dem Kopf. Diese Menschen haben auch kein Recht auf "Sozialhilfe". Das einzige, was ihnen bleibt, ist die Hoffnung auf Wohlfahrt.

Unweit des Hauptbahnhofs in Bonn liegt die sogenannte Beratungsstelle, unterhalten von der evangelischen Kirche. Am häufigsten kommen Obdachlose hin, einfach um zu essen, denn hier bekommen sie ein paar Stullen. Einige bitten um Hilfe bei der Vermittlung einer Übernachtungsstelle. Das ist aber eine schwierige Sache, denn das einzige Nachtsyl Bonns ist voll besetzt. Wer Pech hat, übernachtet auf dem Bahnhof, in unterirdischen Garagen und in Hausaufgängen. Die "Frankfurter Allgemeine" schreibt: "Mit zunehmender Arbeitslosigkeit stieg auch die Zahl der sogenannten Stadtstreicher in Bonn. Vor drei Jahren schätzte man sie auf 60, heute sind es wohl 200."

Bonn ist die Haupt- und somit eine Beamtenstadt. Hier gibt es weniger Arbeitslose als in den Industriezentren, auch weniger Obdachlose. In Frankfurt (Main) erreicht die Zahl der Insassen von Nachtsylen 2500.

Das gepriesene "soziale Netz" besteht also wie jedes Netz hauptsächlich aus Löchern und fängt bei weitem nicht alle auf.

A. TOLPEGIN  
Eigenbericht

Bonn

BRD

## LÖCHRIGES NETZ

In einem amtlichen Lexikon der BRD heißt es: "Niemand, der in der Bundesrepublik Deutschland in materielle Not gerät, braucht zu verzweifeln. Mit dem Sozialhilfegesetz ist ein Netz ausgespannt, das auch jene auffängt, die sich aus eigenen Kräften nicht befreien können und die erforderliche Hilfe auch nicht von anderer Seite erhalten." In Paragraph 1 des erwähnten Gesetzes lesen wir: "Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger ... die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht."

Und doch vegetieren die Sozialhilfeempfänger dahin, wie "Der Spiegel" bezeugt.

Wer sind diese Menschen? Alte Leute, Invaliden, alleinstehende Mütter, kinderreiche Familien und natürlich Arbeitslose. Einem Menschen, der Arbeit verloren hat, steht die Arbeitslosenunterstützung nur im Laufe eines Jahres zu. Die Bedingungen für ihren Erhalt werden mit der Zeit härter. Gegenwärtig kann nur Anspruch darauf erheben, wer in den letzten drei Jahren mindestens 360 Tage gearbeitet hat (früher waren 180 Tage erforderlich). Wenn aber der "Arbeitnehmer" krank war oder die Arbeit schon einmal verlor bzw. nicht die nötigen 360 Tage zusammenbringen kann, erhält er kein Arbeitslosengeld. Die "Frankfurter Rundschau" berichtete über Konrad R., der sein Leben lang gearbeitet und seine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat. In letzter Zeit war er viel krank, so daß er in den drei Jahren nur 346 Tage ausweisen konnte. Konrad wurde entlassen, ohne die 4 Tage abarbeiten zu können, die ihm zum Anrecht auf die Unterstützung fehlten.

Was ist die "Sozialhilfe"? Bereits 1970 stellten Wirtschaftsexperten im Auftrag der Regierungen der einzelnen Bundesländer mit deutscher Gründlichkeit eine Liste von Waren und Dienstleistungen auf, die ihrer Meinung nach zu einem Leben gehören, "das der Würde des Menschen entspricht". Laut dieser Liste braucht ein Erwachsener u. a. 2,385 kg Brot im Monat, 6 kg Kartoffeln, 85 g Makaroni, 200 g Suppenfleisch usw. Für den Besuch beim Friseur werden 3,62 DM bereitgestellt (ein Herrenschnitt kostet mindestens 10 DM), 6mal im Monat kann der Empfänger mit der Straßenbahn fahren.

Auch die kulturellen Bedürfnisse sind nicht vergessen. Die "Sozialhilfe" garantiert einen Kinobesuch in 2 Monaten. Diese "Notration im Wohlfahrts-Staat" ("Der Spiegel") sieht auch die Stromgebühren vor. Sie reichen, um eine halbe Stunde am Tag Radio zu hören, 11,3 Minuten lang fernzusehen, für 20 Minuten eine Lampe und für 30 Minuten ein Bügeleisen einzuschalten.

Seit 1970 ist das Brutto Sozialprodukt der BRD sowohl als Ganzes als auch pro Kopf der Bevölkerung gewachsen. Aber die heutige Regierung denkt nicht daran, ihren in Not geratenen Bürgern unter die Arme zu greifen. Im Gegenteil, sie meint, daß die "Empfänger" die Budgets der örtlichen Verwaltungsorgane ohnehin schwer genug belasten.

Ein Berichterstatter des "Zeit-Magazins" erzählte vor kurzem über die Familie des Hüttenwerkers Werner Eichner (der Name ist natürlich fingiert). Eichner steht im Ruf, nicht schlecht zu verdienen. Das



## SELBST IST DER MANN

Mr. Reagan hat ein neues Steckenpferd. Er will alle Beamten der Administration durch einen Lügendetektor jagen.

Diese Idee ist ihm nicht über Nacht gekommen. Die "Washington Post" schrieb: "Präsident Reagan ist auf die Bananen geklettert, weil er das Informationsloch nicht stopfen kann."

Wirklich ungeheuerlich, woher die Journalisten Geheiminformationen kriegen! Da wird doch nicht etwa ein russischer Spion im Weißen Haus sitzen? Die "Post" hat fix herausgefunden, daß der Schuldige wirklich das Weiße Haus unsicher macht. Allerdings kann man ihn nicht ins Kittchen bringen. Es ist nämlich Mr. Präsident selbst.

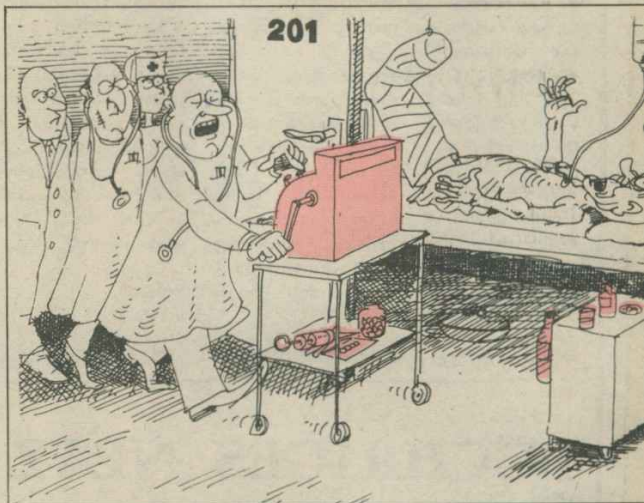
"Die meisten Löcher werden just im Ovalen Zimmer aufgerissen", schreibt die Zeitung und erläutert: "Reagan scheut sich nicht, Geheiminformationen auszuposaunen, die seiner Politik ein good look geben."

Zwei Beispiele: Der Präsident wollte um jeden Preis die Unterstützung der Amerikaner für seine beantragte Heraufsetzung des Militärbudgets haben. Im Handumdrehen überließ ein hoher Pentagon-Offizier der "New York Times" eine Studie über die militärische Stärke der Sowjetunion.

Als der Präsident im Senat Dampf machen wollte, um an Saudi-Arabien AWACS-Maschinen verkaufen zu können, wurde das Pentagon ein paar Mal angewiesen, bestimmte Löcher zu öffnen. Reportern wurde eine mit Karten und Grafiken komplettierte Geheimstudie gezeigt, die beweisen sollte, daß die AWACS für Israel keine Gefahr darstellen.

Ganz vor kurzem erst, als der Präsident die Amerikaner von der Notwendigkeit der Raketenabwehr im Weltraum überzeugen wollte, hat er Satellitenaufnahmen nicht nur selbst freigegeben, sondern sie sogar im Fernsehen vorführen lassen.

A. ALIOSCHIN



Na, wie geht's, Freund Schulze! Können Sie heute ihren Krankenhausaußendienst bezahlen!

Zeichnung aus: "Deutsche Volkszeitung"

## "MAMU" BRINGT DEN TOD

Yami Lester ist heute blind. Doch das war nicht immer so. Er entsinnt sich des entsetzlichen 15. Oktober 1953, als schwarzer Dunst auf seine Ortschaft zuwehte. Die Gemeindeglieder klärten die australischen Eingeborenen auf, das sei Mamu, der Geist des Bösen. Sie hatten auf ihre Weise recht.

Ein paar Tage später starb Greise dahin. Der 10-jährige erblindete zunächst auf einem Bein, dann auch auf dem zweiten.

Er ist eines der vielen Opfer "Totem I" und "Totem II". diesem Code testete Großbritannien seine erste Atomwaffe. Die Gebirgs-

## IRGENDWO IN EUROPA

Im Juli 1976 war es im italienischen Seveso bei Mailand in der Chemiefabrik Icmesa zu einer Explosion gekommen. Die Stadt wurde in Giftdunst gehüllt, Seveso plus Umgebung dioxinverseucht.

Im Umkreis der Fabrik verdorrten Gras und Saaten, kreperten Tausende Stück Vieh, erlitten 30 Personen Vergiftungen, bekamen 200 schwere Hauterkrankungen. Das Dioxin hatte sich über 4000 Acre gelegt.

Das weitere besorgten Menschen. Die britische "Times" meldet: Der Inhaber der Fabrik — die schweizerische Hoffman-La Roche — beauftragte Mannesmann Italiana (eine Tochter des bundesdeutschen Mannesmann-Konzerns) mit der Restbeseitigung der Dioxinabfälle. Im September v. J. passierte ein mit 41 Giffässern beladener LKW die italienisch-französische Grenze. Die Papiere wiesen die Fracht als "Halogenisierte Derivate von aromatischen Kohlenwasserstoffen (verunreinigte Industrieabfälle, giftig und biologisch nicht abbaubar)" aus.



Die Giftstrecke durch Frankreich konnte eruiert werden: Nizza, Marseille, Paris und endlich die Kleinstadt Saint-Quentin in der

Picardie, wo das Dioxin ein paar Monate in der Firma "Spelidec" lagerte.

"Wir müssen dem Geschäftsgebaren der Transportgesellschaft Rechnung tragen!" fängt sich der Vertreter von Mannesmann Italiana, wenn er verheimlicht, wo die Giftabfälle vergraben wurden. Italiener und Schweizer hat er allerdings beruhigt: In der Region lagerte das Dioxin nicht.

"Es ist irgendwo in Europa", konkretisiert der Sprecher von Hoffman-La Roche. Er hält den Ort geheim. Gewöhnlich tut das nicht, doch alles, was Seveso angeht, ist spektakulär."

Ist das Dioxin tatsächlich an einem Ort? Oder hat man es wieder mal in irgendeiner Ortschaft untergebuttert, wie seinerzeit in Times Beach (USA), dessen Einwohner erst Jahre später davon erfuhren!

Unser Bild: Dioxinvergifteter Italiener mit Giftabfällen in Seveso

Foto aus: "L'Express" (Frankreich)



## SCHWATZHAFTE INTUITION

Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa haupt äußerst redselige Intuition. Sie Bernard Rogers wird seit kurzem von der verkündete Mr. Rogers und dieser dem Intuition gequält. Um sein Herz zu verehrten Presseverband, daß es eine erleichtern, machte sich der General vor enge multi- und bilaterale Zusammenar-Mitgliedern des Anglo-Amerikanischen beit zwischen dem NATO-Kommando und Presseverbands Luft. Das geschah in französischen Stäben gäbe. Über das Frankreich, wo proatlantische Kreise seit Medium Rogers ließ sie ferner wissen langem darüber diskutieren, ob man die [dieses verdammte Klatschweib!], daß Streitkräfte wieder in die Militärorganisa- gegen die Warschauer Vertragsländer ein tion der NATO einbinden und die 50 000 Mann starkes französisches Kon- tingent in der BRD und sogar die neuen Unabhängigkeit der Nuklearkräfte wahren mobile Stößtrupps eingesetzt werden solle oder nicht. könnten, die Paris gegenwärtig aufstellt.

Der General äußerte, seine Intuition gebe ihm ein, Frankreich werde seine Truppen mit den Verbündeten zur Vertei- traute, notierte sich ein AP-Korrespondent digung Westeuropas vereinen. Eine über- bei dieser Seance: 1983 sind die franzö-

sischen Ausgaben für das Nuklearrü- stungsprogramm, einschließlich der Bo- den-Boden-Raketen von 3000 km Reichweite und der für U-Boot-Raketen bestimmten Mehrfachsprengköpfe M4, um 29 % gestiegen. Und werden im kommenden Jahr um weitere 22 % steigen.

"Das ist eine Interpretation der Realitä- ten in der Welt", sagte Bernard Rogers Intuition zum Abschluß.

Der General selbst konnte noch hinzu- fügen, er berücksichtige die Nuklearkraft Frankreichs nicht, wenn er die Kampfber- eitschaft der NATO bestimme. Außerdem unterscheide sich die Strategie der Franzosen von der der "flexiblen Reak- tion" des NATO-Oberkommandos. Hier bestünden Meinungsunterschiede, be- tonte Rogers. Und was sagt seine Intuition dazu!

L. MAKAREWITSCH

## KERNWAFFENFREIE ZONE—VERRAT?

"unabhängigen Abschrek- kungswaffe", wie London sich damals großspurig ausdrückte, war von vielen Tragödien begleitet. In der Ver- suchsregion, in Mittelastralien, kamen Menschen um, andere wurden für immer zu Krüppeln. Weite verseuchte Landstriche wurden nicht bewacht, und die dorthin gelangenden Menschen, hauptsächlich Eingeborene waren tödlichen Gefahren ausgesetzt.

Das britische Verteidigungsministe- rium hat die wahre Lage der Dinge Jahrzehnte vor der Öffentlichkeit ver- borgten. Auch jetzt weigert es sich, die Parameter der Bomben und die Höhe, in der sie ausgelöst wurden, anzuge- ben. Damit will es nicht etwa 30 Jahre alte "militärische Geheimnisse" ver- bergen, sondern seine unumstößliche Haltung gegenüber den Einwohnern Australiens.

Dem Londoner "Observer"-Kor- respondenten ist ein Exemplar des vom britischen Verteidigungsministe- rium sorgsam gehüteten Papiers in die Hände gefallen. Daraus geht hervor, daß das Leben der australischen Urbevölkerung auch in den 60er Jahren ständig bedroht war. Dabei wirkten sich nicht nur die restliche Radioaktivität, sondern auch die Fol- gen neuer britischer Kernwaffentests aus. Zu ihrem 30jährigen Jubiläum nimmt die "unabhängige Abschrek- kungswaffe" neue schlimme Züge an.

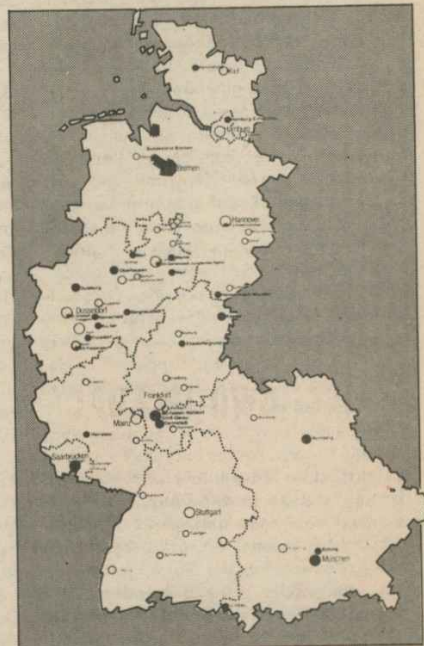
W. KSEININ

Wer für kernwaffenfreie Zonen sei, sei ein Vaterlandsverräter und bedrohe die Vertei- digungsfähigkeit der BRD und der NATO insgesamt, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Horst Waffenschmidt in einem Interview für die "Kölnische Rundschau". Die "Verräter" sollten sich also bitte nicht in die Vertei- digungspolitik einmischen.

Zu "Vaterlandsverrättern" wurden alle Städte und Gemeinden der BRD, die sich zu kernwaffenfreien Zonen erklärten.

Die Worte des Staatssekretärs (im Klartext die Drohung gegen die Antikriegsbewe- gung) ertönten auf dem Höhepunkt der NATO-Stabsübung "Wintex-83", bei der der "nukleare Erstschatz" geprobt wurde. Gleichzeitig hatten die NATO-Strategen auch Pläne zur Bekämpfung des "inneren Geger- ners", d. h. jener entwickelt, die die aggressive NATO-Politik nicht billigen. "Entschlossenheit" zeigte auch die Bonner Regierung mit einem Gesetzentwurf für verschärfte Strafen wegen Beteiligung an Demonstrationen, vor allem Anti- kriegskundgebungen, der dem Bundestag bereits vorgelegt wurde.

Die bayrischen Behörden waren noch mehr auf Draht. Mit einem Sondererlaß wurde in Bayern vom 1. Mai an allen Beamten jegliche der CSU-Politik zuwiderlaufende Betätigung untersagt. Besonders unerwünscht ist ihre Beteiligung an Bürgerinitiativen, die die angeblich freie, demokratische Grund-



ordnung des Landes Bayern verletzen. Das soll wohl sein! Gerade die Bürgerinitiativen haben nämlich bayrische Großstädte bereits veranlaßt, sich zur "kernwaffenfreien Zone" zu erklären.

L. SMIRNOWA

Die bundesdeutsche UZ brachte diese Karte der BRD mit gekennzeichneten Städten und Gemeinden, die sich zu kernwaffenfreien Zonen erklärt haben (schwarze Punkte) oder erklären wollen (weiße Punkte)



# EINZIGARTIG UND UNIVERSSELL

Die Stärke des Leninismus liegt darin, daß er den Schlüssel zur Erkenntnis der modernen sozialen Prozesse und Erscheinungen liefert: in sozialistischen und kapitalistischen Ländern, in entwickelten und relativ unterentwickelten Gesellschaften, für die die Modernisierung lebensnotwendig ist. Die neuen revolutionären Erfahrungen ihrerseits geben die Möglichkeit, gewisse Aspekte des Leninismus in neuem Licht zu sehen und ihn tiefer zu verstehen. Es zeigt sich, daß alle Hauptstrichungen der sozialen Entwicklung von heute und die gegenwärtigen radikalen Wandlungen in der Welt von Lenin schon antizipiert wurden. Das Hauptanliegen von Jewgeni Ambarzumows Buch "Lenin und der Weg zum Sozialismus" (Verlag Molodaja Gwardija, Moskau 1982) ist es gerade, die Theorie und Praxis des Leninismus mit der gegenwärtigen revolutionären Entwicklung zu vergleichen.

Die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Revolution und des sozialistischen Aufbaus sind im Buch durch das Prisma der ersten Jahre der Revolution in Rußland, demnach anhand einzigartiger und in diesem Sinne nicht wiederholbarer Erfahrungen, gebrochen. Aber die Probleme, denen sich seinerzeit Lenin und die Leninsche Partei gegenüberstehen, sowie die Suche nach ihrer Lösung wiederholen sich bis zu einem gewissen Grade, wenn auch unter anderen Umständen, angesichts anderer Traditionen und unter Mitwirkung neuer handelnder Personen. Die Erfahrungen der jüngsten und auch bevorstehender Revolutionen müssen mit der revolutionären Geschichte der UdSSR notwendigerweise viele Berührungspunkte haben. Jede wahre Revolution unserer Zeit weist bei aller Originalität und Einmaligkeit immer wieder "Zitate" aus der Oktoberrevolution auf. Es geht nicht um ein Kopieren, sondern um das Wirksamwerden der objektiven Gesetze des Kampfes um den Sozialismus.

Der Autor bringt die Allgemeingültigkeit der Theorie Lenins und der Praxis der sozialistischen Revolution, des Plans für den Aufbau des Sozialismus in Rußland auch mit dem ausschließlichen Charakter Rußlands in Zusammenhang. "Wenn auch in spezifisch nationaler Form, spiegeln sich dort alle grundlegenden Widersprüche der modernen Welt wider. Im vorrevolutionären Rußland waren ja alle Wirtschaftsformen, von der Urgemeinschaft bis zum Großkapitalismus, alle sozialen Gruppen und alle Typen der Verhältnisse konzentriert; schon kraft seines Umfangs war es gleichsam eine verkleinerte Wiederholung der ganzen Welt und vereinigte in sich entwickelte Industriezentren und rückständige agrarische Randbezirke, Züge von Kolonialland und von Kolonien, Züge einer aufgeklärten 'westlichen' und der unentwickelten 'asiatischen' Gesellschaft.

Schon deshalb mußten die Gesetzmäßigkeiten, die beim revolutionären Kampf für den Sozialismus in Rußland zutage traten, allgemeingültigen Charakter annehmen... In diesem Sinne ist unsere Revolution einzigartig, und es liegt aller Grund zu der Annahme vor, daß keine einzige künftige Revolution so viel an konkreter Entwicklung liefern und folglich einen so großen Beitrag zu den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution leisten wird."

Hier eine weitere überzeugende Illustration für diese Einzigartigkeit: relativ friedlicher Verlauf der Revolution. Danach suchen die verbrüderten Parteien. Gegenwärtig wird ein solches Herangehen mitunter den Erfahrungen der Oktoberrevolution und dem realen Sozialismus gegenübergestellt. In Wirklichkeit ist der friedliche Weg in den Erfahrungen des Oktober enthalten: als nichterfüllte, aber zu einigen Momenten real gewesene Möglichkeit. Lenin verwies darauf wiederholt. Es ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der gegenwärtigen theoretischen und strategischen Suche der Kommunisten, Lenins Gedanken an die Möglichkeit eines friedlichen Weges in Betracht zu ziehen und zugleich damit die bolschewistischen Versuche einer Realisierung dieses Gedankens zu studieren.

Die relativ friedliche Entwicklung des Sozialismus ist eine Variante der Revolutionsstrategie, und deshalb sind die vorausgegangenen revolutionären Erfahrungen zu berücksichtigen. Es mag sein, daß die Hochburgen der alten Macht nicht überall im Sturm genommen werden müssen wie seinerzeit der Winterpalast. Doch überall wird es den verzweifelten Widerstand des Feindes, den Aufeinanderprall der polaren Klassenkräfte geben, überall wird die Fähigkeit, die Revolution zu verteidigen, das erste Gesetz ihres Sieges und ihrer Entwicklung sein. Nur jene, denen die politische Sicht durch eine rechte Abweichung versperrt ist, können das übersehen.

Es ist kein seltener Fall, daß der Leninismus als etwas ein für allemal Gegebenes, als ein Satz unveränderlicher Wahrheiten empfunden wird. An der Leninschen Theorie der sozialistischen Revolution erscheinen dem Autor des vorliegenden Buches nicht nur die Endergebnisse wichtig, sondern auch der "Werdegang dieser Theorie, die Klärung dessen, wie sie sich entwickelte, konkrete Gestalt annahm, zu einer Realität wurde". Der reale Gehalt kam aus der Praxis, die nicht nur das Prüfgelände der Theorie, sondern auch eine von deren Quellen, darunter eine Quelle wesentlicher Präzisierungen, war. Das ergibt sich z. B. daraus, wie Lenin und die Partei der Bolschewiki ihr Agrarprogramm entwickelten. Die Forderung nach der Vergesellschaftung der Gutsländereien — das Dekret über den Grund und Boden mit

Orientierung auf seine Aufteilung unter die Bauern — die Gründung der Komitees der Dorfarmut und der Versuch des Übergangs zu einem "kollektivistischen Ackerbau" — die Auflösung der Komitees der Dorfarmut und der Kampf für das Bündnis mit den Mittelbauern, ohne daß die im Dorf üblichen Wirtschaftsformen zerstört wurden: Das sind die im Buch behandelten Marksteine auf diesem Entwicklungswege. Die durch die Umstände erzwungenen Änderungen in der Taktik wirkten sich letzten Endes auch auf die Strategie positiv aus und trugen zur Vertiefung der Leninschen Theorie vom Aufbau des Sozialismus bei.

Sinnvoll erscheint die Interpretation, die J. Ambarzumow dem Kriegskommunismus gibt. Er betrachtet ihn nicht nur als Produkt des Bürgerkrieges, sondern auch als eine gesetzmäßige Folge der inneren Logik der Revolution, ihrer maximalistischen und romantischen Tradition. Natürlich führt der Kriegskommunismus die Hauptstrichungen der "Rotgardisten-Attacke auf das Kapital" fort (deshalb behandelt das Buch die Jahre 1917–1920 als einheitliche Periode, was auch der Auffassung Lenins entspricht), und ebenso natürlich "wiederholt" er sich — allerdings in abgewandelter Form — in anderen Revolutionen, von China bis Kuba. Der Autor erinnert an folgende Worte Lenins: "Offenbar gibt es ein Gesetz, das von der Revolution fordert, weiterzugehen, als sie es bewältigen kann, um weniger bedeutende Errungenschaften zu verfestigen." Der "Radikalismus" erweist sich beinahe als unvermeidliche "Kinderkrankheit" jeder revolutionären Bewegung, besonders wenn sie die Etappe des bewaffneten Kampfes durchlaufen hat, erweist sich als eine Art Unkosten, aber zugleich auch als Zeugnis für ihren revolutionären Charakter. Selbstverständlich ergibt diese Krankheit, wenn verschleppt, schwere Komplikationen und nimmt bösartigen Charakter an. Sie kann zu einem hemmungslosen, verheerenden Voluntarismus, zum Gewaltkultus, zur Monotonie des Kasernenhofes entarten. Die Falle des Ultraradikalismus gehört zu den gefährlichsten bei der Auswertung der russischen revolutionären Erfahrungen. Daß es nicht leicht ist, dieser Falle zu entgehen, bezeugt ausgiebig die all jüngste Geschichte in Ost und West.

Die Völker und die revolutionären Führer einiger relativ zurückgebliebener Länder sind bestrebt, ausgehend von den sowjetischen Erfahrungen, alle Probleme möglichst bald auf dem sozialistischen Wege zu lösen. Manchmal wurden diese Erfahrungen jedoch nicht als Ganzes, sondern "selektiv" benutzt, wobei eine solche "Selektion" jene Züge, Maßnahmen oder Perioden betrifft, die den jungen Führern eben erst entstanden, kaum zusammenhaltender Staaten durch Klarheit, Entschiedenheit, durch



ihre direkte, politische und nicht eine als Umgehungsmanöver gedachte wirtschaftliche Art imponieren. Außer acht gelassen wurde dabei, daß Sowjetrußland, nachdem es den Versuch unternommen hatte, "den Untergang des Kapitalismus durch einen Frontalangriff herbeizuführen", darauf verzichtete — wegen "unseres niedrigen Kulturniveaus", wie Lenin sagte. Dabei war das sozialökonomische und kulturelle Entwicklungsniveau des postrevolutionären Rußland höher als das mehrerer heutiger sozialistisch orientierter Länder. Um so schwieriger und gefährlicher ist der Weg des "Frontalangriffs" für sie. Die Erfahrungen des Kriegskommunismus, schreibt der Autor, "warnen vor überstürzten radikalen Umgestaltungen, für die es keine objektiven, vor allem keine wirtschaftlichen Voraussetzungen gibt".

Die wirtschaftliche Ineffektivität und folglich die Aussichtslosigkeit des

Kriegskommunismus führten sowohl in Rußland als auch in anderen Ländern zur Aufgabe dieser Politik, zu einer grundlegenden Revision des Kurses im sozialökonomischen Bereich. J. Ambarzumow begründet diese Entwicklung und polemisiert zugleich gegen jene Autoren, die im Kriegskommunismus nur einen Irrtum oder, noch schlimmer, eine Abweichung von den richtigen Parteipositionen sehen. In der Tat muß die Politik des Kriegskommunismus dialektisch betrachtet werden: nicht nur als Notstands politik, sondern auch als Sammeln nützlicher Erfahrungen, die "das Land an die Empfindung der Notwendigkeit eines neuen politischen Kurses und an die Aufstellung nicht nur eines politischen, sondern auch eines geschäftlichen, wirtschaftlichen Programms für den Aufbau der neuen Gesellschaft herangeführten". Mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) befaßt sich das Buch nicht,

und das ist verständlich, wenn man die Periodisierung des Autors akzeptiert. Doch muß man feststellen, daß die NÖP einen festen Bestandteil des von ihm behandelten Themas bildet.

Ein wenig zum Buch selbst. Das gegenwärtige Interesse für die Biographien und Lebensbeschreibungen hervorragender Persönlichkeiten ist bekannt. "Lenin und der Weg zum Sozialismus" ist, wenn man so sagen darf, die Biographie einer Idee, genauer, ein Moment aus der Biographie der Leninschen Lehre von der Revolution und vom Aufbau des Sozialismus. Dem Autor geht es vor allem darum, die Dynamik des Leninschen Denkens und Wirkens zu veranschaulichen. Ein solches Genre bestimmt über den kognitiven Wert des Buches, das sich an die Jugend wendet, aber auch für jeden wißbegierigen Leser interessant sein dürfte.

A. KOSLOW

## VIETNAM

# ARBEITSAME STADT

Die blendende Sonne, das üppige Grün, die Flut von Rad- und Motorradfahrern, die Musik, die aus Cafés herüberklingt, all das kann den Eindruck eines immerwährenden Festes hervorrufen — wenn man sich in Ho-chi-Minh-Stadt nur ein paar Tage aufhält. Denn in Wirklichkeit geht die Stadt im Schaffen auf.

Als Journalist komme ich recht oft mit Mai Chi Tho, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams und Vorsitzender des Volkskomitees der Stadt, zusammen. Meist empfängt er mich gegen Abend, nachdem die dringlichsten Angelegenheiten erledigt worden sind. Er hat eine langsame, bedächtige Art zu sprechen. Traditionsgemäß stehen auf einem niedrigen Tisch winzige Kaffeetassen und etwas größere für den

herben grünen Tee sowie Schalen mit Mangonen, Bananen und Ananas.

Kollege Tho nimmt eine Mango in die Hand und sagt nach einer Pause:

"Für uns ist ein Mangobaum nichts Ungewöhnliches, davon gibt es doch so viele im Dschungel. Aber bei mir knüpfen sich besondere Erinnerungen an Mangonen. So manches Mal retteten sie unseren Soldaten das Leben, wenn es zu Störungen in der Versorgung kam."

Das waren die Jahre des Kampfes gegen die US-Aggressoren, für die Befreiung von der Saigoner Tyrannei, die Jahre des Kampfes, die zum siegreichen Frühjahr 1975 führten.

"Nach der Befreiung der Stadt errichteten wir die Volksmacht", setzt Mai Chi Tho fort. "Wir nahmen Kurs auf sozialistische Umgestaltungen, erarbeiteten Maßnahmen zur Entwicklung der Industrie sowie der Landwirtschaft in den Vororten. Doch waren viele unserer Kommunisten unerfahren in der Wirtschaftsverwaltung. Ja, wir verstanden es, die Massen zu leiten und zum Sieg im Befreiungskampf zu führen. Es war ja unser Ziel, die Heimat gegen die fremden Landräuber und ihre Marionetten zu verteidigen. Indessen ist der Kampf an der Wirtschaftsfrente nicht leichter, ja in mancher Hinsicht sogar viel komplizierter."

Mai Chi Tho raucht wieder einmal eine Zigarette an:

"Leute, denen die neue Ordnung mit ihren festen Prinzipien wider den Strich ging, redeten davon, daß die

Kommunisten sich nicht aufs Wirtschaften verstehen, daß der Sozialismus der Bevölkerung keinen Wohlstand bringen kann, daß es 'früher besser' war. Ja, gewiß, einige haben früher besser gelebt — dank den Geldern des US-Kapitals und anderer westlicher Länder. Ja, gewiß, es gab Betriebe, die wichtige Erzeugnisse produzierten — aus importierten Rohstoffen. Ausländische Gesellschaften brauchten nur billige Arbeitskräfte, am wenigsten dachten sie an die Entwicklung der nationalen vietnamesischen Wirtschaft. So mußten wir die ganze Wirtschaftsstruktur umbauen und nach eigenen Rohstoffquellen suchen. Das aber erfordert Zeit."

Mai Chi Tho unterbricht sich jedoch, um hinzuzufügen:

"Übrigens wäre eine Erzählung über die Umgestaltungen bei uns und über unsere angespannte Arbeit seit nunmehr acht Jahren viel zu lang. Wir lernten aus Fehlern, auch unsere eigenen, verbesserten unsere Arbeit und brachten die wirtschaftliche Maschinerie der Stadt in Gang. Gegenwärtig produziert Ho-chi-Minh-Stadt einen beträchtlichen Teil der Industrieproduktion unserer Republik. Auch die Landwirtschaft in den Vororten wird ausgebaut. Im vorigen Landwirtschaftsjahr lieferten die Bauern über 400 000 t Nahrungsmittel. Die Industrieproduktion stieg im vorigen Jahr um mehr als 40%. Wir verstehen natürlich, daß all das relativ ist, daß man unser Land nicht mit den großen Industriestaaten vergleichen kann, dennoch sind wir mit diesem Wachstumstempo zufrieden."

## Ho-chi-Minh-Stadt, ein Straßenbild

Foto: M. Iljinski





Mai Chi Tho hatte recht, die wirtschaftlichen Umgestaltungen in der Stadt und im Landessüden überhaupt eine Front zu nennen. Die vielerlei Wirtschaftsweisen, die staatlich-privaten Industriebetriebe und der private Sektor im Handel bedingen eine heftige Konkurrenz zwischen dem Alten und dem Neuen. Jede Maßnahme, die die Positionen der Privateigentümer schwächt, stößt bei ihnen auf Widerstand; sie streuen alle möglichen Gerüchte aus und bringen die Kleinkrämer in Aufruhr.

Unlängst verschwanden auf den städtischen Märkten, wo in der Hauptsache mit Konsumgütern gehandelt wird, die meisten Waren. Die Kaufleute hatten sie versteckt. Der geringe Teil, der zum Verkauf kam, war mit einemal beinahe doppelt so teuer. Warum? Am Tag davor hatte der Ministerrat der SRV einen Beschluß veröffentlicht, der die Zahl von Geldüberweisungen und von Konsumgüterpaketen aus dem Ausland reglementiert. Mit solchen Waren wurde nämlich spekuliert, und das unterminierte den staatlichen Handel. Hinzu kam, daß gewisse Kreise der Bevölkerung als Schmarotzer lebten. Der weitaus größere Teil der Stadteinwohner, unter denen mehr als 300 000 Familien Verwandte in verschiedenen Ländern des Westens haben, billigte den Beschluß.

Doch fanden sich auch Unzufriedene. Die Preise auf dem freien Markt stiegen steil, selbst für Waren, die niemals aus dem Ausland geschickt, sondern in der SRV selbst produziert wurden. Die Volksmacht wurde jedoch nicht von dieser Entwicklung überrumpelt. In der Presse erschienen unverzüglich Artikel mit der Widerlegung der Gerüchte, laut denen die Waren bei den Kaufleuten konfisziert werden sollten; die Staatsmacht setzte die Höchstpreise fest.

Kurz, der Kampf reißt keinen Tag, keine Stunde ab. Die Volksmacht setzt den reaktionären Elementen eine klare, wohlgedachte und vor allem zukunftsorientierte Politik entgegen, denn sie sorgt nicht nur für das Heute, sondern auch für die Perspektive.

Das Hauptpostamt von Ho-chi-Minh-Stadt liegt im Zentrum, auf dem Platz der Pariser Kommune. Von hier aus treten die Briefe und Pakete ihre Reise in die Provinzen des Südens und des Nordens sowie ins Ausland an. Fast täglich komme ich her, um Zeitungen und Zeitschriften zu kaufen und meine Post zu holen. Viele Mitarbeiterinnen der Post, hübsche junge Mädchen, sind inzwischen

meine guten Bekannten geworden. Wir tauschen die frischesten Neuigkeiten aus.

Einmal fragte ich die Jungkommunistin Vo Thi Lien:

"Wohin schreiben die Einwohner von Ho-chi-Minh-Stadt am häufigsten, woher kommen die meisten Briefe?"

Sie antwortete, am populärsten seien neuerdings die Adressen der Baustellen in Dac Nong in der Provinz Darlac, im Städtchen Tri An in der Provinz Dong Nai, wo das größte Wasserkraftwerk des Landessüdens entsteht, auch die Provinz Song Be, wo mit Hilfe der UdSSR Kautschukplantagen angelegt werden, und die südlichste SRV-Provinz Minh Hai. "Unsere Einwohner haben die Patenschaft über die meisten Bauobjekte übernommen", sagt Lien. "Vor kurzem haben wir eine Gruppe junger Mitarbeiter unseres Postamts dorthin entsandt, jetzt arbeiten sie in den örtlichen Postabteilungen."

Die Sekretärin des Stadtkomitees des Kommunistischen Jugendverbands Pham Chanh Truc erzählte ihrerseits: "In den letzten Monaten sind Tausende junge Menschen aus Ho-chi-Minh-Stadt in die Provinz Darlac gefahren. In der Gegend Dac Nong dieser Provinz liegt auf dem Gebirgsplateau Tay Nguyen eine der größten Forstwirtschaften unserer Republik. Das sind Millionen Kubikmeter Edelhölzer. Mit einem Neusiedler von Dac Nong, dem Leiter der Holzfällerbrigade Thanh, traf ich mich im städtischen Haus der Jugend. Er war eben erst aus Darlac zurückgekommen und von dem 500-km-Weg — fast 15 Stunden holprige Gebirgsstraßen! — noch ganz benommen. Sein wettergegerbtes Gesicht zeigte Spuren von Müdigkeit. Diesen jungen Mann kannte ich doch? Ach ja, richtig, ich hatte sein Foto am Stand der besten Absolventen einer Schule der neuen Jugend gesehen. Sie besteht in Ho-chi-Minh-Stadt und "verdankt" ihre Existenz der Vergangenheit. Dort werden Menschen rezualisiert, deren Leben im alten Saigon kaputtgegangen war: junge Süchtige. Dem Unterrichtsprozeß liegen die Prinzipien des sowjetischen Pädagogen Makarenko zugrunde. Schon über 10 000 Absolventen sind jetzt vollberechtigte Bürger ihres Landes und in verschiedenen Gebieten der Republik tätig.

Thanh erzählte mir: "Meine Freunde und ich, wir haben damals wieder Interesse am Leben gefunden. Seit mehreren Jahren schon bin ich Werktätiger. Jetzt hat man uns eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung anvertraut: mehrere

Staatsgüter anzulegen und Zehntausende ha Wald zu erschließen. Unsere Arbeitsbedingungen sind sehr schwierig: keine Straßen, ständig regnerisches Wetter. Das erschreckt uns jedoch nicht, wir sind bemüht, die Planaufträge zu überbieten, und haben ein ausgefülltes Leben. Nach Ho-chi-Minh-Stadt bin ich für ein paar Tage gekommen, um für die Kollegen Zeitungen, neue Bücher und Zeitschriften für unsere Bibliothek, auch neue Filme zu holen. Außerdem nehme ich neue Freiwillige nach Dac Nong mit. Im Stadtkomitee unseres Kommunistischen Jugendverbands laufen viele Gesuche von Freiwilligen, Mädchen und Jungen, ein."

Auf diese Weise verändert sich allmählich die Stadt, verändern sich die Anschauungen und Gesinnungen ihrer Einwohner.

Unlängst hatte ich Gelegenheit, mich mit Egbert W. Pfeiffer, einem bekannten Professor aus den USA, zu unterhalten. Er kam nach Ho-chi-Minh-Stadt zu einem Symposium über die Folgen des C-Waffen-Einsatzes durch die US Army in Südvietnam. Im alten Saigon war er Mitte und Ende der 60er Jahre als Mitglied von Delegationen der fortschrittlichen US-Öffentlichkeit gewesen, die damals Fakten über die Verbrechen des amerikanischen Militärs gesammelt hatten.

"Wissen Sie", sagte Prof. Pfeiffer, "ich gehe da vielleicht nicht mit vielen meiner Landsleute konform, aber das heutige Ho-chi-Minh-Stadt mag ich viel mehr als Saigon, das eine häßliche Kopie der 'amerikanischen Lebensweise' war. Heute ist die Stadt viel sauberer und schmucker. Für mich als Amerikaner ist es besonders wichtig, daß man durch ihre Straßen auch abends unbesorgt spazieren gehen kann, ohne sich vor Räubern und Dieben fürchten zu müssen. Das alte Saigon dagegen hieß 'zweites Chicago'. Mag sein, daß es hier jetzt keinen auffälligen Glanz gibt, dafür aber Ordnung und einen präzisen Lebensrhythmus."

Die große arbeitsame Stadt hat nicht nur saure Wochen, sondern auch frohe Feste. Das altentümliche Tet-Fest, das Neujahr nach dem Mondkalender, ist vielleicht am lustigsten. Ein Fest für Kunstfreunde waren die Tage der sowjetischen Kultur, die hier zum erstenmal stattfanden. Und vor einiger Zeit freute sich die ganze Stadt über das traditionelle Treffen der Freundschaft und Solidarität zwischen der Jugend Vietnams und der UdSSR.

V. CHREKOW  
Ho-chi-Minh-Stadt, im April



# ES IST GENUG

In Paris fand unter UNO-Ägide die Internationale Namibia-Konferenz statt. Wodurch wurde sie erforderlich? Erinnern wir an die Vorgeschichte dieser Lebensfrage Afrikas.

Über 16 Jahre sind vergangen, seit die UNO den Beschluß faßte, Namibia die Unabhängigkeit zu gewähren, doch bislang ist dieses Land faktisch weiterhin die letzte Kolonie Afrikas. Warum hat sich die

Rassisten, ihre Militärpräsenz in Namibia fieberhaft zu verstärken und eiligst dort eine Marionettenverwaltung aufzubauen.

Natürlich wollten sich die Namibier damit nicht abfinden. Bereits 1958 wurde die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) gegründet. Eben sie leitete den Kampf des namibischen Volkes gegen die unrechtmäßige Besetzung ihrer Heimat durch die RSA-Rassisten. Die SWAPO



TASS-Fotos: Links Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von Namibia; rechts bei den Rassisten erbeutete Waffen

Frage seiner Unabhängigkeit so lange verzögert?

Bis zum Ende des ersten Weltkrieges war Namibia (bis 1968 hieß es Südwestafrika) eine deutsche Kolonie. Dann wurde es ein Mandatsgebiet des Völkerbundes, der es 1920 unter die Verwaltung des britischen Dominions Südafrikanische Union, d. h. der heutigen RSA, stellte.

Im Oktober 1966 erkannte die UNO-Vollversammlung der RSA dieses Mandat ab. Im folgenden Jahr wurde der UNO-Namibia-Rat gebildet, der bis zur Gewährung der Unabhängigkeit an das Land die Funktionen eines provisorischen Verwaltungsorgans hat. Doch das RSA-Rassistenregime ignorierte diesen UNO-Beschluß und entsandte wenig später seine Besatzungstruppen nach Namibia.

1978 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat die Resolution Nr. 435. Das war im Grunde ein konkreter Plan zur Regelung der Namibia-Frage durch freie Wahlen unter UNO-Kontrolle und Gewährung der Unabhängigkeit an das Land. Pretoria verwirklichte diese Beschlüsse nicht. Im Gegenteil begannen die

wurde von der UNO, der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und von anderen angesehenen internationalen Organisationen als einziger legitimer Vertreter des namibischen Volkes anerkannt. Natürlich ging dieser Beschluß der Weltgemeinschaft den RSA-Machthabern gegen den Strich. Sie tun alles, um

Namibia ohne Beteiligung der SWAPO, die sie von der Lösung der Probleme des Landes fernhalten wollen, eine "interne Regelung" aufzuzwingen.

Die Führer dieser patriotischen Organisation, die die UNO-Resolutionen unterstützen, erklärten wiederholt, sie schlossen die Möglichkeit einer politischen Regelung der Namibia-Frage auf dem Verhandlungswege nicht aus. Falls das rassistische Kolonialregime der Übertragung der Macht an das Volk zustimme, erübrigten sich Kampfhandlungen, meint die SWAPO.

Doch die Zeit verstreicht... Die UNO hat bereits viele Resolutionen und Beschlüsse zur Namibia-Frage gefaßt, sie alle aber wurden von den Besatzern entschieden abgelehnt. Woher diese Frechheit? Die Anführer des Apartheidstaates würden die Weltgemeinschaft nicht so herausfordern, wenn sie nicht die direkte Unterstützung und die Hilfe der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, hätten. Es ist kein Geheimnis, daß die NATO-Länder umfassend mit dem Rassenregime zusammenarbeiten, darunter auf nuklearem Gebiet. Die anhaltenden Aggressionsakte gegen die Nachbarstaaten, die Attacken gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in der Region ließen Pretoria seine konventionellen Rüstungen massiv forcieren. Doch die Rassisten zieht es auch zum nuklearen Drücker. Der Kurs der Reagan-Administration auf "konstruktive Zusammenarbeit" mit der RSA heizt diese Ambitionen noch weiter an. Gerade aus den USA und den anderen NATO-Ländern treffen Rohstoffe, Anlagen und Technologie zur Produktion von Massenvernichtungswaffen ein. Pläne werden gehegt, in der RSA US-Mit-

## GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG DES ANTIZIONISTISCHEN KOMITEES DER SOWJETISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

In Moskau fand eine Versammlung von Vertretern einer Reihe gesellschaftlicher Organisationen statt. Auf ihr wurde die Initiative einer Gruppe sowjetischer Bürger zur Bildung eines Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit behandelt. Für diesen Vorschlag sprachen sich die Vertreter gesellschaftlicher Organisationen, in der UdSSR und im Ausland bekannte Wissenschaftler, Kulturschaffende, Vertreter der Arbeiterklasse und der Kolchosbauernschaft aus. Die Initiativgruppe erhielt nach der Presseveröffentlichung zahlreiche Briefe und Telegramme, in denen der Gedanke der Bildung eines Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit leidenschaftlich unterstützt und oft der Wunsch, an dessen Arbeit teilzunehmen, geäußert wird.

Die Versammlungsteilnehmer stimmten einmütig für die Bildung des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit. Zum Komiteevorsitzenden wurde der zweifache Held der Sowjetunion, Generaloberst David Dragunski, zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. jur. S. Siws, Verdienter Wissenschaftler der RSFSR, zu Stellvertretern der Vizedirektor des Verlages "Nowosti", M. Krupkin, der Abteilungsleiter der "Literaturnaja gaseta", Dr. oec. sc. I. Beljajew und der Schriftsteller J. Kolesnikow gewählt.



telstreckenraketen mit Nuklearsprengköpfen zu stationieren — sie sollen im Grunde den gesamten afrikanischen Kontinent im nuklearen Visier halten.

Völlig gescheitert ist die westliche "Kontaktgruppe", der die USA, Großbritannien, Frankreich, die BRD, Kanada angehören, bei ihrer angeblichen Suche nach einer Lösung. Bereits 5 Jahre versucht diese Fünfergruppe, die UNO faktisch zu ersetzen und die Grundlagen einer politischen Regelung für Namibia zu untergraben, die von den Vereinten Nationen gelegt wurden. Unter verschiedenen Vorwänden strebt die "Kontaktgruppe" danach, die Erfüllung der Hauptforderung des Sicherheitsrates zu vereiteln — den Abzug der RSA-Besatzungstruppen aus Namibia.

Infolge der Manöver der westlichen Fünfergruppe begann die Namibia-Frage mit allerlei Vorbedingungen und Vorbehalten versehen zu werden, die in keinerlei Beziehung zu diesem Problem stehen. So versucht man z. B. die Frage der Gewährung der Unabhängigkeit an das Volk des einen Landes, Namibia, an die Bedingung des Abzuges der kubanischen Truppen aus einem völlig anderen, souveränen Staat, aus Angola, zu knüpfen. Natürlich wurde diese Bedingung nicht nur von Angola, sondern auch von den meisten afrikanischen Ländern entschieden abgelehnt. Auf ihrer Konferenz in Delhi qualifizierten die Nichtpaktgebundenen eine derartige Verknüpfung als absolut unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas. Die gleiche Haltung nehmen die UNO und ihr Namibia-Rat ein. Das angeblich so gerissene imperialistische Manöver aber wurde kürzlich von der RSA-Zeitung "Rand Daily Mail" durchschaut. Sie schrieb: "Die Wahrheit ist, daß, wenn die Kubaner ihre Truppen morgen aus Luanda abzögen, die RSA als Antwort darauf ihre Truppen aus Windhoek" (dem Verwaltungszentrum Namibias) "nicht abziehen könnte."

Nicht abziehen könnte oder vielleicht nicht abziehen wollte? In dieser komplizierten Lage für das namibische Volk erlangt die Solidarität seiner Freunde mit ihm besondere Bedeutung. Die Sowjetunion unterstützt konsequent das unveräußerliche Recht des Volkes von Namibia auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit auf der Grundlage der Bewahrung der Einheit und der territorialen Integrität des Landes, verlangt den unverzüglichen und vollständigen Abzug der Truppen und der Verwaltung der RSA aus Namibia.

Die Einberufung der Konferenz führt zur Mobilisierung der gesamten Weltgemeinschaft zur Verteidigung des legitimen Rechtes von Namibia.

A. BURLAK

## TREFFEN IN MANAGUA

In der Hauptstadt Nikaraguas ging die Kontinentale Konferenz für Frieden und Souveränität in Mittelamerika und der Karibik zu Ende. Friedensanhänger aus vielen Ländern Lateinamerikas und anderen Weltregionen waren nach Managua gekommen. Sie nahmen ein Schlußdokument an, in dem die verlogene These entlarvt wird, durch Mittelamerika und die Karibik verlaufe die "vierte Grenze" der USA. Ebenso sucht Washington seine Aggressionspläne gegen Kuba, Nikaragua und Grenada zu rechtfertigen. Die Vertreter der US-Administration behaupten, gerade diese Länder seien an der Verschärfung der Spannungen in der Region schuld und deren unabhängige Politik, nicht aber die Folgen der Vorherrschaft der US-Monopole — Rückständigkeit und Armut — zwängen die Völker zum gerechten Kampf für ihre Rechte.

Die Konferenzteilnehmer verurteilten die US-Einmischung in die Angelegenheiten El Salvadors und die Verwandlung von Honduras in ein Sprungbrett der Aggression in der Region. Sie unterstützten die Anstrengungen Nikaraguas und anderer Länder, die nach Wegen für eine Konfliktbeilegung suchen. Nikaragua besteht insbesondere auf bilateralen Verhandlungen mit den USA und Honduras.

Doch diese Initiative wird in Washington und Tegucigalpa abgelehnt.

Als roter Faden zog sich durch viele Reden auf dem Forum der Gedanke der untrennbaren Verbindung von Frieden und Souveränität. Die Delegierten betonten, daß von einem dauerhaften Frieden nicht die Rede sein kann, wenn die Länder nicht über wahre Unabhängigkeit verfügen, wenn sie unterjocht sind.

"Wir wollen den Frieden", sagte Commandante Carlos Nunes Telles, Vorsitzender des Staatsrates von Nikaragua und Mitglied der Nationalen Führung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront, "um unsere Zukunft aufzubauen, um unsere Kinder zu erziehen und ihr glückliches Lächeln zu sehen, damit die Mütter und Frauen nicht an den Gräbern ihrer ermordeten Söhne und Männer weinen. Die USA müssen verstehen, daß der von ihnen finanzierte Krieg in Mittelamerika sinnlos ist."

Die Konferenz in Managua, die Solidarität mit dem nikaraguanischen Volk bekundete, zeigte ein weiteres Mal, daß der Kampf für Frieden und Unabhängigkeit überall immer breitere Dimensionen annimmt.

W. DOLGOW  
Eigenbericht

Managua

## ÖSTERREICH

## GEHT KREISKY...?

Am 24. April fanden in Österreich Nationalratswahlen statt. Der Hauptkampf um die 183 Parlamentssitze wurde zwischen den drei führenden Parteien — der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) ausgetragen.

Die SPÖ, die 13 Jahre lang allein das Land regiert hatte, erhielt diesmal nicht die absolute Mehrheit: Statt der 95 Mandate im alten Nationalrat wird sie nur 90 haben. Auch die ÖVP, die ihre Vertretung im Nationalrat vergrößern konnte, hat mit 81 Mandaten nicht die relative Mehrheit. Die dritte im Parlament vertretene Partei, die FPÖ, bekam ein Mandat mehr und hat jetzt 12 Sitze.

Nach der Stimmenauszählung erklärte der SPÖ-Vorsitzende Bruno Kreisky, der alle vorhergehenden Regierungen der Sozialisten geleitet hatte, im Fernsehen, er wolle von seinem Posten als Bundeskanzler abtreten.

Der Wahlkampf war durch eine für Österreich ungewöhnliche Zuspitzung der Gegensätze zwischen der regierenden SPÖ und der oppositionellen ÖVP ge-

kennzeichnet. Am leidenschaftlichsten waren die Diskussionen über innenpolitische Fragen. Haupttrumpf der Opposition war die Verschlechterung der Wirtschaftslage. Die Krise hat auch Österreich nicht übergangen: Das Land, das sich vor allem auf die Wirtschaft der EG-Staaten orientiert, leidet, wenn auch etwas schwächer, unter den gleichen Problemen wie die EG-Mitglieder.

Schon einige Monate steht die Arbeitslosenzahl bei 150 000. Die Industrieproduktion ging im Vorjahr um 0,4% zurück. In die Wirtschaft Österreichs dringen immer mehr transnationale Konzerne ein, die Unternehmer des Landes werden ruiniert. 1982 wurden 3095 Bankrotte registriert — ein Rekord der Nachkriegszeit. Allein im Februar stiegen die Preise für Lebensmittel und industrielle Konsumgüter um 4,3%. Die Staatsverschuldung wächst.

Auf die Wahlergebnisse wirkten sich auch die demagogischen Versprechen der Opposition aus, das Land aus der Krise zu führen und die Beschäftigung zu vergrößern.

N. SHOLKWER

"NEUE ZEIT" 18.83



# FISCHFANG, STÜTZPUNKTE, WAHLEN

Das Verhältnis zur EG war eine der Hauptfragen, die vor den Landstingswahlen vom 12. April erörtert wurden. Die zweiten Wahlen nach Erringung der Selbstverwaltung lösten lebhaft Diskussionen zwischen den Parteien über die Zukunft Grönlands aus.

Die Regierungspartei Siumut (Sozialdemokraten) betonte, es sei notwendig, eine harte Position in den Verhandlungen mit der EG einzunehmen. Der Regierungschef und Vorsitzende der Siumut, Jonathan Motzfeldt, erklärte, Grönland dürfe nicht mit den Fischfangrechten dafür zahlen.

Bekanntlich hatten die Grönländer bereits 1972 bei dem Referendum über den EG-Beitritt nein gesagt. Doch Grönland als damaliger vollintegrierter Bestandteil des Königreiches Dänemark mußte mit ihm zusammen der EG beitreten. Im Januar 1979 erlangte die Insel die Selbstverwaltung, und bald schon bekräftigten die Grönländer erneut ihre negative Haltung zu einer EG-Mitgliedschaft, die der Wirtschaft Grönlands, vor allem dem Fischfang, stark schadet. Sind ja in dieser Branche ca. 60% der Erwerbstätigen beschäftigt. Am 23. Februar 1982 fand wieder ein Referendum statt. Erneut sprachen sich die meisten Inselbewohner gegen die EG-Mitgliedschaft aus.

Die EG griff zu Druck und Verzögerungsmanövern, um den Austritt Grönlands hinauszuschieben. Man meinte, die komplizierte Prozedur, die einstweilen keinen Präzedenzfall kennt, solle zum 1. Januar 1984 abgeschlossen werden. Doch wahrscheinlicher ist, daß sich die Verhandlungen bis zum Januar 1985 hinziehen. Die Fischreichtümer der Insel sind für die EG von besonderem Interesse. Öl in das Feuer goß auch die kürzliche Meldung, in Grönland seien neue Lagerstätten eines strategischen Rohstoffes, von Uran, entdeckt worden.

Im politischen Leben der Insel spielt auch die Partei Inuit Ataqatigiit ("Vereinigte Eskimos") eine immer größere Rolle. Sie nimmt insbesondere feste Positionen in der Organisation "Anisa" ein, die EG-Gegner

vereinigt. Eine der Hauptforderungen der Partei ist das souveräne Recht des grönländischen Volkes, über seine Naturressourcen zu verfügen. Das bekräftigte auch Parteiführer Arkaluk Lyngé im Wahlkampf. Er forderte ferner, die Gewerkschaftsorganisationen zu stärken sowie die Lohndifferenzen zwischen den Dänen und den Ureinwohnern zu beseitigen.

Die gemäßigte bürgerliche Partei Atassut verhehlte ihr Streben nicht, die Insel in der EG zu halten, und appellierte sogar an die EG-Kommission, die Gespräche mit Grönland in die Sackgasse zu führen.

Natürlich spielen die Landstingswahlen eine bestimmende Rolle für die Beziehungen Grönlands zur EG. Doch in letzter Zeit, darunter auch im Wahlkampf, wurde eine weitere wichtige Frage immer akuter — die Gewährleistung der Sicherheit sowie die Beziehungen zwischen Grönland und der NATO. Trotz des Selbstverwaltungsstatus der Insel behielt sich Dänemark das Recht vor, die Fragen der Verteidigung, der Außenpolitik und der Prospektierung der Bodenschätze zu entscheiden.

Arkaluk Lyngé erklärte: "Die Außenpolitik ist kein Vorrecht der Selbstverwaltungsorgane. Doch wir wissen jetzt, daß diese Stützpunkte" (die US-Stützpunkte auf der Insel — Red.) "nichts mit der Verteidigung unserer Sicherheit gemein haben. Sie dienen den militärischen Interessen der USA. Deshalb meinen wir, daß die Stützpunktfrage vom Parlament erörtert werden muß."

Entsprechend dem dänisch-amerikanischen Abkommen über die Verteidigung Grönlands von 1951 hat das Pentagon auf der Insel zwei Stützpunkte — in der Ortschaft Thule und in Søndre Strømfjord. Von neuen Fakten der Tätigkeit des Pentagon und der NATO auf diesen Stützpunkten berichtet das kürzlich in Dänemark erschienene Buch "Grönland — Perle des Ozeans". Seine Autoren betonen, daß das dänische Verteidigungsministerium nichts über die drei anderen großen Militärobjekte wußte, die die USA in Grönland unterhalten. Die Amerikaner befinden sich auf der Insel nicht,



um sie zu verteidigen, heißt es in dem Buch. Ihr Ziel sei es, Grönland in ihren Kriegsvorbereitungen zu benutzen und die Insel in einen gigantischen "unversenkbaren Flugzeugträger" zu verwandeln.

Das strenggeheime Objekt OL 5 ("Operation Location 5") in Thule ist eine von 7 amerikanischen Kontrollstationen für US-Spionagesatelliten. Die OL 5 empfängt Fotos der Himmelsspione und gibt sie weiter. Um in Thule ein Foto irgendeines Objektes, das von einem Satelliten fotografiert wurde, zu erhalten, braucht man nur 25 Minuten. Von dort wird es an die Nationale Verwaltung für kosmische Aufklärung der USA übermittelt. Die OL 5 wird, wie die Zeitung "Land og Folk" betont, von Washington zur Forcierung des Wettbewerbs im Weltraum benutzt.

Die US-Pläne stehen im Widerspruch zu den Grundinteressen der Einwohner Grönlands, erklärte Ministerpräsident Jonathan Motzfeldt der dänischen Nachrichtenagentur Ritzaus Bureau. Wir wollen nicht, sagte er, daß die Insel in die gefährlichen Kriegsvorbereitungen des Pentagon einbezogen wird.

Offiziellen Meldungen aus dem Verwaltungszentrum Grönlands, Nuuk, zufolge gaben bei den Parlamentswahlen vom 12. April ca. 25 000 der 34 000 Wähler ihre Stimme ab. Siumut und Atassut werden jetzt je 12 Parlamentssitze haben (insgesamt 26). Zwei Sitze errang die Inuit Ataqatigiit, die bereits im Wahlkampf der Siumut Unterstützung versprochen hatte und die für die unverzügliche Erörterung der Stützpunktfrage im Landsting eingetreten war. Offenbar wird eine Koalitionsregierung gebildet werden.

N. GORBUNOW



# GEGENLÄUFIGE TENDENZEN

Den Reiseführern zufolge gibt es in Thailand drei Jahreszeiten: die heiße, die sehr heiße und die heiß-feuchte. Die Wissenschaftler sprechen von einem tropischen Monsunklima. Selbst in der Nacht kühlt es kaum ab. Deshalb wollen die Thailänder nach Möglichkeit nahe am Wasser wohnen.

## An den Ufern des Chao Phraya

Am Hauptfluß Thailands, dem Chao Phraya (bisweilen wird er auch Mae Nam genannt), mit seinen zahlreichen Zuflüssen und künstlichen Kanälen siedeln die Thai seit altersher. Außerhalb Bangkoks mit seinen 5 Millionen Einwohnern ist Thailand auch heute überwiegend ein Agrarland. Beträgt ja die Einwohnerzahl selbst der zweitgrößten Stadt, Chiangmai, nur ein Fünftel(!) der Bevölkerung der Hauptstadt. In vielen Pfahldörfern stehen über dem Wasser einfache Holzhäuschen. Frauen mit weiten Strohhüten waschen die Wäsche im Fluß, dem sie auch das Wasser zum Kochen entnehmen. Die Abfälle wiederum landen in den Wassern des Chao Phraya. Die Hygiene läßt in Thailand noch sehr viel zu wünschen übrig. Selbst in der Hauptstadt darf man kein Leitungswasser trinken. Daher rühren zahlreiche Erkrankungen, Seuchen...

Das Becken des flachen Chao Phraya wird als "Reisstasse des Landes" bezeichnet. Thailand ist ein bedeutender Exporteur von Reis und Tapioka (Graupen aus Mehl, die aus den Knollen der Tropenpflanze Manioka gewonnen werden). Exportiert werden ferner Mais und Naturkautschuk.

Doch die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft bleibt niedrig. Auf den Reisfeldern rackern sich die Bauern von früh bis spät ab. Traurig schaut auf die vorbeibrausenden Busse ein Junge auf einem Stier (immer noch das Hauptmittel der "Mechanisierung"). Die Bauernkinder müssen von jung an arbeiten. Paradoerweise leidet fast die Hälfte der Kinder in Thailand, das vielen Ländern Nahrungsmittel verkauft, an Unterernährung.

Doch Thailand ist potentiell reich. Riesige Zinnlager und Gasvorkommen, die die Geologen erst zu erschließen beginnen, die Edelhölzwälder und ganze Kautschukhaie... Doch all das bringt dem Land nicht die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderlichen Mittel. 1982 bat die Regierung den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe, wobei sie, was sie früher kategorisch abgelehnt hatte, den harten Bedingungen für ein Empfängerland der IWF-Hilfe zustimmte.

## Armut und Reichtum

Wie in den meisten Entwicklungsländern hat die Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt auch Thailand schwer mitgenommen. Die Preise für die Hauptexportgüter fielen. Es gibt drei bis vier Millionen ständig Arbeitslose im Lande. Nach der zweiten Reisernte im Herbst werden in den Landregionen weitere 4,5 Millionen Bauern erwerbslos.

Auch die Arbeitenden finden nur schwer ihr Auskommen. Das Innenministerium setzte folgende Mindestlöhne

**Auf dem Chao Phraya ist das Boot noch unentbehrlich**

für einen Arbeiter (Tagessatz) fest: in Bangkok 64 Baht (1 US-Dollar=23 Baht), in der Provinz 52 Baht. Doch die Unternehmer selbst in der Hauptstadt zahlen ihren Arbeitern wenig mehr als die Hälfte. Sinnlos, sich mit den Bossen anzulegen: Gibt es ja beliebig viele Arbeitswillige. "Wir müssen das akzeptieren, was uns angeboten wird. Wir haben keine andere Wahl", sagte ein Arbeiter dem Korrespondenten der Bangkokzeitung "Nation". Der gewöhnliche Arbeitstag ist 10 bis 11 Stunden lang. Offiziellen Angaben zufolge arbeiten gegenwärtig 300 000 Thailänder im Ausland, vor allem in den Ländern des Nahen Ostens. Das sind meist weitgehend ungebildete, unqualifizierte Arbeitskräfte. In der Fremde werden sie brutal ausgebeutet, wenn sie auch ihren Familien etwas Geld schicken können.

Die Besitzer von Kleinbetrieben und Werkstätten machen gern von der überaus billigen Kinderarbeit Gebrauch. Die Ergebnisse einer Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialkommission der UNO für Asien und den Pazifikraum (ESCAP), deren Hauptquartier sich in Bangkok befindet, demonstrieren: Viele Tausende Kinder in Thailand werden geradezu in die Sklaverei verkauft, und ein Viertel aller Kinder unter 16 ist bereits in der Produktion tätig.

Die thailändischen Behörden stellen wirtschaftliche Entwicklungspläne auf. Sie sollen zu einem Aufschwung in den Landgebieten führen, zu einer gewissen Industrialisierung der Agrarwirtschaft, zur rationellen Nutzung der Bodenschätze und dazu führen, daß das Handelsdefizit gegenüber dem Westen abgebaut wird.

Die Hauptaufmerksamkeit gilt jetzt der Entwicklung der Küstenregion am Golf von Siam. Experten prophezeien, diese Region werde in den kommenden 20 Jahren zum Wirtschaftszentrum des Landes. Große Hoffnungen werden in die auf dem Boden der Bucht entdeckten Naturgasvorkommen gesetzt. Die Erweiterung der eigenen Hafenwirtschaft ist vorgesehen, was es erlauben würde, mit dem Weltmarkt selbständig ohne die Drehscheiben Malaysia und Singapur Handel zu treiben. Doch wie real ist die Verwirklichung all dieser Pläne, und werden sie zum sozialen Fortschritt der Gesellschaft beitragen?

Die Regierung will Auslandskapital heranziehen. Den ausländischen Investoren werden nicht wenige Privilegien offeriert, insbesondere bedeutende Steuererleichterungen. Landbesitz ist erlaubt. Ein Sondergesetz gibt ihren Betrieben einen Verstaatlichungsschutz. Sowohl amerikanische als auch westeuropäische und besonders japanische Firmen durchdringen immer mehr die thailändische Wirtschaft. Doch wie die Praxis







## Die "Midway" vor Thailands Küste

Fotos des Verfassers

zeigt, tragen sie wenig zu deren Festigung bei, da sie ihre eigennützigen Interessen verfolgen.

## Vor und nach den Wahlen

Am 18. April fanden in Thailand die eigentlich für den Juni geplanten Unterhauswahlen statt. Die unerwartete Vorverlegung des Wahltermins wurde mit gewichtigen politischen Gründen erklärt.

Am 21. April endete die Gültigkeitsdauer der provisorischen Verfassungsartikel, die der Armee und den Militärs eine bedeutende Rolle im politischen Leben des Landes, in dessen Verwaltung sicherten. Im März nahmen die Militärs im Unterhaus eine Reihe von Verfassungsänderungen vor, um ihren Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik zu bewahren und sogar auszubauen. Doch die meisten Parlamentarier, Vertreter verschiedener Parteien, stimmten dagegen. Da bat Premierminister Prem Tinsulanonda, der zugleich Verteidigungsminister ist, den König, das Parlament aufzulösen und vorfristige Neuwahlen anzusetzen.

Die "Bangkok Post" schrieb damals: "Die Armee hat eine Schlacht in der Parlamentssitzung verloren, doch sie beabsichtigt trotzdem, den Kampf für die Durchsetzung der Verfassungsänderungen zu gewinnen. Die Parlamentsauflösung und die Abhaltung allgemeiner Wahlen am 18. April, d. h. drei Tage vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der provisorischen Verfassungsartikel, erlauben den Militärs, letztlich den Sieg zu erringen."

Bekanntlich erlebte Thailand in den letzten Jahrzehnten diverse Militärputsche: Jedesmal, wenn die zivilen, demokratischen Kräfte stärker wurden, ergriff die Armee die Macht. 1976 endete das mit einem Blutbad unter den Studenten von Bangkok...

Tausende Thailänder gingen auf die Straßen, um gegen die Parlamentsauflösung zu protestieren. Auf Kundgebungen wurde insbesondere der Heeresoberbefehlshaber General Atit Kamlangek scharf kritisiert, der offenbar den Premierminister

zu einem solchen Schritt gezwungen hatte. Dieser General erklärte in letzter Zeit wiederholt, die Armee könne "den Interessen des Volkes besser dienen" als die Parlamentarier.

Der Wahlkampf verlief in einer gespannten Atmosphäre: In der letzten Woche vor den Wahlen gab es über 10 politische Morde.

Am Tag nach den Wahlen wurde deutlich, daß keine der großen Parteien die erforderliche Stimmenmehrheit zur Regierungsbildung erhalten hatte. Insgesamt blieb das Kräfteverhältnis im Unterhaus das alte, obgleich es jetzt, wie man meint, für die Militärs günstiger ist. Hiesige Beobachter meinten, weder die Kabinettszusammensetzung noch die Politik Bangkoks würden wesentlich geändert werden. Offenbar wird ein weiterer Versuch unternommen, Verfassungsänderungen vorzunehmen, um die Vollmachten des Senats, dessen Legislaturperiode abgelaufen ist, wiederherzustellen.

Die Lage im Lande wird durch die reaktionären Khmer-Gruppierungen kompliziert, die die Unterstützung der Behörden haben. Mit Schützenhilfe Bangkoks werden von thailändischem Territorium aus ständig bewaffnete Provokationen gegen Kampuchea verübt. Die kürzlichen Bombardements und der Artilleriebeschuß von Ortschaften Kampuchees unter dem Vorwand, die vietnamesischen Truppen würden die thailändische Grenze verletzen, verstärkten die Spannungen in der Region.

## Gäste in Pattaya

Nach dem Ende des "schmutzigen" Krieges in Vietnam wurden die in Thailand stationierten US-Truppen von dort abgezogen.

Doch jetzt versucht das Pentagon erneut, dort strategische Positionen einzunehmen. Mitte 1982 fand vor der Westküste des Golfes von Siam ein gemeinsames Manöver der Marine der USA und Thailands, "Cobra Gold", statt. An ihm nahmen an die 9000 Militäranghörigen, Dutzende Schiffe und die Luftwaffe beider Länder teil.

Kürzlich ging in thailändischen Gewässern ein weiterer "Gast", der US-Flugzeugträger "Midway", vor Anker. Tausende Marines landeten direkt im Vergnügungsviertel von Pattaya, dem bekanntesten Seekurort des Landes. USA-Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der Thailand fast gleichzeitig mit der "Midway" besuchte, wollte die Führung des Landes durch die "militärische Bedrohung seitens der UdSSR" einschüchtern, rief zur weiteren Militarisierung auf und versprach, die Militärhilfe zu verstärken. Und die ist auch ohnedies in den letzten Jahren spürbar gestiegen. Auch der eigene Rüstungshaushalt Thailands ist aufgebläht: Im laufenden Jahr ist er gegenüber dem Vorjahr um 12% größer und hat fast 1,5 Md. Dollar erreicht.

Die USA erklärten unter Hinweis auf die gespannte Lage an der thailändisch-kampucheanischen Grenze, im kommenden Finanzjahr würden sie die Militärhilfe für Thailand fast verdoppeln und 99 Mio Dollar bereitstellen. Der eiligst nach Bangkok entsandte stellvertretende US-Außenminister Paul Wolfowitz leitete die "Luftbrücke" für die Thailand gelieferten Rüstungsgüter. Von jenseits des Pazifik wurden einige Partien von neuesten Fernhaubitzen und Redeye-Raketen geschickt. Die Waffen, die im Pentagon-Szenario gegen die Länder Indochinas gerichtet werden sollen, werden an Thailand zu günstigen Bedingungen verkauft.

Das SRV-Außenministerium gab mit vollem Recht den USA die Verantwortung für die jähre Verschärfung der Spannungen in der Region.

Doch im heutigen Thailand, das weiterhin als traditioneller Verbündeter Washingtons gilt, gibt es auch andere Tendenzen. Besonders deutlich werden sie an den Universitäten von Tammassat und Chulalongkorn, den traditionellen Zentren des geistigen Lebens von Bangkok. Demokratisch gesinnte Studenten hatten sich wiederholt entschieden gegen die Militärdiktatur gewandt.

An der Universität von Chulalongkorn sprachen wir mit Wissenschaftlern der Politikologie-Fakultät. Dr. sc. phil. Wiwat Mungkandi sagte, man habe mit dem allseitigen Studium der sowjetischen Politik und der Aussichten für die sowjetisch-thailändischen Kontakte begonnen.

"Lange Jahre", sagte er, "waren unsere Beziehungen zur UdSSR künstlich eingeschränkt. Doch in letzter Zeit ändert sich die Lage spürbar. Das Interesse an Ihrem Land, an Ihrer Lebensweise wächst ständig. Natürlich gibt es noch viele zähleibige Vorurteile, doch die Veränderungen in der öffentlichen Meinung sind unumkehrbar. Unsere Außenpolitik braucht mehr Selbständigkeit."

L. MLETSCHIN  
Eigenbericht

Bangkok--Moskau



# MIT HIMMLISCHEM SEGEN

Lasar WELIKOWITSCH

Am Heiligabend war die Nonne Clara allein in ihrer Zelle. Wegen Krankheit konnte sie nicht in die Kirche gehen, die zwei Kilometer vom Kloster entfernt stand. Um Mitternacht klagte sie darüber Gott, und noch hatte sie nicht zu Ende gebetet, da vernahm sie eine Stimme und erblickte an der Wand — den Gottesdienst in der Kirche. Als die anderen Nonnen zurückkehrten, erzählte sie ihnen von dem Erlebnis. Das soll sich im Jahre 1252 zugetragen haben. Jedenfalls hat der Vatikan Clara zur Heiligen des Fernsehens erklärt. (Beim Rundfunk ist es der Erzengel Gabriel.)

Also hat Gott selbst den heutigen Kirchenvätern geboten, vom Fernsehen und von den anderen Massenmedien ausgiebig Gebrauch zu machen.

## Unter dem Schutz der heiligen Clara

In den letzten Jahren ist in den USA oft von der sogenannten elektronischen Kirche die Rede — solchen Umfang hat die religiöse Fernseh- und Rundfunkpropaganda angenommen. Wie eine Stütze dieser Kirche, Ben Armstrong, der Leiter einer Vereinigung von 800 Sendern, angibt, versammeln sich sonntagsmorgens vor den Bildschirmen und Lautsprechern 130 Millionen Amerikaner zum elektronischen Gottesdienst. Die elektronische Kirche sei demnach die größte religiöse Vereinigung, ihre Gemeinde sei größer als die sämtlicher Kirchen der USA.

Der protestantische Theologe Richard John Neuhaus betont, daß die elektronische Kirche heutzutage in den USA immer größere Bedeutung erlange, weil sie sich energisch für eine Wiedergeburt der "traditionellen Wildwestmethoden" einsetze.

Anfangs standen die Kirchenfürsten in den USA der elektronischen Konkurrentin skeptisch gegenüber und sahen in ihr einen bloßen Kirchenersatz. Später aber griffen einige Gotteshäuser zu denselben Mitteln, wie sie sie benutzt. Einer ihrer Stars ist jetzt Robert Schuller, seine Sonntagspredigten werden von 148 TV- und Funkstationen ausgestrahlt. Er predigt in der für Spenden seiner Anhänger errichteten sogenannten Kristallkathedrale.

Auch der Fernsprecher ist ins Rüstzeug der Kirche aufgenommen worden. Gottgefällige Telefongespräche sind ziemlich weit verbreitet. Das Oberhaupt dieser Kirche, Pat Robertson, bekommt jedes Jahr 60 Mio Dollar Spenden, er verfügt über 130 kommerzielle Sender und 3500 Kabelsysteme.

Als Entstehungstag der elektronischen Kirche gilt in den USA der 21. Januar 1921, der Tag, an dem der Gottesdienst aus der Episkopal-kathedrale erstmalig über den Rundfunk ausgestrahlt wurde. Fünf Jahre später brachten schon 600 Sender religiöse Programme. Von ihnen gehörten 10% Kirchenorganisationen. Seit den 50er Jahren dehnt sich die Einflußsphäre der heiligen Clara immer weiter aus.

Die Kräfte für die elektronische Kirche werden an der Fernmeldeschule der CBN-Universität ausgebildet, ferner an der Jim-Backers-Schule für Evangelismus und Fernmeldewesen, am baptistischen College von Jerry Falwell sowie an der Oral-Roberts-Universität. In Akron (Ohio) ist eine "Kathedrale der Zukunft" mit Rücksicht auf die Erfordernisse des Fernsehens gebaut worden. Dort wird das sogenannte Humbard-Programm auf Videoband aufgezeichnet. Unter einem 30 Meter hohen Kreuz, in das 5000 elektrische Birnen in allen Farben einmontiert sind, sitzen der Chor und ein Orchester. Im Vordergrund befinden sich der Prediger und seine 14köpfige Familie. 1980 wurde diese Show in den USA über 207 Kanäle ausgestrahlt, sie wurde in 7 Sprachen übersetzt und nach 18 Ländern (Kanada, Japan, Philippinen, Australien, Brasilien, Chile usw.) verschickt, wo sie dann von 400 Funk- und Fernsehstationen ausgestrahlt wurde.

Die vier Fernseh- und fünf Rundfunkgesellschaften des "Christian Broadcasting Network" beschäftigen 800 Personen. Der Präsident, Pat Robertson, leitet zugleich die "700-Club"-Show. Er hämmert den Zuhörern und dem Fernsehpublikum den simplen Gedanken ein, je mehr sie Gott gäben, desto mehr würden sie von ihm bekommen, und der kürzeste Weg ins Paradies führe über Spenden an den besagten Club. CBN sendet für Kabelsysteme rund um die Uhr ein Programm, in dem religiöse Aussprachen mit Fernsehspielen, Sportreportagen und Werbung abwechseln. Die evangelischen TV-Prediger sind im Süden

und im Mittleren Westen, namentlich unter Frauen und alten Leuten beiderlei Geschlechts, besonders beliebt.

Die elektronische Kirche der USA ähnele, wie die Verfasser des Buches "Videoprediger. Die zunehmende Macht des TV-Evangelismus", Prof. der Soziologie Hadden von der Universität Virginia und der Geistliche Swann konstatieren, einem riesigen Heer. Sie vergleichen die bedeutendsten TV-Prediger mit Generalen, nach denen zahlreiche Leutnants kämen, die über 60 lokale TV-Programme leiten. Insgesamt sind in den USA 300 Rundfunk- und 36 TV-Stationen auf religiöse Sendungen spezialisiert. Die kommerziellen Stationen verkaufen an religiöse Vereinigungen die Sendungen vom Sonntagmorgen oder irgendeiner anderen Zeit. Wie Hadden und Swann hervorheben, gibt es in den USA so gut wie kein Haus, in das die elektronische Kirche mit ihren Chorälen, Gebeten und Ermahnungen keinen Eingang fände. CBN nennt sich ohne falsche Bescheidenheit Video-Vatikan der christlichen Sendung. Die Leiter behaupten, sie hätten die besten Studios der Welt.

Die Kirche, die, wie gesagt, ausgiebig von der "Einflußsphäre" der heiligen Clara Gebrauch macht, verschmäht auch den Rundfunk nicht. Katholische Rundfunksender bestehen in mehreren Ländern Westeuropas. In Spanien gibt es eine Vereinigung aus 45 Sendern, die sich COPE (Cadena de Ondas Populares) nennt. Auch in Portugal betätigen sich eifrig katholische Funkstationen. Viele weltliche Sender treiben ebenfalls religiöse Propaganda. Die BBC verausgabt dafür beispielsweise bis zu 2 Mio Pfund Sterling jährlich, und in der betreffenden Abteilung sind 80 Personen beschäftigt. In den USA sind 1400 Rundfunksender auf religiöse Propaganda spezialisiert.

Die Internationale Katholische Vereinigung für Rundfunk und Fernsehen erfaßt 70 Landesbüros. Sie arbeitet mit der Weltvereinigung für christlichen Rundfunk, der Union der europäischen Rundfunkorganisationen und anderen internationalen weltlichen Körperschaften sowie mit der katholischen Presse- und Filmunion zusammen.

In dem Hirtenbrief "Communio et Progressio" heißt es, die Massenmedien hätten die Aufgabe, "das Wort Gottes zu erläutern" und den Dialog der Kirche mit der Welt zu unterhalten. In diesem Brief des Vatikans steht ferner: "Die Mittel der sozialen Verbindungen sind für die Gläubigen von dreifachem Interesse. Sie helfen der Kirche, sich in der modernen Welt Gehör zu verschaffen, tragen zum Dialog innerhalb der





Zeichnung: N. Stscherbakow

Kirche selbst bei und informieren die Kirche über die Meinungen und Stimmungen des modernen Menschen." Die katholischen Theologen berufen sich bei ihren Bemühungen um die ausgiebige Benutzung der Massenmedien auf das Neue Testament, in dem Jesus gesagt haben soll: "Gehet hin in die ganze Welt und verkündet das Evangelium der ganzen Schöpfung."

### Wird die Mehrheit der "Mehrheit" folgen!

Entscheidenden Einfluß auf die elektronische Kirche in den USA hat die Organisation "Moral Majority", "Moralische Mehrheit", die von dem Baptistenprediger Jerry Falwell gegründet wurde. Sie steht materiell glänzend da und wird von der Regierung Reagan unterstützt. Neben den Funk- und Fernsehsendungen an den Sonntagen vertreibt sie Periodika mit einer Gesamtauflage von 400 000 Exemplaren. Falwell leitet die baptistische Kirche in Lynchburg sowie eine Privatschule. Die "Mehrheit" hat ein Seminar und ein Institut für Bibelforschung sowie eine Universität, an der Studiengebühren zu zahlen sind. Hinter der "Mehrheit" steckt eine mächtige konservative Gruppierung, die sich mit dem Wort Gottes tarnt. Sie verfolgt aber nicht so sehr religiöse wie politische Zwecke. Von den TV-Altären predigt sie einen primitiven Antikommunismus.

Bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen in den USA stellte sich die "Mehrheit" hinter Reagan, trat aber nicht offen für ihn ein. Doch die Propagandathesen des militanten protestantischen elektronischen Pre-

digers Falwell sind den Anschauungen Reagans sehr ähnlich. Eine Organisation protestantischer Fundamentalisten (sie erfaßt die sogenannten neuen rechtsstehenden Christen) tritt gegen "die gottlose Minderheit", gegen "die Verräter" auf, die, falls man es ihnen erlauben würde, die nationale Politik zu formulieren, mit ihrer liberalen Philosophie "das Land zugrunde richten" könnten.

Die "Moralische Mehrheit" gibt ihren politischen Anschauungen die Form von Bibeltexten. Der Presbyterianer Low Barnes, der diese Organisation in Kalifornien leitet, sprach von der Notwendigkeit, zu den grundlegenden Prinzipien der biblischen Lehre zurückzukehren, um in der Gesellschaft "Ordnung zu schaffen". Nach Reagans Amtsantritt sagte die "Mehrheit" einen Kreuzzug gegen Kultur, Bibliotheken und Schulen an. Der Leiter ihrer Abteilung in Nordkarolina erklärte, er werde ein Verbot durchsetzen, an den Schulen den Darwinismus zu unterrichten. Den TV-Predigern ist es gelungen, ihren Standpunkt den Legislativen der Bundesstaaten Arkansas und Louisiana aufzunötigen, und diese haben ein Gesetz bestätigt, laut dem in den Schulen die biblische Schöpfungsgeschichte unterrichtet werden muß.

Falwell und sein Anhang im Baptistenkirche von Lynchburg hören nach gewissen Angaben 25 000 000 Amerikaner (nach anderen, zuverlässigeren nur 1,6 Million). Die elektronischen Prediger schließen mit dem Aufruf zu Spenden. Jede Woche bekommen sie per Post Schecks über 1 Mio Dollar — etwa deshalb, weil sie den Amerikanern einhämmern, daß jeder für die elektronische Kirche gespendete Dollar eine Seele rette?

Falwell und sein Anhang im TV-Evangelismus — Schuller, Roberts und Hubbard — ziehen gegen den weltlichen Humanismus zu Felde, der — laut Falwell — anstelle der Bibel die "Religion Amerikas" geworden sei.

Die Fernsprechprediger und auch der Kassettenevangelismus streuen religiöse, rassische und soziale Vorurteile aus. Sie fordern, daß die Schulbüchereien von "schädlichen" Büchern gesäubert werden. Daraufhin werden in manchen Städten Bücherverbrennungen veranstaltet, die an die mittelalterlichen Autodafes und an die Bücherverbrennungen der Nazis erinnern. Die Rechten haben durchgesetzt, daß in 34 Bundesstaaten beste Werke der US- und der Weltliteratur (148) einer Zensur unterzogen werden, darunter Shakespeares "Romeo und Julia", Mark Twains "Abenteuer des Huckleberry Finn", Defoes "Robinson Cru-

soe", "Das Tagebuch der Anne Frank", die Schriften von Darwin und Plato, Bücher von Dickens, Hemingway, Chaucer, Faulkner und Fitzgerald.

Die "Moralische Mehrheit", die der Politik der Regierung Reagan zustimmt, sucht dem Volk Mystizismus und Obskurantismus einzubläuen. Sie will die Machenschaften des Big Business mit Bibeltexten rechtfertigen, betätigt sich im Sinne des protestantischen Fundamentalismus und vertieft sogar noch dessen reaktionäre und antidemokratische Ausrichtung.

Reagan ist nicht ohne Hilfe der Fundamentalisten im Weißen Haus eingezogen und erfüllt nunmehr, was er ihnen versprochen hatte. Er hat ihre Forderung unterstützt, in den Schulen das Beten einzuführen und die biblische Schöpfungsgeschichte neben der Lehre Darwins zu unterrichten.

Überhaupt mißt Reagan den religiösen Organisationen viel Bedeutung bei. Jetzt sieht man im Weißen Haus oft Geistliche verschiedener Observanz. Die Regierung bemüht sich nach Kräften, den Einfluß der Leiter religiöser Organisationen zu benutzen, um das Anwachsen der Antikriegsbewegung in den USA aufzuhalten, an der sich neuerdings auch Gläubige und sogar manche Kirchenväter, namentlich katholische, beteiligen. Mißmut in Washington erregte ein Hirtenbrief der Konferenz katholischer Bischöfe der USA mit dem Aufruf, die Kernwaffen einzufrieren.

Allerdings muß festgestellt werden, daß die Behörden den Elan der Antikriegsbewegung nicht zu ersticken imstande sind. Viele führende Persönlichkeiten der katholischen Kirche und einiger protestantischer Kirchen haben sich mit ihren Hirtenbriefen und Äußerungen zum Wettrüsten und zum Einfrieren der Kernwaffen gewollt oder ungewollt in die Antikriegsbewegung eingeschaltet. An den amerikanischen Friedensmärschen haben nicht wenige Katholiken und Angehörige anderer Konfessionen teilgenommen.

Indessen beharren die Führer der elektronischen Kirche und der "Moralischen Mehrheit" auf ihrem Standpunkt, suchen die Amerikaner mit einer sowjetischen Kriegsdrohung zu schrecken, brandmarken die Kommunisten als Diener des Teufels, wettern gegen die Abrüstung und nennen sie Selbstmord.

Ob aber diese von der elektronischen Kirche propagierten Anschauungen von einer Mehrheit der Amerikaner — Gläubigen und Atheisten — geteilt werden? ■



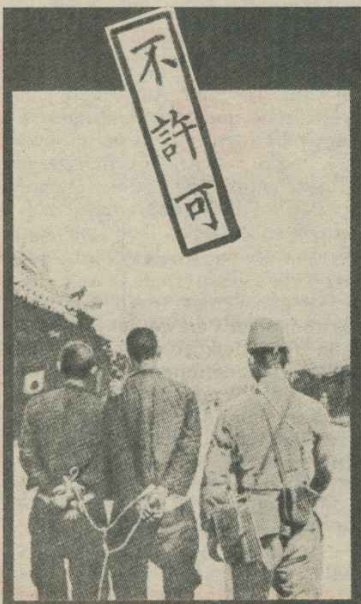
# ECHO DES NANKING-MASSAKERS

Wladimir GODYNA

Sabra und Shatila im Libanon; Song My in Vietnam; Lidice in der Tschechoslowakei; Chatyn in der UdSSR; Oradour in Frankreich... Diese geographischen Namen sind Symbole für Kriegsbrände, für die aggressive, menschenfeindliche Politik des Imperialismus, die faschistische Ideologie und die Unterjochung von Völkern. Jeder dieser Namen bedeutet Leid, Tod und Zerstörung. In diese Reihe gehört auch die chinesische Stadt Nanking. Vor 45 Jahren spielte sich dort eine Tragödie ab, die als das Massaker von Nanking weltbekannt ist. Ihr

**Mit seinem Stempel hat ein japanischer Militäzensor die Veröffentlichung dieses enthüllenden Fotos verboten, das den Terror der Besatzungstruppen in Nanking veranschaulicht**

Foto aus: "Far Eastern Economic Review" (Hongkong)



gingen aber Ereignisse voraus, die für China nicht minder tragisch waren.

## Schüsse an der Lugouqiao-Brücke

Die Reaktion machte sich nie die Mühe, stichhaltige Argumente für ihre Handlungsweise beizubringen. Ist kein Vorwand vorhanden, dann fabriziert sie sich einen. Im Jahre 1933 inszenierten die Nazis in Deutschland den Reichstagsbrand als Vorwand zum Massenterror gegen die KPD und die anderen demokratischen Kräfte des Landes. 1937 provozierten die japanischen Militaristen in China eine Schießerei an der auch als Marco-Polo-Brücke bekannten Lugouqiao-Brücke bei Peking, nachdem sie 1931 den Nordosten Chinas besetzt hatten. Damit wollten sie die beizeiten vorbereitete große Intervention gegen China starten.

Wozu schickte das militäristische Japan Truppen nach China?

Um die eigenen akut gewordenen Probleme, auch die wirtschaftlichen und finanziellen, auf fremde Kosten zu bereinigen; aus Raffgier — Japan glaubte, zu kurz gekommen zu sein, und wollte sich das Alleinrecht verschaffen, China zu beherrschen und die anderen imperialistischen Mächte von dort zu verdrängen. Und schließlich aus Antisowjetismus. In einem Schriftstück, betitelt "Die Außenpolitik des Reiches", das in einer Beratung von vier Kabinettsmitgliedern im August 1936, also knapp ein Jahr vor dem bewaffneten Überfall bei der besagten Brücke, mit dem Vermerk "Streng geheim" beschlossen worden war, heißt es: "In Anbetracht des jetzigen Standes der japanisch-sowjetischen Beziehungen ist in unserer Nordpolitik bei Maßnahmen im Hinblick auf China das Hauptaugenmerk auf eine schnelle Umwandlung Nordchinas in

eine antikommunistische und projapanisch-mandschurische Zone sowie darauf zu richten, ganz China antisowjetisch und projapanisch zu machen."

Zu schmutzigen Zielen führen bekanntlich keine sauberen Wege. Die Japaner gingen zu Erpressungen, Störakten und Morden über. In solchen Dingen waren Unholde wie Doihara, der sich seine Generals-epauletten mit Morden über Morden verdient hatte, unersetzlich. Man nannte ihn nicht umsonst den japanischen Lawrence. Er verstand sich darauf, Spionage- und Wühlakte gegen die UdSSR und China aufzuziehen. Als z. B. das japanische Oberkommando beschloß, den mandschurischen Diktator Zhang Zuoling um die Ecke zu bringen, weil er den Japanern nicht projapanisch genug war, beauftragten sie Doihara damit. Er organisierte im Juni 1928 in einem Zug, in dem Zhang Zuoling reiste, eine Explosion. Vorher, 1925, kam er mit nicht geringerem Erfolg dem Auftrag nach, Pu Yi, den letzten Sproß des Herrscherhauses der Qing, aus Peking fortzuschaffen.

Der gestürzte Kaiser Pu Yi wurde nach Tianjin befördert und in einer japanischen Konzession untergebracht. Nach einigen Jahren machten sie ihn zum Kaiser des Marionettenstaates Manzhou-guo, der in dem von Japan besetzten Nordostchina aufgerichtet worden war.

## Vor den Mauern Nankings

"Betrachtet man die heutige Lage in China vom Standpunkt der Vorbereitungen zum Krieg mit der UdSSR, so ist es am zweckmäßigsten, vor allen Dingen ... gegen die Nankinger Regierung ... loszuschlagen." Das schrieb General Tojo, der Kriegsverbrecher Nr. 1, wie ihn die Presse während des Tokioter Prozesses vor dem Internationalen Militärgerichtshof für den Fernen Osten (1946–1948) nannte. In Nanking befand sich die Regierung der Chinesischen Republik. Auf der japanischen Generalstabskarte wies ein Pfeil als Zeichen eines "blitzartigen" Vorstoßes auf diese Stadt.

Die Aggressoren hatten sich aber verrechnet. Ihre freche bewaffnete Provokation bei Peking löste beim chinesischen Volk einen Sturm der





Die Meldungen aus dem von den Japanern besetzten Nanking, laut denen die Leichen friedlicher Einwohner in Haufen auf den Straßen lägen, waren nicht übertrieben

Foto aus dem Buch "Sanko" (Japan)

Entrüstung und ein Erstarken des nationalen Selbstbewußtseins aus und bestärkte es in seiner Entschlossenheit, gegen die Besatzer zu kämpfen.

Die Zeitung "Xinwenbao" schrieb damals, chinesische Flugzeuge hätten ein japanisches Kriegsschiff und sechs japanische Kanonenboote versenkt: 15 Flieger hätten die feindlichen Fahrzeuge gerammt und sich zusammen mit ihnen in die Luft gesprengt. In Huzhou leistete ein chinesisches Bataillon nach dem Abzug des Hauptkontingents der chinesischen Truppen den Aggressoren weiter heftigen Widerstand. Vergebens bot das japanische Oberkommando dem Kommandeur des Bataillons, Oberst Dao, und seinem

Stellvertreter die Posten des Bürgermeisters und des Polizeipräsidenten der Stadt an. Auch mit Erpressungen erreichten die Japaner nichts, nachdem sie die Eltern und die Frau des Obersten als Geiseln genommen hatten.

In jener für China so schweren Zeit leistete ihm nur die UdSSR wesentliche Hilfe. Im August 1937 schloß sie mit China einen Nichtangriffspakt. Im September 1937 reichte China beim Völkerbund Beschwerde über das aggressive Vorgehen Japans ein, und wieder ergriff nur die UdSSR seine Partei. Auf einer Konferenz in Brüssel (November 1937) erklärte, wie die "Humanite" schrieb, "nur der Vertreter der UdSSR, daß sein Land bereit sei, Maßnahmen zuzustimmen, die dem japanischen Abenteuer einen Riegel vorschieben können".

Aus einer diplomatischen Beilegung des Zwischenfalls, wie Japan die Aggression gegen China nannte, wurde nichts. Der Tag der Belagerung Nankings nahte. Die Stadt fiel Mitte Dezember 1937. Im 5. Jahrhundert v. u. Z. gegründet, hatte sie viele Überfälle durchgemacht. Der japanische hatte aber nicht seinesgleichen, bei ihm gingen die modernste Kriegstechnik mit der Unmenschlichkeit der Eroberer Hand in Hand. Als der Berichterstatter der englischen "Daily Mail" aus Nanking abreiste, sah er, wie die Japaner 300 chinesische Soldaten auf der Straße

antreten ließen und sie niederschossen. Er schrieb, an den Ufern des Yangzi hätten ganze Haufen von Leichen gelegen.

In knappen zwei Monaten ermordeten die Besatzungstruppen über 200 000 Personen. Es gab keine Familie, die keine Verluste zu beklagen gehabt hätte.

Die Zeitschrift "Hungqi" (Peking) schrieb unlängst in einem Beitrag mit der Überschrift "Aufpassen, daß der japanische Militarismus nicht wieder hochkommt": "Die japanischen Militaristen haben viele haarsträubende Verbrechen verübt. In verschiedenen Orten Chinas haben sie gebrannt, gemordet, geplündert, Frauen vergewaltigt und die Zivilbevölkerung ausgeplüzt, wobei sie auch Greise, Frauen und Kinder nicht verschonten... Übrig blieben nur Gräber mit Zehntausenden Leichen darin."

### Henker als "Martyrer"

Der Internationale Militärgerichtshof für den Fernen Osten in Tokio verhängte über die japanischen Kriegsverbrecher schwere Strafen. Sechzehn wurden zu lebenslänglicher Haft und sieben zum Tode verurteilt.

Die Rädelsführer bei den Verbrechen in China haben also die verdiente Strafe bekommen. Die Geschichte hat sie gerichtet. Damit hat die Sache aber noch nicht ihr Bewenden. Warum nicht?



Weibliche Mitglieder der Gewerkschaft der Bauarbeiter und Tagelöhner in Fukuoka sind, durch die unerträgliche Schwerarbeit und die Elendslöhne zur Verzweiflung getrieben, in den Streik getreten. So geht es vielen Japanerinnen. Die in der japanischen Verfassung erklärte Gleichberechtigung der Frau steht nur auf dem Papier. Frauen verdienen gewöhnlich nur die Hälfte dessen, was Männer für die gleiche Arbeit bekommen. Bei Wirtschaftsfaluten werden Frauen als erste entlassen.

Foto: TASS



Im heutigen Japan zeigen gewisse Kreise offenkundig das Bestreben, die Schuld der Henker am chinesischen Volk und an anderen Völkern Asiens herunterzuspielen. Mehr noch, sie stellen Tojo, Hirota, Doihara, Matsui und die anderen, die für ihre Kriegsverbrechen hingerichtet wurden, als Märtyrer hin. Ihnen zu Ehren ist auf dem 350 m hohen Berge Sangane bei Nagoya (Japan) ein Denkmal mit ihren Namen und der Inschrift "Grab der sieben Samurai-Märtyrer" gesetzt worden. Der "Monde" (Frankreich) schrieb: Die Militärführung versuche in ihrem Drang, Japan in eine militariserte Supermacht zu verwandeln, die antiimperialistische Einstellung im Land abzuschwächen und "das Schuldgefühl der Nation zu zerstreuen".

Zu diesem Zweck beschwören die Anbeter des Militarismus den aggressiven Geist des "Großen Japanischen Reiches" herauf und suchen den japanischen Militärklüngel weißzuwaschen. Das geht so weit, daß man das Wort "Aggression" vergessen zu haben scheint, wenn von dem Krieg die Rede ist, den der japanische Imperialismus über China und andere Länder Asiens brachte. Sein Überfall auf China wird als "Einmarsch" und der Angriffskrieg als "Zwischenfall" hingestellt. Es habe keine Massenrepräsentationen gegen die Zivilbevölkerung gegeben, die japanischen Soldaten hätten auf den Widerstand der Bevölkerung mit "berechtigter Entrüstung" reagiert.

Und so etwas sagt man von einem schonungslosen langjährigen Krieg, von einer Aggression, die China 11 Millionen Menschenleben gekostet und ihm Schaden in Höhe von mehr als 50 Md. US-Dollar zugefügt hat.

Das alles beweise, so schreibt "Hungqi", daß "die Militaristen in Japan in den ultrarechten Organisationen stecken... Diese Leute preisen den barbarischen Samuraigeist, beschönigen Japans Aggression gegen andere Länder, sprechen die Rädelsführer des Militarismus und die Kriegsverbrecher jeder Schuld frei und verehren sie sogar als Nationalhelden."

Die Besorgnis wird auch in anderen Ländern Asiens geteilt, denn außer China umfaßte die "Sphäre gemeinsa-

mer Prosperität Groß-Ostasiens", die wie zum Hohn an den unterjochten Völkern so genannt wurde, auch Burma, Indonesien, Malaya, Singapur, die Philippinen, Korea und die Südseeländer. Über die Völker Asiens brachte die japanische Aggression nichts als unendliches Leid und Millionen Verluste an Menschenleben.

Bezeichnend ist, was ein führender Ideologe des japanischen Militarismus, Hashimoto, während der Vorbereitungen zum Tokioter Prozeß auf eine Frage des Untersuchungsrichters geantwortet hat.

**"Untersuchungsrichter:** Wenn Japan die Völker, Ihrer Ansicht nach, ausschließlich mit friedlichen Mitteln in ein Großasien einbeziehen wollte, warum haben japanische Truppen dann fast 10 Jahre systematisch ein Land nach dem anderen mit Waffengewalt an sich gerissen?

**Hashimoto:** Was hätten wir tun sollen, wo die Völker dieser Länder doch nicht begriffen, daß die japanische Ordnung besser ist, und hartnäckig ihre eigene behalten wollten?!"

In den Ländern Asiens erinnern sich viele ältere Leute noch daran, wie dort die "gemeinsame Prosperität" auf japanische Manier zwangsweise eingeführt wurde. Sie sind erschrocken darüber, daß im heutigen Japan die ideologischen Nachfahren Hashimotos noch genauso denken, diese Leute, die die Geschichte verfälschen, Böse als Gut hinstellen und die Schmach der japanischen Nation "ihre Ehre und ihr Gewissen" nennen.

Die Zeitung "Nanyang Xiangbao" (Singapur) schrieb in diesem Zusammenhang, mit der Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit wolle man die gestern verübten Verbrechen rechtfertigen und letztlich den Militarismus zu neuem Leben erwecken.

Über die Absichten derer, die Japan wieder militarisieren wollen, ist man in Japan selbst ernsthaft besorgt. Die fortschrittliche Öffentlichkeit ist alarmiert darüber, daß die Rechten die ganze Welt zwingen wollen, geschichtliche Fakten mit den Augen der Samurai des 20. Jahrhunderts zu sehen. Sie wollen Japans Eroberungszüge als Ruhmesblatt seiner Geschichte, als Ehre und Stolz der Nation, als bewundernswürdige und sogar nachahmenswerte Taten hinstellen. Die zunehmende Besorgnis der Japaner über die Versuche, die Verbrechen des Militärklüngels zu rechtfertigen, geht auch aus der kürzlichen Frage eines japanischen Abgeordneten an Ministerpräsident Nakasone hervor, ob er den damaligen Krieg gegen China für aggressiv halte. Mit der bejahenden Antwort ist allerdings noch nicht alles gesagt. Das formale und noch dazu gezwungene Eingeständnis, das er mit einem Seitenblick ins Publikum gemacht hat, ist eins. Etwas ganz anderes sind die wirklichen Schritte zur Umwandlung Japans in eine militaristische Macht. Die Besorgnis der Menschen ist mit Erklärungen nicht zu zerstreuen, um so weniger, als Japan fortfährt, die Unterdrücker der Völker Chinas und anderer Länder Asiens weißzuwaschen.

## FILMABEND FÜR DIPLOMATEN

Im Pressezentrum des Außenministeriums der UdSSR in Moskau wurde dem diplomatischen Korps der Film "Ich sah die Geburt einer neuen Welt" vorgeführt, der zum 113. Geburtstag Lenins in den Verleih kam. Er ist Teil 2 des Heldenepos "Rote Glocken", das Mosfilm (UdSSR), "Conacite-2" (Mexiko) und "Vides International" (Italien) herausgebracht haben.

Die Hersteller berichteten den Diplomaten über ihre Arbeit an dem Film, dessen Titel auf Worte des bekannten amerikanischen Journalisten und Schriftstellers John Reed, Verfassers des Buches "Zehn Tage, die die Welt erschütterten", zurückgeht. Reed ist eine Zentralgestalt des Films. Der Volkskünstler der UdSSR Sergej Bondartschuk, der Regisseur, der auch am Drehbuch mitgearbeitet hat, hob hervor, sie hätten die gewaltige Umgestaltungskraft der Massen und ihren mächtigen Elan veranschaulichen wollen, der im Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gipfelte. Reed war Augenzeuge und Teilnehmer des großen Geschehens von 1917. Er nannte die Revolution in Rußland eins der größten Ereignisse der Menschheitsgeschichte.

M. JURJEW



Ich hab den Eindruck, daß Sie zu viel Nachsicht gegenüber jenen zeigen, die nicht die erforderliche Arbeitsmoral haben. Diese Leute brauchen nicht um ihre Löhne zu bangen, die woanders gekürzt würden — zugunsten der Fleißigen.

Apollo Antonio CANDONI  
Mailand, Italien



Es diskutiert

NZ-Abteilungsleiter

Wladislaw

TSCHIRKOW

Zum Teil haben Sie recht, geehrter Signore Candoni. Aber nur zum Teil. Und das erklärt sich, wie ich meine, dadurch, daß Sie nur bruchstückhafte Informationen über die Arbeitswelt in der UdSSR und über die sozialistische Verteilung der materiellen Güter haben.

Im Sozialismus wird die Arbeit je nach ihrer Quantität und Qualität belohnt. Wer mehr und besser arbeitet, verdient auch mehr. Im Dezember 1979 wurden bei uns neue Vergünstigungen für Stammpersonal eingeführt: zusätzlicher Urlaub, Rentenzuschläge und einmalige Prämien.

Und doch haben Sie recht: In der Sowjetunion gibt es noch Leute, die weniger tun, aber mehr bekommen wollen, gibt es noch Faulenzer und Bummelanten. Was geschieht im Kapitalismus mit solchen Gestalten? Sie werden sofort gefeuert. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, ist der wichtigste Disziplinierungsfaktor in einem kapitalistischen Unternehmen.

Für unsere Gesellschaft ist ein solcher Weg unannehmbar. Wir bemühen uns, arbeitsscheue Elemente umzuerziehen und ihnen Arbeitsliebe beizubringen. Darin sehen wir auch den wahren Humanismus der sozialistischen Gesellschaft, ihre unbestreitbare Überlegenheit über die kapitalistische Gesellschaft. Doch bekanntlich sind unsere Mängel die Fortsetzung unserer Vorzüge. Bereits W. I. Lenin warnte:

"Diese neue Disziplin fällt nicht vom Himmel und entsteht nicht aus frommen Wünschen..." Eine solche Disziplin herauszubilden, ist ein stufenweiser und langwieriger Prozeß.

Warum? Weil es viel schwieriger ist, das Bewußtsein der Massen umzugestalten, als die alte Ausbeuterordnung zu stürzen. Der "Disziplin des Stockes" im Feudalismus und der "Disziplin des Hungers" im Kapitalismus wollen wir, wie W. I. Lenin sagte, die "freie und bewußte Disziplin der Werktätigen selbst" gegenüberstellen. Das heißt die Disziplin von Menschen, die sich dessen bewußt sind, daß sie durch ihre Tätigkeit zum Wohle der Gesellschaft für sich selbst arbeiten. Das Bewußtsein der Nützlichkeit der eigenen Anstrengungen, die Teilnahme am Leben des Kollektivs beeinflußt den Menschen stärker als alle Überredungen und Appelle. Dabei messen wir dem sozialistischen Wettbewerb, seinen materiellen wie moralischen Stimuli eine große Bedeutung bei.

In der UdSSR wird jetzt viel zur Festigung der Arbeits- und Staatsdisziplin getan. Auf diese Weise bekämpfen wir auch Verletzungen des Prinzips des Sozialismus "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Schlechte Arbeit, mangelnde Initiative müssen sich unmittelbar auf die materielle Belohnung, auf die berufliche Stellung und auf das Ansehen des Mitarbeiters auswirken. "Die KPdSU trägt ständig Sorge dafür, daß das von Marx entdeckte Prinzip der sozialistischen Verteilung überall und strikt verwirklicht, daß es besser, umfassender praktisch angewandt wird. Wenn es verletzt wird, wird man sowohl mit nicht aus eigener Arbeit stammenden Einnahmen als auch mit sogenannten Arbeitsplatzwechslern, Bummelanten, Faulenzern und Puschern konfrontiert, die im Grunde zu Parasiten der Gesellschaft werden und auf Kosten der Masse der ehrlichen Werktätigen leben. Das ist eine nicht zu dulden erscheinende, ein Parasitieren am Humanismus unserer Gesellschaftsordnung", betonte Juri Andropow in dem Beitrag "Die Lehre von Karl Marx und einige Fragen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR". "Arbeit und nur Arbeit, ihre realen Ergebnisse, nicht aber irgendwelchen subjektiver Wunsch oder guter Wille müssen den Wohlstand jedes Bürgers bestimmen."

Disziplin ist ein vielfältiger Begriff, und allein mit Strafen ist das Problem nicht zu lösen. Die Partei stellt die Frage so: Es ist erforderlich, die Arbeit zur Vervollkommenheit des ganzen Bereichs der Lenkung der Wirtschaft — der Leitung, der Planung und des Wirtschaftsmechanismus — zu beschleunigen, um solche wirtschaftlichen und organisatorischen Bedingungen zu schaffen, die die qualitative, produktive Arbeit aller und jedes einzelnen, die Initiative und den Unternehmungsgeist stimulieren würden.

Zugleich sieht die sowjetische Gesetzgebung verschiedene Maßnahmen der Einwirkung auf jene vor, die nachlässig arbeiten und Pusch zulassen. Die Leitung eines Industrie- bzw. Bürobetriebes kann gegenüber solchen Mitarbeitern folgende Maßnahmen ergreifen: einen Tadel oder eine Rüge bzw. einen strengen Verweis aussprechen, dem betreffenden eine schlechter bezahlte Arbeit zuweisen, ihm die Prämie kürzen oder überhaupt streichen, die Urlaubszeit verlegen, die Zuteilung einer neuen Wohnung verschieben, ihn zu materieller Verantwortung für den Schaden heranziehen und schließlich entlassen.

Gegenüber nachlässigen Mitarbeitern werden auch Maßnahmen der gesellschaftlichen Einwirkung getroffen.

Die sozialistische Gesellschaft ist eine schöpferische, arbeitende Gesellschaft und kein Konsumverein. Wenn wir uns den Kommunismus als Ziel setzen, bauen wir kein Reich der Müßiggänger, kein Paradies für Nichtstuer auf, sondern eine Gesellschaft des Überflusses als Ergebnis der gemeinsamen Arbeit. Es ist uns nicht gleichgültig, auf welchem Weg der eine oder andere Bürger zum Wohlstand gelangt. Die sozialistischen Einnahmequellen sind von den nichtsozialistischen klar zu unterscheiden, und die gleiche Beachtung unserer rechtlichen und moralischen Normen durch alle Bürger ist anzustreben.

Sie könnten das fragen, ob es bereits Ergebnisse dieser Maßnahmen gibt. Die Statistik zeigt, daß die Zahl der Verletzungen der Arbeitsdisziplin sich in letzter Zeit stabilisiert hat und eine Tendenz zum Rückgang aufweist. Die Anhebung der Arbeits- und Staatsdisziplin hat sich positiv auf die Produktion ausgewirkt. Im ersten Quartal 1983 hat die Industrieproduktion gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 4,7% zugenommen. 1982 erreichte diese Kennziffer 2,1%. Die Arbeitsproduktivität stieg um 3,9% gegenüber 1,5% (1. Quartal 1983 bzw. 1982). Wie Sie sehen, sind unsere Anstrengungen nicht umsonst.



## Reagans Dilettanten

"Reagans Botschafter — sind das nicht zu viele Dilettanten?". Diese Überschrift brachte die "International Herald Tribune". Über den US-Botschafter in Großbritannien, John Louis, sagte der bekannte Diplomat Malcolm Toon: "Die einzige für die Arbeit auf diesem Posten erforderliche Eigenschaft, über die er verfügt, ist, daß er Englisch spricht." Dafür spendet Louis als reicher Unternehmer großzügig für den Wahlkampfsfonds der Republikaner. Der neuernannte Botschafter in Australien, Robert Nissen, schreibt die Zeitung, wisse "im Grunde nichts, weder über die australisch-amerikanischen Beziehungen noch über die Differenzen zwischen Australien und den USA". Doch dieser Cadillac-Händler ist ein Anhänger Reagans. Der Botschafter in Botswana, Theodore Maino, erhielt sein Amt, weil er erstens "sich in Afrika verliebte, als er dort auf Großwildjagd ging", und zweitens als persönlicher Freund des Reagan-Beraters Michael Deaver gilt. Und so weiter.

## Die böse Versuchung



Philip Maton, ein 19-jähriger Soldat der britischen Armee, der gerade die ersten Erfahrungen im Panzerfahren gesammelt hatte, wollte in seinem Panzer bis zum Elternhaus in der Grafschaft

Hampshire über 80 Meilen rollen. Seine Vorgesetzten bestraften ihn dafür nicht, sondern versetzten ihn für alle Fälle in die BRD. Damit er nicht so leicht in Versuchung geführt werde...

## Zwölf Kamele für die Braut



Einem Scheich gefiel bei einem New-York-Besuch die Filmschauspielerin Brooke Shields so, daß er ihr AFP zufolge Hand und Herz anbot und zudem ... 12 Kamele. In Arabien gilt ein solcher Brautpreis als sehr hoch. Doch, wie der Star in einem TV-Interview berichtete, stellte der Bräutigam eine Bedingung: Um in dessen Harem zu gelangen, müsse die Braut zehn Kilo zunehmen. Brooke lehnte den Antrag ab: Sie sei noch zu jung für die Ehe.

## Auf Dummenfang

Die US-Klinik "United Laboratories" in Pittsburgh warb für eine von ihr erfundene neue Methode zur Beseitigung von Glatzen — durch Einpflanzung von Nylonhaaren. Etwa 300 Kunden fielen auf die Werbung rein. Einer von ihnen, Samuel Fiorenza, hatte nach der Operation nicht mehr Haare, dafür setzten Kopfschmerzen ein, und er gab eine Riesensumme für deren Behandlung aus. Auch die anderen bekamen keinen üppigen Haarwuchs. Sie klag-

ten gegen die Klinik. Um einen Skandal zu vermeiden, zahlten ihnen die Klinikbosse Schadenersatz.

## Ein "Nachrüstungs"-Grund

Die italienische Presse schreibt, daß das Land zwischen 1968 und 1970 in der BRD 100 "Leopard"-Panzer gekauft habe, die Armee davon jedoch nur 60 erhalten hätte. Von dem kleinen Rest von 40 Panzern fehlt jede Spur, und bis heute hat sich auch niemand dafür interessiert, wo sie geblieben sind. Die "L'Unita" meint, sie seien "geschäftstüchtigen" Spekulanten in die Hände gefallen, die sie an "heiße Punkte" verschoben und das Geld — nicht wenig — in die eigenen weitgeöffneten Taschen gesteckt hätten.

## Die Exkommunikation des Verkehrspolizisten



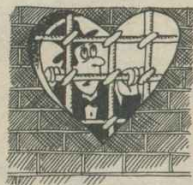
Der britische Geistliche Kenneth Ridgeway erklärte AFP zufolge, von nun an werde er Verkehrspolizisten nicht mehr den Hochzeitssegnen geben und auch nicht deren Kinder taufen. Hochwürden ist so empört, weil Verkehrspolizisten im vergangenen Jahr etwa alle zwei Monate seinen Wagen angehalten hatten. Deshalb hatte er sich sogar einmal zu einer Beerdigung verspätet. Da Klagen gegen Polizisten sehr teuer sind, erklärte der Geistliche, habe er beschlossen, den Verkehrspolizisten lieber den Segen zu verweigern.

## Letzte Chance

Die "Wilhelmshavener-Zeitung" (BRD) brachte folgende Anzeige: "Biete 10% von

meinem Jahreslohn als Prämie dem, der mir eine Arbeitsstelle in Dauerstellung als Kraftfahrer, Kl. 3, oder Hilfsarbeiter im Raum WHV und Umland vermittelt..."

## Verurteilt zu 34 Jahren Einsamkeit



Wie wir kürzlich berichteten, war der gut 50 Jahre alte Amerikaner Giovanni Vigliotto mit 105 Frauen verheiratet gewesen, um ihnen dann nicht nur die Hoffnung auf eheliches Glück, sondern auch ihre Ersparnisse und anderen Besitz zu rauben. Jetzt verurteilte ihn der "International Herald Tribune" zufolge ein Gericht der Stadt Phoenix (US-Staat Arizona) zu 34 Jahren Gefängnis und zu einer Geldstrafe von einigen Hunderttausend Dollar.

## Ohne Geld — zahme Stiere

Kurz vor der Eröffnung der Stierkampfsaison in Spanien streikten dem US-Magazin "Time" zufolge die Picadores und die Banderilleros. Sie weigerten sich, an den Corridos teilzunehmen, und verlangten von den Matadoren höhere Löhne. So erhält ein Banderillero für seine gefährliche Arbeit (um den Stier zu reizen, stößt er ihm Spieße in den Nacken) von dem Matador nur 130 Dollar, während er selbst für seinen Auftritt über 7000 Dollar kassiert. Das Innenministerium, das für die Corridos verantwortlich ist, zog es vor, sich aus dem Konflikt herauszuhalten.

Zeichnungen: V. Rosanzew